

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1904

28 (9.7.1904)

Badische Schulzeitung.

Bereinsblatt

des Badischen Lehrervereins, des Witwen- und Waisen-Stifts und des Pestalozzi-Vereins
mit monatlich erscheinender „Literarischen Rundschau“

Erscheint jeden Samstag. Preis vierteljährlich in Bühl
1 Mark, bei der Post oder unter Kreuzband 1 Mark 40 Pf.
Anzeigen 20 Pf. die viergespaltene Zeile.

Verantwortliche Leitung:
L. Göckel,
Heidelberg, Kleinschmidtstr. Nr. 22.

Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung der
Aktiengesellschaft Konrad in Bühl (Baden) zu senden
alles übrige an die Zeitung.
Gratis-Beilagen: jährlich 2 Kataloge.

28.

Samstag, den 9. Juli

1904.

Inhalt: Die allgemeine Volksschule. — Zu den Landtagsverhandlungen. — Die Volksschuldebatte in der II. Kammer des bad. Landtags. — Die Verhandlungen über das Volksschulbudget in der I. Kammer. — Zwei wertvolle Hilfen im Unterricht. — Verschiedenes. — Totentafel. — An d. verehrl. Leser d. Bad. Schulztg. — Seminar I. 1879—1904. — Leitfäden. — Personalmeldungen. — Briefkasten. — Vereinstage. — Anzeigen.

Die allgemeine Volksschule.

Vortrag auf der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung in Königsberg von Lehrer Gutmann in München.

Geehrte Versammlung! Das deutsche Volk hat auf blutiger Walfahrt seine äußere Einheit errungen; machtvoll und geachtet zwar, jedoch im allgemeinen mehr gefürchtet als geliebt, steht es im Räte der Völker da. Rings umgeben von mächtigen Staaten, hat es von Jahr zu Jahr wachsende Opfer gebracht, um das Reichsschwert blank und scharf zu erhalten und so in der Lage zu sein, jeden Feind in siegreichem Kampfe abweisen zu können, der es wagen würde, seine Einheit und Machtstellung zu bedrohen. So groß indes auch die Opfer sein mögen, die ein Volk für Erhaltung und Stärkung seiner Wehrmacht bringt, sie wären vergebens gebracht, würde seine äußere Einheit nicht auch getragen und behauptet von der inneren Einheit seiner einzelnen Glieder, von dem alle Stämme und Stände durchdringenden Bewußtsein, ein zusammengehöriges großes Ganze zu bilden. Je mehr nun ein Volk im Fortgang seiner Entwicklung materielle und ideelle Güter aufhäuft, an denen weite Gesellschaftsschichten nur einen verhältnismäßig immer bescheidener werdenden Anteil nehmen können, je mehr es sich also sozial und kulturell differenziert, um so schwieriger, aber auch um so notwendiger wird die Lösung der Aufgabe, in allen seinen sozialen und kulturellen Schichten — zu den letzteren dürfen wir wohl auch die rechtlichen Gemeinschaften rechnen — das Gefühl der Zusammengehörigkeit in unverminderter Kraft zu erhalten. So bleibt es eine der allerwichtigsten Aufgaben für den deutschen Staatsmann, darüber zu wachen, daß die sozialen, die rechtlichen und die Bildungsgegensätze nicht alles überwuchern, daß sie nicht jedes Gemeinschaftsgefühl ertöten und ersticken. Möchte einer angesichts der Schwierigkeit des Problems verzagen, so kann ihn doch immer wieder das Bewußtsein trösten, daß es zahlreiche Mittel gibt, die er seinen Zielen dienstbar machen kann.

Auch unser Schulwesen kann durch eine zweckmäßige Organisation dazu beitragen, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Hierbei ist vor allem an die allgemeine Volksschule, an die Simultanschule und an die obligatorische Fortbildungsschule zu denken.

Uns soll heute nur die allgemeine Volksschule beschäftigen. Bevor wir jedoch auf nähere Erörterungen über diesen Gegenstand eingehen, müssen wir uns darüber einigen, was wir uns unter diesem Begriffe denken wollen. Man hat darunter auch schon eine einheitliche Organisation des gesamten

niederen und höheren Schulwesens verstanden, so wie sie meines Wissens in Norwegen durchgeführt ist. Für eine solche Regelung des Schulwesens scheint mir der Ausdruck „Einheitschule“ richtiger gewählt zu sein. Es würde wohl eine mehr oder weniger unfruchtbare Sache sein, wollte ich darauf heute weiter eingehen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß wir unter der allgemeinen Volksschule eine in der Regel 4 Jahre umfassende gemeinsame Beschulung der Kinder aller Stände verstehen wollen, gleichviel, ob sie hernach die obere Stufe der Volksschule, eine Bürger-, Real-, Oberreal-, Handels-, Töchterchule oder ein Gymnasium besuchen. Als im Widerspruch mit dieser Idee der allgemeinen Volksschule stehend, fasse ich es sonach auf, wenn in städtischen Gemeinwesen eigene Elementarschulen für die Kinder der wohlhabenderen Kreise bestehen, und wenn unsere mittleren und höheren Anstalten Vorschulklassen haben.

Wie aus meinen einleitenden Worten bereits hervorging, weise ich der allgemeinen Volksschule vor allen Dingen eine soziale Aufgabe zu: sie soll zur Versöhnung der Klassegegensätze beitragen. Man hat schon gesehnet, daß sie das zu tun vermöchte; die Kinder der verschiedenen Stände würden nach wenigen Jahren doch voneinander getrennt, das ganze fernere Leben führe sie nicht mehr zusammen, und so seien die Eindrücke der früheren Jugendjahre bald völlig verwischt. Auch würden die Kinder der bemittelten Klassen gerade im persönlichen Umgang mit ärmeren Kindern sich der sozialen Unterschiede erst recht bewußt. Erfahrung und Überlegung sprechen ein anderes Urteil. Die Eindrücke der Jugendzeit haften nach hundertfach bestätigtem Urteil am tiefsten. Persönliche Beziehungen, die die Kinder verschiedener Stände in der Jugend anknüpfen, erwiesen sich oft als recht dauerhaft. Ein Knabe von wohlhabenden Eltern, der in der Schule im Ringen um die besten Lernerfolge den Sohn des Arbeiters als Sieger hervorgehen sah, wird kaum jemals im späteren Leben den bescheideneren Ständen unseres Volkes mit der Geringschätzung gegenüberstehen, die sich bei so manchen findet, der diesen Ständen näherzutreten niemals Gelegenheit fand. Wer aber weiterhin behaupten wollte, die Kinder wohlhabender Kreise nähmen an dem dürftigen Kleide des ärmeren Mitschülers, an seiner ungelenteten Sprechweise, an seinen unbeholfenen Umgangsformen Anstoß, der hat niemals ein harmloses Kind kennen gelernt, ganz zu schweigen davon, daß es kein rechter Lehrer in irgend einer deutschen Schule dulden würde, wenn ein Teil seiner Schüler in zerrissener, zerlumpter Kleidung, uns gewaschen und ungeläutert zur Schule kommen und sich da möglichst ungeschlacht benehmen würde. Wer weiß, wie da-

Kind in der seiner Eigenart so außerordentlich zugewandten Märchenwelt gerade die Aschenbrödelgestalten mit besonderer Liebe umfaßt, der kann unmöglich glauben, es richte sein Augenmerk auf die Standesunterschiede. Das Söhnchen eines der höchstgestellten bayerischen Beamten besuchte mit dem Söhnchen eines niederen Bediensteten aus dem der Verwaltung seines Vaters unterstellten Gebiete die gleiche Klasse; der letztere Knabe erzielte noch um etwas bessere Lernerfolge als der erstere. Reidlos erkannte das das Söhnchen des höheren Beamten an. Zu Weihnachten erbat er sich von seinen Eltern die Erlaubnis, den ärmeren Schulgenossen zur Bescherung einladen zu dürfen, was ihm auch bereitwilligst gewährt wurde. Von seiner Mutter, die bereits vor ihrer Verheiratung eine treffliche Künstlerin war und sich heute noch in ihren Mußestunden mit Malerei beschäftigte, hatte er ein ausgesprochenes Talent zum Zeichnen geerbt, und so beschloß er denn, seinen Kameraden durch ein Heft mit selbstgefertigten Zeichnungen zu überraschen. Als dieses Geschenk seitens des Bedachten nicht die erwartete Aufnahme fand, jedenfalls weit weniger beachtet wurde als die übrigen dem kleinen Gast überreichten Gaben, gab es freilich eine kleine Enttäuschung, die indes der Freundschaft der beiden Schulkameraden keinen dauernden Eintrag tat. — Das sind Kinder nach dem Leben gezeichnet; Kinder, die in dem Alter von 6 bis 10 Jahren anders denken, haben entweder eine ganz verfehlte Erziehung genossen, oder sie sind durch den Besuch von Bürger- oder Vorschulen und die an diese Tatsache sich anknüpfenden häßlichen Erörterungen auf die Standesunterschiede aufmerksam geworden, die außerdem der kindlichen Beobachtung entgangen sein würden. Der den Kulturgeistesstufen Zillers zugrunde liegende Gedanke hat mannigfache Anfechtung erfahren; wenn man ihm aber, freilich im Gegensatz zu der durch den Namen Ziller bezeichneten pädagogischen Richtung, die Ausprägung geben würde, das Kind soll von Standesunterschieden so wenig wissen, als die Menschheit in ihren frühesten Kulturzuständen davon wußte, für das Kind soll zunächst eine gewisse soziale Gleichheit gegeben sein, so scheint mir das eine aus dem Wesen des Kindes fließende Forderung zu sein. Ein Kind mit Standesvorurteilen ist meinem persönlichen Empfinden ein Greuel. Auch das ist kein stichhaltiger Einwand gegen unsere Anschauung, daß dieser Mangel an Standesbewußtsein nicht lange bestehen könne; nur allzubald machten sich die Standesunterschiede geltend; ja das Bewußtwerden der Standesunterschiede sei für die Verfechtung und Durchsetzung berechtigter Interessen bei vielen Ständen sogar notwendig. Wir Lehrer werden die letzten sein, die Notwendigkeit des Standesbewußtseins zu leugnen; was wir aber unentwegt und immerdar bekämpfen müssen, das sind die Auswüchse des Klassenbewußtseins, wie sie von oben nach unten als Standesdübel, von unten nach oben als Klassenhaß in die Erscheinung treten. Das sind soziale Krankheitserscheinungen, die in schroffem Widerspruch zu allem stehen, was wir als gute Christen und warmherzige Menschen empfinden müssen.

Die allgemeine Volksschule hat in sozialer Hinsicht aber nicht nur eine Mission im Hinblick auf die Kinder, sondern auch im Hinblick auf die Eltern zu erfüllen. Der Arbeiter findet sich noch mit der Tatsache ab, daß er sein Kind nicht mittleren und höheren Schulen zuführen kann, weil er dazu die Mittel nicht besitzt. Daß es aber für die Jahre, in denen die Kinder aller Stände das gleiche zu lernen haben, verschiedene Arten von Schulen gibt, nur damit das reiche und vornehme Kind nicht mit dem seinigen in Berührung kommt; daß die Elementarklassen der Mittel- und Töchterschulen und die Vorschulklassen die Hälfte, $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{4}$ bis herab zu $\frac{1}{10}$ der Schülerzahl aufweisen, die sich in den Klassen der Volksschule findet; daß für die an jenen Anstalten wirkenden

Lehrer manchenorts das Mittelschuleexamen gefordert wird, für die eigentlichen Volksschullehrer aber nicht; das wirkt verbitternd, kann nicht anders wirken. Gern weisen die Freunde der allgemeinen Volksschule darauf hin, daß da, wo die allgemeine Volksschule besteht, also namentlich in Österreich, Bayern und der Schweiz, die Klassengegensätze weit weniger scharf hervortreten, als etwa im deutschen Norden. Diese Tatsache ist zweifellos richtig. Ein so kompetenter Beurteiler unseres öffentlichen Lebens, wie Pfarrer Raumann, äußerte sich hierüber in den „Süddeutschen Monatsheften“ wie folgt: „Die demokratische Lebensauffassung ist hier — im deutschen Süden — „mehr in Fleisch und Blut übergegangen. Man behandelt den Menschen anders als auf den pommerschen Rittergütern. Auch die Arbeiterfrage hat im Süden nicht die Schärfe wie im Norden. Der Mensch als solcher besitzt einen höheren Verkehrswert. Das ist der eigentümliche und berechtigte Stolz des Süddeutschen. In diesen Dingen liegt ein Ewigkeitswert des süddeutschen Volksstammes gegenüber dem Deutschland der altpreussischen Provinzen.“ Was aber hier Ursache und was Wirkung ist; ob die vom Haus aus gegebene demokratische Lebensauffassung des Süddeutschen zur allgemeinen Volksschule führte, oder ob umgekehrt die seit Generationen bestehende allgemeine Volksschule jene Denkweise hervorrief, ist eine schwer zu entscheidende Frage. Wer der letzteren Anschauung huldigen wollte, der könnte dafür eine schulgeschichtliche Tatsache anführen. Bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts bestanden in München drei Vorbereitungsclassen für das Gymnasium, in denen allerdings auch schon Latein gelehrt wurde. Der geistliche Rat, die damalige bayerische Oberschulbehörde, bezeichnete diese Classen noch im Jahre 1802 als unbedingt notwendig; Kurfürst Max Joseph IV., der nachmalige bayerische König, dem Bayern so außerordentlich viel zu verdanken hat, ließ sich dadurch nicht beirren, sondern ordnete die allmähliche Aufhebung der Vorschulen an. „Diese Entscheidung des Landesherrn“, sagt hierüber Gebele in seinem Werke: 100 Jahre der Münchener Volksschule, „ist für München von höchster Bedeutung. Wäre der beabsichtigte Ausbau der staatlichen Mittelschulen gelungen, so wäre auch in der bayerischen Hauptstadt, wie in so vielen andern großen Städten, eine Scheidung der ersten Unterrichtsanstalten in wohlbestallte Bürger- und verklärte Armenschulen eingetreten.“ Es gab also auch in Bayerns Hauptstadt einmal Vorschulen, deren Aufrechterhaltung die damalige Schulbehörde für nötig hielt. Wenn man nun weiß, eine wie große Feinsüßigkeit die Geistlichkeit für das Volksempfinden hat, so möchte man geneigt sein, aus dem ganzen Vorgange zu folgern, daß damals eine demokratische Lebensauffassung breiter Volksschichten, die der Errichtung von Vorschulen feindlich gegenüber hätte treten können, in besonderem Maße noch nicht gegeben gewesen sei, daß jene Lebensauffassung also mehr ein Produkt der späteren Entwicklung und somit auch der allgemeinen Volksschule sei. Ich persönlich neige mehr der Auffassung Raumanns zu, der die freiere Gesinnung des Süddeutschen im wesentlichen auf wirtschaftliche Verhältnisse zurückführt. Wie dem nun aber auch sein möge, sicher ist, daß für die süddeutschen Arbeiterkreise die Beobachtung, daß ihre Kinder sich hinsichtlich ihrer unterrichtlichen Versorgung ganz der gleichen gewissenhaften Fürsorge erfreuen, wie die Kinder der höchsten Kreise, etwas entschieden Versöhnendes hat. Findet der Arbeiter die Ausprägung der Standesunterschiede überhaupt als viel zu weitgehend, so ist es für ihn doch erfreulich und tröstlich, daß sie wenigstens nicht in die harmlose Kinderwelt hineingetragen werden; Standeschulen aber müssen ihm als die widerwärtigsten Blüten des Kastengeistes erscheinen. Nun würde es sicher ungerecht sein, wollte man allen jenen Kreisen, die der allgemeinen Volksschule mit Ablehnung

gegenüberstehen, unterschiedlos den Vorwurf machen, sie seien von Überhebung erfüllt, sie ermangelten des sozialen Empfindens. Unter den Anhängern der Ständes- und Vorschulen gibt es zweifellos auch einen Bruchteil solcher Männer und Frauen, die des Glaubens leben, in jenen Sonderschulen seien ihre Kinder in erzieherlicher und unterrichtlicher Hinsicht besser versorgt, als das in der allgemeinen Volksschule der Fall sein würde. Wir schulden solchen Bedenken die gewissenhafteste Aufmerksamkeit. Untersuchen wir also zunächst die Berechtigung des Bedenkens, daß die Kinder in der allgemeinen Volksschule Gefahren in Rücksicht auf ihre Erziehung ausgesetzt seien. Da ist zunächst festzustellen, daß bei Kindern in dem Alter von 6—10 Jahren, indem sie nach unserer Forderung gemeinsam zu beschulen wären, sittliche Verworfenheit sogar in jenen glücklicherweise seltenen Fällen, in denen zu Hause die verderblichsten Einflüsse walten, noch nicht eingetreten ist oder sich doch kaum ans Licht des Tages wagt. Vergißt sich aber ein solches Kind gleichwohl einmal zu schlimmen Äußerungen oder tatsächlichen Verfehlungen, so wird der Lehrer bei dem Vertrauensverhältnis, das ihn mit der Masse der übrigen Schüler verbindet, sofort von dem Geschehenen unterrichtet; er ist dann in der Lage, einer Wiederkehr solcher Vorkommnisse entschieden vorzubeugen; im schlimmsten Falle kann er sogar Zwangserziehung, also Ausstoßung der Verirrten, beantragen. Es ist übrigens eine oft gemachte Beobachtung, daß sich das Kind an das ihm von beliebten Kameraden gegebene Beispiel mit besonderer Vorliebe hält und solchen Vorbildern eifrig nachstrebt. Es wird also weit häufiger der Fall sein, daß das gut erzogene Kind die weniger günstig gestellten Genossen emporhebt, als daß umgekehrt schlimme Gesellen die besseren Kinder zu sich hinunterziehen. Solche gut erzogene Kinder können selbstverständlich den verschiedensten Kreisen unseres Volkes entstammen; denn ein gesundes Familienleben, die Grundbedingung jeder tüchtigen Erziehung, kann man in allen Volksschichten antreffen. Es ist ferner zu sagen, daß sich unlautere Elemente unter den Schülerschichten aller Schulen bis hinauf zur Hochschule finden, und daß sich diese unlauteren Elemente durchaus nicht ausnahmslos aus den tieferen sozialen Schichten rekrutieren. Auch in unseren gesellschaftlichen Mittel- und Oberschichten finden sich gelegentlich Erziehungsverhältnisse, die nicht weniger denn mustergültig sind. Mir ist in einer über mehr denn ein Vierteljahrhundert sich erstreckenden Erfahrung noch niemals ein Fall vorgekommen, daß ein Kind von dem besorgten Vater aus der Volksschule genommen worden wäre, weil derselbe Gefahren für seines Sprößlings sittliche Entwicklung befürchtet hätte; wohl aber weiß ich, daß ein Mädchen aus einer Töchterchule herausgenommen wurde, weil es seinen Eltern Mitteilungen über sexuelle Gespräche seiner Mitschülerinnen machte, die bei jenen die ernstesten Besorgnisse für ihr Kind hervorriefen. Eigentumsentwendungen, sittliche Verfehlungen kommen in unseren höheren Schulen in einem mindestens ebenso hohen Prozentsatz vor, als in den Volksschulen. Gegenüber solchen Vorkommnissen in allen Schulanstalten kann man unseren Eltern nur den Rat schlag geben: sorgt dafür, daß zwischen euch und euren Kindern immer ein ernstes Vertrauensverhältnis herrscht, damit ihr rechtzeitig von etwa ihnen drohenden Gefahren unterrichtet seid! Im übrigen nehmt es mit der Erziehung eurer Kinder so ernst, daß es nicht dem ersten nichtsnutzigen Rangen gelingen kann, sie in schlimme Bahnen zu drängen! Habt ihr aber eure Erzieherpflicht getan, dann seid auch nicht überängstlich! — Daß wohlgezogenen Kindern „durch den Anblick von Elend, Unreinlichkeit und Ungezieser innere Dualen“ öfter als in seltenen Ausnahmefällen bereitet werden

würden, widerspricht aller Erfahrung. Der Lehrer würde wahrlich eine schlimme Auffassung seiner Erzieherpflichten belunden, der Unreinlichkeit und Ungezieser in seiner Klasse einreißen ließe. Auch kann unseren bescheidensten Müttern in der Regel nachgerühmt werden, daß sie ihre Kinder so zur Schule schicken, daß von deren äußerer Erscheinung gesagt werden kann: rein und ganz gibt schlichtem Kleide Glanz. Mir wurde von jemandem, der Beobachtungen in verschiedenen Städten gemacht hat, gesagt, daß gerade die Münchener Schulklassen, die einem auf der Straße begegnen, hinsichtlich der äußeren Erscheinung der Kinder einen vortheilhafteren Eindruck machen, als in Städten, die das Institut der allgemeinen Volksschule nicht kennen. Mir erscheint das glaublich; die Mutterliebe setzt einen Stolz darein, ihre Sprößlinge hinter den Kindern vermöglicher Familien nicht allzusehr zurückstehen zu lassen. In der That läßt es sich ja auch mit den verschiedensten Mitteln selbst unter recht ungünstigen Verhältnissen erreichen, die Kinder in sauberer Gewandung zur Schule zu schicken. Wenn nun aber doch einmal ein recht unsauber aussehendes Kind zur Schule kommt, so ist doch zu bedenken, daß das wohlgezogene Kind solchen Erscheinungen zuweilen auf der Straße begegnet; es ist ferner zu bedenken, daß unsere Kinder dem Anblick von Schmutz und Elend gegenüber nicht überempfindlich gemacht werden dürfen. Was müssen der Offizier, der Arzt, der Richter, der Geistliche in dieser Beziehung alles ertragen können, wenn sie ihren Beruf richtig ausüben wollen! Je sorgfältiger man sie aber in ihrer Jugend vor dem Anblick unerquicklicher Dinge bewahrt hat, um so schwerer wird es ihnen im späteren Berufsleben werden, auch einmal in die Höhlen des Elendes und des Lasters einzudringen, und doch müssen sie es. (Fortsetzung folgt.)

Zu den Landtagsverhandlungen.

I.

Der Kampf ist vorüber. Die Schlacht für Verbesserung der Volksschule und Hebung des Lehrerstandes ist geschlagen. Leider hat die Lehrerschaft keine Veranlassung, sich der Siegesfreude hinzugeben. Zwar hat man es unterlassen, bei den Verhandlungen auf die begehrliehen und unzufriedenen Lehrer zu schelten; man mußte auf der ganzen Linie anerkennen, daß die badische Volksschule im allgemeinen der Hebung bedarf, wenn sie den Anforderungen der Zeit genügen soll; man mußte zugeben, daß sie in einzelnen Teilen sogar rückständig ist, daß sie das nicht mehr leisten kann, was mit Recht von ihr gefordert werden muß. Ist in den nächsten Jahren eine Besserung zu erwarten? So gern ich diese Frage mit einem freudigen Ja beantworten möchte, die tatsächlichen Zustände zwingen mir ein entschiedenes Nein ab. Wohl wird die Aufsicht verbessert, wohl erhalten wir das sechsjährige Seminar zum Erwerb einer gebiegeneren Vorbildung, wohl will man die Schülerzahl herabsetzen und andere Verbesserungen einführen; aber die Hauptsache, ein erhöhtes Lehrereinkommen und damit einen zufriedenen Lehrerstand, der mit Begeisterung seiner schweren Aufgabe gerecht wird, erhalten wir nicht und können ihn in nächster Zukunft nicht erhalten. Der badische Lehrerstand fühlt sich mit vollem Recht zurückgesetzt, wenn er seine Lage mit der der andern Beamten vergleicht. Eine sachgemäße und gerechte Regelung des Lehrereinkommens hat nicht stattgefunden, ist nicht einmal in Aussicht gestellt worden. Daß in zwei Jahren eine erhebliche Verbesserung des Lehrereinkommens eintreten soll, kann keine großen Hoffnungen erwecken. Man hat schon die Erfahrung gemacht, daß in dem Munde des einen oder andern Regierungsvertreters eine Zulage von 100—200 M eine

erhebliche Aufbesserung genannt wurde. In unserm Lande kann aber, wie ich früher schon dargelegt habe, niemals von Zufriedenheit die Rede sein, wenn nicht die definitiv angestellten Lehrer 1500—3000, mindestens 1500—2800 M beziehen. Die badischen Lehrer müssen unter denselben Bedingungen leben wie die andern badischen Beamten. Verlangt man vom Lehrer mehr Bescheidenheit, mehr Einfachheit und mehr Demut als von andern Beamten, so stellt man ungerechte Forderungen an ihn und verursacht entweder eine tagelöhnernde Ausübung der Berufsarbeit, oder man ruft eine verderbenbringende Unzufriedenheit hervor. Diese Unzufriedenheit, die im bad. Lehrerstande herrscht und nicht geleugnet werden kann, ist aber von sehr großer sozialer Bedeutung. Statt an der Ausbesserung der getrennten Volksschichten zu arbeiten, hilft sie den Riß erweitern und die Zahl der Unzufriedenen verstärken. Statt die Jugend mit Begeisterung für die staatlichen Interessen zu erfüllen, wird ein unzufriedener Lehrer nur mit verdrießlichem Gesicht von der Gerechtigkeit im Staatsleben reden. Statt mit aller Kraft und mit Aufbietung des letzten Bluttröpfchens die Jugend emporzuziehen, geht der unzufriedene Lehrer flügelahm an die Arbeit und verläßt flügelahm die Arbeitsstätte. — Warum aber erfüllt man die berechtigten Wünsche des Lehrerstandes nicht? Tragen die Lehrer selber die Schuld? An der Petition der Lehrer konnte kein Tadel gefunden werden. Das offizielle Organ der Lehrerschaft hat bisher in einer Weise die Lehrerforderungen vertreten, daß wohl niemand im Ernst eine Anklage erheben kann. Wer an den offiziellen Äußerungen der Lehrerschaft noch mehr Bescheidenheit wünscht, dem muß man jedes Verständnis für die moderne Schule und ihre Lehrer absprechen. Was aber einzelne an nicht verantwortlichen Stellen sündigen sollten, kann nicht der Lehrerschaft zur Last gelegt werden. Man redet auch viel von der Stellung der Schule zur Gemeinde, zum Staat. Niemand will jedoch die Rechte der Gemeinde — abgesehen von der technischen Aufsicht — verkürzen.

Gleich wie der Staat dafür gesorgt hat, daß den Mittelschullehrern, wo sie auch wirken mögen, eine ausreichende Bezahlung garantiert wurde, so muß er auch in allen Gemeinden dem Volksschullehrer zu einer Bezahlung verhelfen, die den Bedürfnissen des Lebens und der Aufgabe der Schule entspricht. Sind die Gemeinden nicht in der Lage, erhöhte Beiträge zum Lehrereinkommen aufzubringen, so muß eben der Staat eintreten. Reichen dazu die vorhandenen Mittel nicht aus, so darf freilich nicht das Gespenst der Steuererhöhung vorgehalten werden. Bekanntlich haben die Lehrer auf diesem Landtag keinen Pfennig erhalten, und doch war eine Steuererhöhung notwendig. Hat man deshalb etwa die Beamten besonders dafür verantwortlich gemacht? Hat man bei den großen Lasten für die Hoch- und Mittelschulen gefragt, ob das Volk diese Lasten auch zu tragen bereit sei? Ich nehme an, daß die erwähnten Ausgaben gerechtfertigt sind und deshalb geleistet werden mußten. Genau so soll man es bei den Ausgaben für die Volksschule halten. Die für das Volksschulwesen ausgeworfenen Summen sind für die gesunde Entwicklung des Volkes so notwendig und tragen dieselben Zinsen wie die für das Mittel- und Hochschulwesen ausgeworfenen. Muß aber gespart werden, ich betone dies wiederholt, so muß in allen Zweigen des Staatshaushaltes mit den Ausgaben zurückgehalten werden. Jedenfalls darf man die Lehrer nicht allein darben lassen. Und man darf nur in den Gehaltstarif der Beamten sehen, um den großen Unterschied zwischen der Bezahlung der Lehrer und der der gleichwertigen Beamten in erschreckender Klarheit vor Augen zu haben. Es war ein erhebender Moment bei den Verhandlungen im Landtag, alle Redner und Parteien einig zu

sehen in dem Wunsche, der Volksschule und ihren Lehrern zu helfen; selbst die I Kammer zeigte bis jetzt eine schulfreundliche Haltung. Ich will heute nicht von der großen und schweren Aufgabe des Berichterstatters, auch nicht von den Leistungen der anderen Schulredner sprechen. Ich will nur hervorheben, daß von allen Rednern an die Regierung die Forderung gestellt wurde: Der Volksschule muß geholfen werden! Also hängt die Hilfe allein von der Regierung ab. Das ist heute in unserm Lande die Situation bei der Volksschulreform. Ich und jedenfalls mit mir die große Zahl der Lehrer erkennen voll und ganz den guten Willen des Oberschulrats und des Unterrichtsministers an.

Wie in früheren Jahren trat auch diesmal der Oberschulratsdirektor energisch für die Forderungen der Schule ein. Auch wird kein Lehrer die schwere Aufgabe des jetzigen Ministers verkennen; es gilt nicht nur Versäumtes nachzuholen, sondern auch neuen Aufgaben auf dem Gebiet der Schule die Hand zu reichen. Doppelt schwer ist diese Aufgabe bei den heutigen Finanzverhältnissen. Gelingen kann sie nur — und damit komme ich auf die in einem Artikel der letzten Nummer berührte Frage — wenn Lehrerschaft und Schulerwaltung mit gleicher Liebe daran arbeiten, der Volksschule gegenüber andern Faktoren Anerkennung zu verschaffen und den berechtigten Forderungen der Schule zum Siege zu verhelfen. An der Lehrerschaft soll es nicht fehlen. Wenn ein Beamtenstand gezeigt hat, daß er trotz Verkennung, trotz geringer Entlohnung, ja trotz mancher Geringschätzung an den von der Pädagogik vorgezeichneten Idealen festhält, so ist es der Lehrerstand. Man hat ihm häufig große Schulklassen übergeben, man hat ihm eine größere Stundenzahl, also mehr Arbeit als andern Lehrern aufgebürdet und dabei weniger Erholung gegönnt, man hat ihn an Ehren wahrhaftig nicht verwöhnt, und doch sind die Lehrer — von Ausnahmen rede ich nicht — bis heute noch begeistert für ihren Beruf, treu in der Arbeit, treu in der Liebe zum Volke und zum Fürstenhause und dabei erfüllt von dem Wunsche, mit der Behörde in Eintracht zusammenzuwirken zum Segen des Vaterlandes. Wenn diese Anerkennung in den Worten des Ministers nicht mit erwünschter Wärme zum Ausdruck kam, so muß man bedenken, daß kein Pädagog sprach, sondern ein Jurist, der ja immer versucht ist, nach dem zu urteilen, was in den Akten steht. Nach den Akten allein aber kann man den Pädagogen nicht beurteilen. Man muß ihn auffuchen bei der Arbeit, bei den Kindern, man muß ihn zu erkennen suchen in seinen Bestrebungen. Daß ein Minister nichts nach Lob und Tadel fragt, kann die Sprache einer starken Regierung sein, einer Regierung, die sich bewußt ist, nach Kräften das Beste für das Wohl des Volkes eingesetzt zu haben. Auf pädagogischem Gebiet kann eine Verwaltung diese energische Sprache führen, wenn sie die Lehrerschaft im rechten Geiste erzieht, wenn sie ihr mit Liebe entgegenkommt, wenn sie alle Hindernisse eines geistlichen Unterrichts hinwegräumt, wenn sie die Lehrer für die große Aufgabe der Erziehung begeistert. Die aus einer freien Entwicklung in lebendiger Verbindung mit der Praxis hervorgehenden Bestrebungen der Lehrerschaft werden in einer pädagogischen Verwaltung immer freudiges Entgegenkommen und eingehende Erörterung erfahren. Deshalb wirken bei normalen Verhältnissen Lehrerschaft und Aufsicht zusammen. Ohne die Lehrer in irgend einer Hinsicht zu bevormunden, wird eine weise pädagogische Verwaltung in den Bestrebungen der Lehrer immer den wichtigsten Ausgangspunkt bei ihren Maßnahmen erblicken. Ein Freundschaftsverhältnis, dessen Band eine innige Liebe zur Volksschule bildet, hält Lehrerschaft und Schulaufsicht unzertrennlich zusammen. Ein anderes Verhältnis kennt die Schule nicht.

L. Gödel.

Die Volksschuldebatte in der II. Kammer des badischen Landtags

am Donnerstag, den 16. Juni 9^U. — 1 Uhr.
(2. Sitzung; 101. Sitzung der Kammer.)

Fortsetzung

In dieser Sitzung ergriffen zuerst zwei Regierungsvertreter (der Oberschulratsdirektor und Dr. Wengoldt) das Wort; dann sprachen Wildens, Eichhorn, Vorderer und Schäfer.

Während der Sitzung war folgender Antrag eingekommen:

„Wir beantragen zu Unterrichtswesen Titel X § 61 Gnadengaben an Hinterbliebene von Hauptlehrern“ den Betrag von 45000 M auf 60000 M zu erhöhen.

Jhrig. Heimburger. Dr. Wengoldt. Müller. Krämer. Sühkind. Greiff. Vorderer. Eichhorn. Beneden. Vortisch. Fröhauß.

Zunächst sprach der Direktor des Oberschulrats Geh. Rat Dr. Kreuzberger: Ich möchte mir erlauben, auf einzelne Punkte die in der gestrigen Sitzung zur Sprache kamen, nochmals zurückzukommen und die Stellung der Oberschulbehörde zu ihnen näher darzulegen. Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich im Verlauf seiner gestrigen Rede auch über die Bestimmung des § 49 der Schulordnung ausgesprochen und diese Bestimmung einer scharfen Kritik unterzogen. Es war mir dies nicht unerwartet, und ich sehe mich umso mehr veranlaßt, auf diesen Punkt hier einzugehen, als ich persönlich und mit Namensnennung in verschiedenen Preßerzeugnissen für die infolge der Neufassung des § 49 entstandene Erregung verantwortlich gemacht wurde. Ich brauche in dieser Beziehung nur auf die Nr. 54 des Badischen Beobachters hinzuweisen, in welcher ein eingehender Artikel enthalten ist: „Der Groß-Oberschulrat, die Sozialdemokratie und der § 49“. Bei Durchgehen dieser Preßerzeugnisse und gestern bei Anhörung der Kritik des Herrn Abg. Fehrenbach mußte ich mich fragen, ob ich wirklich der Mann sei, von dem ein so gewalttätiges und schroffes Eingreifen in wenig pietätvoller Weise in schöne Überlieferungen und Sitten unseres Volkes angenommen werden konnte, und welcher am Ende einer langjährigen Dienstzeit bei der Leitung der Oberschulbehörde sich so ungeschickt und bureaukratisch benommen hätte, wie der Dr. Abg. Fehrenbach es geschildert hat. Es ist für mich ein Trost, daß die Neubestimmung nur im Interesse der Schule und aus Wertschätzung der Bedeutung der Unterrichtszeit und ihrer Ausnützung in der Volksschule getroffen worden ist, ein Grundsatz, der an sich ja auch von Herrn Abg. Fehrenbach als richtig anerkannt worden ist. Es handelt sich also nur um einen Streit um den Vollzug dieses Grundsatzes, wobei natürlich das Zusammenstreifen verschiedener Interessen und der Standpunkt, von dem aus wir die Sache beurteilen, ausschlaggebend sind. Ich habe eben die Interessen der Schule zu vertreten und mich auf den Standpunkt der Schule zu stellen und bekenne offen und ehrlich, daß ein Volksschulunterricht, der jeden Augenblick durch Hochzeit oder Begräbniß unterbrochen werden kann, mir nicht die ernste Bedeutung zu haben scheint, wie ich sie dem Volksschulunterricht gerne zugemessen sehen möchte. (Rufe: Sehr richtig!) Ich möchte aber auch fragen, was denn neues angeordnet worden ist, was zu einer so großen Erregung Anlaß geben könnte? Der Herr Abg. Fehrenbach hat den Wortlaut des alten § 49 der Schulordnung mit dem des neuen verglichen und hat an ihm eine etwas schärfere Fassung gefunden. Er hat aber nicht angegeben, daß schon in früherer Zeit die Oberschulbehörde ihren Standpunkt in dieser Frage mit aller Entschiedenheit ausgedrückt hat. Eine Bekanntmachung vom 30. Mai 1876, betr. die Schmälerung des Schulbesuchs durch Beizug der schulpflichtigen Kinder zu kirchlichen Feiern, spricht sich dahin aus:

„Es ist wiederholt zur diesseitigen Kenntnis gekommen, daß da und dort der Schulunterricht durch Beizug der Schulkinder zu kirchlichen Feierlichkeiten eine nicht zulässige und oft sehr schädliche Schmälerung erleidet. Wir sehen uns daher veranlaßt, den § 54 der Schulordnung vom 23. April 1869 — jetzt § 49 — hiermit unter dem Anfügen in Erinnerung zu bringen, daß wir von den Ortschulräten und Lehrern erwarten, sie werden ihrerseits alles tun, um solchen Mißständen möglichst zu begegnen.“

Namentlich müssen wir verlangen, daß die Lehrer und Schulkinder, ganz dringende Fälle etwa ausgenommen, nur außerhalb der Schulzeit zur Teilnahme bei Kasualien, insbesondere bei Beerdigungen herbeigezogen werden.

Wo übrigens ein derartiger Ausnahmefall vorkommen sollte, werden die Lehrer bemüht sein, den etwaigen Ausfall an der geordneten Unterrichtszeit auf irgend eine Weise wieder einzubringen.“

Das ist die bisher geltende Bestimmung, und ich frage nun, wenn Sie diese Bestimmung mit der neuen Ordnung vergleichen, was daran Wesentliches geändert worden ist? Es ist allerdings die Absicht gewesen, etwas schärfer auf die Bestimmung der geordneten Einhaltung der Schulzeit hinzuweisen, weil wir eben nach den Erfahrungen, die die Oberschulbehörde gemacht hat, die Überzeugung erlangt haben, daß diese Bestimmung vom Jahr 1876 in Vergessenheit geraten und dadurch der Unterricht in einer sehr starken Weise beeinträchtigt worden ist, daß insbesondere die Verpflichtung der Lehrer, die ausfallende Unterrichts-

zeit nachzuholen nicht mehr erfüllt wird. Bei den Erwägungen über die Ausdehnung der Unterrichtszeit, welche ja von Seiten dieses hohen Hauses auch als dringend wünschenswert anerkannt worden ist, mußte uns doch der Gedanke kommen, daß wir wenigstens für eine tüchtige Ausnützung der jetzt schon bestehenden Unterrichtszeit Sorge tragen müßten. Dazu kam noch die Neuordnung der Schulordnung und des Organistendienstes, und gerade dieser Punkt schien uns ganz besonders von Bedeutung zu sein, eine entsprechende Aufmerksamkeit des Lehrers auf seine Verpflichtung herbeizuführen, den Schulunterricht vollständig zu geben. Die Unterrichtsverwaltung hat im vorigen Landtag ausdrücklich erklärt, sie wüßte, wenn auch keine rechtliche Verpflichtung mehr für die Verziehung des Organistendienstes vorliege, doch, daß dieser vom Lehrer besorgt werden möchte; und weil die Oberschulbehörde auch ihrerseits diesen Gedanken hat, so konnte gar nicht angenommen werden, daß der strenge Wortlaut der Schulordnung für Fälle der fraglichen Art maßgebend sei, es war aber geboten, eine Regelung der Tätigkeit des Lehrers als Organisten vorzunehmen, was durch die Verordnung vom Dezember 1902 geschah. Nun wurde aber von Seiten des Herrn Abg. Fehrenbach beanstandet, daß die Vollzugsverordnung bezüglich der zu berücksichtigenden Ausnahmefälle eine Entscheidung der Ortschulbehörde im einzelnen Fall und nach den besonderen Verhältnissen desselben verlange, und daß ferner eine Anzeige an den Kreis-Schulrat vorgeschrieben sei. Ja, wenn in einer Reihe von Gemeinden auf unsere Verfügung hin ganz allgemein beschlossen wurde, alle in den betreffenden Gemeinden vorkommenden Begräbnisse sollten von vorneherein als Ausnahmefälle bezeichnet werden, so müßten wir uns doch sagen, daß, wenn eine derartige Behandlung der Sache zulässig wäre, die Notwendigkeit gar nicht geboten gewesen wäre, irgend welche Bestimmung zu treffen; man hätte die Regelung vielmehr einfach den Gemeinden überlassen können. Das wollten wir aber nicht. Es ist übrigens auch gar nicht in der Vollzugsverordnung gesagt, in welcher Weise die Entscheidung der Gemeindebehörde getroffen werden soll, solche wird vielmehr in der allgemein üblichen Form herbeizuführen sein.

Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg hat sich bei Bekanntgabe der oberschulrätlichen Verfügung und Bestimmung seiner Stellung zu ihr in sehr dankenswerter Weise dahin ausgesprochen:

„Es liege unzweifelhaft auch im Interesse der Kirche, daß die Zwecke der Schule gefördert und Kollisionen mit der Schulordnung möglichst vermieden werden, soweit dieses mit dem Anrechte der Kirchengemeinde auf würdige Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes vereinbar ist, und wie es auch bisher stets angestrebt wurde.“

Das erzbischöfliche Ordinariat hat dabei bestimmt, daß „in notwendigen Ausnahmefällen, in denen ein Interesse der ganzen Kirchengemeinde oder des größeren Teiles derselben daran besteht, daß gottesdienstliche Berrichtungen in die Schulzeit übergreifen, die gottesdienstliche Feier so gelegt werden soll, daß die Interessen der Schule durch die vom Großherzog, Oberschulrat bezeichneten geeigneten Maßnahmen von Seiten der Schulbehörde gewahrt werden können. Es solle zu diesem Zwecke der Ortsgeistliche sich so zeitig als möglich mit der Ortschulbehörde oder deren Vorsitzenden ins Benehmen setzen, damit rechtzeitige Entscheidung, tunlichst in ordnungsgemäßer Sitzung der Ortschulbehörde, zu welcher der Pfarrer eingeladen ist, erfolgen kann.“

Da es auch für das erzbischöfliche Ordinariat wichtig sei, „um ein Urteil über den Umfang und die Tragweite der etwa vorkommenden Interessentkollisionen zwischen Kirche und Schule zu gewinnen,“ wünscht das Ordinariat von den einzelnen Fällen zuverlässige und richtige Kenntnis zu erhalten. Es ordnet deshalb eine ähnliche Berichterstattung seitens des Pfarrgeistlichen an, wie sie seitens der Ortschulbehörde an die Kreis-Schulräte zu erfolgen hat.

Ich glaube, daß hierin doch eine etwas andere Beurteilung und Wertschätzung des Erlasses der Oberschulbehörde enthalten ist als dies in der Rede des Herrn Abg. Fehrenbach der Fall war. Letzterer hat auch insbesondere bedauernd betont, daß unter solchen Verhältnissen die schöne Sitte der Beteiligung der Schule an Beerdigungen und Hochzeiten nicht mehr eingehalten werden könne. Welche Bedeutung dieser Sitte beizulegen sei, lasse ich dahingestellt; mir aber scheint es unzweifelhaft, daß das Interesse der Schule hier in erster Linie zu berücksichtigen ist. Was den Lehrer-Organisten betrifft, so kommt hier die Bestimmung der Verordnung vom 31. Dezember 1902 in Betracht. Ob die Schuljugend bei solchen Feiern notwendig ist, will ich nicht entscheiden, ich will nur darauf hinweisen, daß man von einer Beteiligung der Schuljugend an Hochzeiten in vielen Orten unseres Landes nichts weiß. Was aber die alten Sitten und Gebräuche anbelangt, so sind eben die modernen Lebensverhältnisse andere geworden und vielfach mächtiger als der Wunsch, jene Sitten beizubehalten. Auch in Karlsruhe gab es früher eine Sitte, die allen sehr lieb geworden und ans Herz gewachsen war, nämlich die, einen teuren Toten von dessen letzter Wohnstätte aus an die Ruhstätte zu begleiten; hygienische Rücksichten haben jedoch dazu geführt, daß diese Sitte fallen gelassen wurde. Die Beerdigungsfeier findet nun von der Leichenhalle aus statt. Hier hat sich aus Rücksicht auf hygienische Erwägungen eine Sitte geändert, und ähnlich dürfte es auch bezüglich der Sitte der Beteiligung der Schul-

jugend bei Beerdigungen und Hochzeiten aus Rücksichtnahme auf das Interesse der Schule sein.

Der Herr Berichterstatter hat ein gutes Wort eingelegt für die Lehrerinnen und für die jüdischen Lehrer, auch sprach er sich für die Beibehaltung der Schulführung durch die Lehrer aus. In letzterer Beziehung kann ich den Herrn Berichterstatter durchaus beruhigen, indem ich mitteile, daß das Verbot der Übernahme der Schulführung durch die Lehrer von der Oberschulbehörde selbst zurückgenommen wurde. Bezüglich der Lehrerinnen kann ich nur versichern, daß sie bei Neuregelung der Einkommensverhältnisse in gleich wohlwollender Weise werden behandelt werden wie die Lehrer selbst. Schwieriger ist die Erfüllung der Wünsche der israelitischen Unterlehrer. Seit der letzten Behandlung der Angelegenheit in diesem hohen Hause war die Oberschulbehörde in der Lage, drei solche Lehrer etatmäßig anzustellen. Es war dies allerdings zumeist mit großen Schwierigkeiten verknüpft, einmal mußte sogar das Ministerium angegangen werden, um die fragl. Schulstelle den israelitischen Lehrern zu erhalten. Daß die fragl. Unterlehrer alle an größere Städte veretzt werden, ist doch kaum möglich. Auch einen höheren Gehalt auszuwerfen sind wir geseßlich nicht berechtigt. Wir sind aber immer bestrebt, den Wünschen tunlichst gerecht zu werden.

Herr Abg. Jhrig hat die Anschauung ausgesprochen, daß bei der Aufnahme in die Seminarier in Anbetracht des gegenwärtigen Lehrermangels keine rechte Auswahl mehr getroffen werden könne. Demgegenüber kann ich mit Entschiedenheit versichern, daß die Aufnahmebehörden angewiesen sind, nur diejenigen zuzulassen, die die erforderlichen Kenntnisse besitzen und sonst für den Lehrerberuf geeignet sind, und nicht etwa den Lehrermangel bei der Frage der Aufnahmefähigkeit irgend in Betracht zu ziehen und minderwertige Elemente zuzulassen.

Herr Abg. Jhrig hat auch auf eine frühere Äußerung von mir Bezug genommen, wonach ich die Realmittelschulbildung als Vorbildung des Lehrers für wünschenswert hielt. Ich gebe Ihnen vollkommen zu, und ich glaube auch jetzt noch, daß die Ausbildung auf der 6klassigen Realmittelschule eine gute Vorbildung für den künftigen Lehrer abgibt. Aber ich habe schon damals ausgesprochen, daß dies erst möglich sein wird, wenn die bezüglichen Anstalten im Lande mehr verbreitet sind. Herr Jhrig berechnet deren Anzahl auf 60, ich finde beim besten Willen nicht mehr wie etwa 40. Unter den jetzigen Verhältnissen dürfte wohl keine Schulbehörde sich dazu hergeben, den Sprung zur Realmittelschulbildung als alleiniger Vorbildung zum Eintritt in das sachliche Lehrerseminar zu machen, selbst wenn ihr nicht die ungünstigen Erfahrungen, wie sie bei uns tatsächlich vorliegen, zur Seite ständen. Herr Abg. Jhrig weiß, daß wir zweimal verucht haben, besondere Kurse einzurichten für Abgänger von 6klassigen Realanstalten, daß aber beidemal sich nur eine ganz geringe Anzahl von Teilnehmern gemeldet hat. Unter diesen Umständen kann man es der Schulbehörde doch wirklich nicht zum Vorwurf machen, wenn sie nicht die Realmittelschulbildung zur notwendigen Bedingung für die Ausbildung zum Lehrerberuf erhebt.

Bezüglich der Frage des Internats will ich darauf hinweisen, daß für das neue Seminar in Freiburg nur für $\frac{2}{3}$ der Anstaltszöglinge Internatserziehung vorgesehen ist, und daß sonach die oberen Kurse, von einzelnen Ausnahmen natürlich abgesehen, außerhalb des Seminars wohnen werden. Daß die Unterbringung der Zöglinge im Externat so leicht sei und so wenig Mehrkosten verursache als die Anstalts-erziehung, wie dies Herr Abg. Jhrig meint, scheint mir nicht zutreffend zu sein. Zudem hat man bis jetzt mit der Unterbringung der Zöglinge im Externat nicht immer gerade sehr günstige Erfahrungen gemacht. Ich verweise auf Meersburg, wo der oberste Kurs in der Stadt untergebracht ist. Hier sind die Zöglinge vielleicht nicht sehr teuer, dafür aber vielfach vielleicht nicht sehr gut untergebracht. Auch bezüglich des Internats wird man die Entwicklung abwarten müssen und erst allmählich zur Externatserziehung übergehen können.

Der Herr Abg. Jhrig hat noch den Wunsch ausgesprochen, daß die Fortbildungskurse an der Universität Heidelberg seitens der Oberschulbehörde tunlichste Förderung erfahren möchten. Daß diese Fortbildungskurse auch für die Fortbildung unserer Lehrer und Lehrerinnen von Wert sind, gebe ich zu. Erfahrungen in dieser Richtung haben wir aber noch gar keine gemacht. Daß die Fortbildungskurse sich an die Universität Heidelberg anschließen, daran trägt lediglich der äußerliche Umstand die Schuld, daß die Kurse in den Universitätslokalitäten und mehrfach durch Dozenten der Universität abgehalten werden. Die Unternehmer sind nicht wie bei den Freiburger Kurien für Mittelschullehrer die Fakultäten, sondern die Lehrer- und Lehrerinnenvereine. Übrigens hat die Oberschulbehörde bereits die Erteilung von Urlaub für die Kursteilnehmer zugesichert und wird auch in Erwägung ziehen, ob die Erteilung eines Zuschusses für das Unternehmen im ganzen möglich sei. Die übrigen Fragen bezüglich der 6klassigen Übungsschulen, des Lehrplans usw. will ich meinem Herrn Kollegen zur Beantwortung überlassen. Ich möchte nur noch anfügen, daß der Lehrplan für die Volksschulen bereits im Entwurf ausgearbeitet

ist, aber bis jetzt im Hinblick auf die in Aussicht stehende Ausdehnung der Unterrichtszeiten noch nicht fertiggestellt werden konnte. So bald diese Frage entschieden ist, werden wir eine Anzahl von Vertretern des Volksschullehrerstandes bitten, sich gutätlich zu äußern, und sie zur mündlichen Beratung des Entwurfes zu uns einladen.

Geh. Hofrat Dr. Beggoldt: Ihre Kommission hat an das hohe Haus den Antrag gestellt, die Großh. Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß mit jedem Seminar soweit dies durchführbar, eine achtklassige Seminarübungsschule verbunden wird. Namens des Oberschulrats beehre ich mich, hierzu folgendes mitzuteilen. Wir haben 4 Seminarübungsschulen im Lande, eine in Meersburg, eine in Ettlingen und zwei in Karlsruhe. Die in Meersburg umfaßt sämtliche Knaben der Volksschule, also acht Jahrgänge, die in Ettlingen ebenjo. Diese beiden Seminare entsprechen also den Wünschen der Kommission und können demzufolge aus den Erörterungen auscheiden. Die Übungsschulen an den Seminarier I und II hier umfassen dagegen nur 3 bzw. 4 Jahrgänge, die Schüler beider Seminarübungsschulen gehen nach Aboidierung dieser Klassen meist an die hier befindlichen höheren Lehranstalten über. Nun ist zu bemerken, einmal, daß in beiden Seminarübungsschulen Räumlichkeiten für 8 Klassen gar nicht vorhanden sind, und sodann, daß, auch wenn für die Seminarübungsschule I die erforderlichen Räumlichkeiten beschaffen würden, es unmöglich wäre, Schüler für diese Klassen zu erhalten, weil das Seminar in einem Stadtteil liegt, dessen Schüler nicht mehr in die Volksschule, sondern in die Mittelschulen geschickt werden. Es ist auch nicht zutreffend, daß 8klassige Seminarübungsschulen absolut notwendig sind, weil die Übungen der Hauptsache nach in den untern und mittleren Klassen vorgenommen werden, und die Erfahrung bewiesen hat, daß die aus diesen Seminarübungsschulen hervorgegangenen Lehrer später in ihren Leistungen hinter den anderen zurück stehen, die aus den Übungsschulen in Ettlingen und Meersburg kommen. Es kann aber anerkannt werden, daß wegen der Gleichmäßigkeit die Errichtung achtklassiger Seminarübungsschulen auch an den beiden hiesigen Seminarier erwünscht wäre. Wir haben deshalb beschlossen, zwar nicht achtklassige Schulen einzurichten — dazu haben wir die erforderlichen Räumlichkeiten nicht —, uns aber an die Stadtverwaltung hier zu wenden und mit ihr ein Abkommen zu treffen, wodurch den Zöglingen der beiden Seminarier Gelegenheit geboten werden kann, in den oberen Schuljahren der hiesigen Volksschule dem Unterricht anzuwohnen und Übungen vorzunehmen.

Die Kommission hat ferner den Antrag gestellt, es möchte der Unterricht an diesen Seminarübungsschulen tunlichst von definitiv angestellten, jedenfalls nur von solchen Lehrern erteilt werden, die die Dienstprüfung bereits bestanden haben. Die Seminarübungsschulen sind lediglich Hilfsmittel für die Seminarier. Nach diesem Gesichtspunkt werden sie auch geleitet. Wir waren bisher stets bestrebt, an diese Seminarübungsschulen nur besonders geeignete junge Lehrer zu weisen, und haben, so bald sich solche Lehrer nicht bewährten, deren Stellen sofort anderweit besetzt. Diese jungen Lehrer haben teilweise die Dienstprüfung bestanden, teilweise allerdings noch nicht. Die Oberschulbehörde ist nun ganz damit einverstanden, daß man den Seminarübungsschulen künftig nur solche Lehrer zuweist, welche die Dienstprüfung bestanden haben. Auf erhebliche Schwierigkeiten stößt dagegen die Anstellung definitiver Hauptlehrer. Es wäre sehr leicht möglich, wenn wir Hauptlehrerstellen errichten würden, tüchtige Kräfte herauszufinden. Allein die Lehrer, wie auch die übrigen Beamten, nehmen mit zunehmenden Jahren an körperlicher und geistiger Frische ab und können dann nicht dauernd an diesen Seminarübungsschulen belassen werden. Nach unserer Gesetzgebung ist es aber einfach nicht möglich, solche Lehrer, wenn ihre Leistungsfähigkeit nachläßt, sie aber sonst zu Beanstandungen keinen Anlaß geben, deswegen von der Stelle zu entfernen. Es kann daher nicht in Aussicht gestellt werden, daß an den Seminarübungsschulen durchgängig nur Hauptlehrer angestellt werden sollen. Wohl aber hat die Oberschulbehörde die Ansicht, daß wenigstens an den größeren Übungsschulen, namentlich in Ettlingen, der Versuch gemacht werden könne, einen oder den anderen Hauptlehrer anzustellen, so daß, wenn sie nicht mehr Mustergültiges zu leisten imstande sind, immer noch so viele andere Lehrer zur Verfügung stehen, daß die ersteren bei den Übungen außer Betracht gelassen werden können.

Der Herr Abg. Jhrig hat bemerkt, es sei eine „schwere Unterlassung“, daß die Oberschulbehörde den bisherigen Volksschullehrplan seit dem Jahre 1869 habe fortbestehen lassen. Ich kann dieses Urteil nicht als zutreffend bezeichnen. Der Lehrplan von 1869 ist mit besonderer Umsicht festgesetzt worden; er zeichnet sich noch heute vor den meisten Volksschullehrplänen der anderen deutschen Staaten aus, und es ist ihm deshalb wiederholt von auswärtigen Schulmännern, die unsere Schulen besuchten, Anerkennung gesendet worden. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß bei den Urteilen vielfach eine Verwechslung vorliegt. Die Beschwerden richten sich öfters in erster Reihe nicht gegen ihn, sondern gegen die Speziallehrpläne einzelner Städte und auch Kreise. Allerdings kann nicht geleugnet werden, daß der Lehrplan für die Volksschulen immerhin reformbedürftig ist. Er hat vor allem den Fehler, daß er viel zu

ausführlich ist, zu sehr in die Details eingeht. Auch sind mancherlei inzwischen erst gemachte pädagogische Erfahrungen darin naturgemäß nicht verwertet. Wir haben deshalb einen neuen Lehrplan bereits im Entwurf fertig gestellt; die Arbeit aber abzuschließen, war nicht möglich, weil wir abwarten mußten, ob wir etwa durch eine Änderung des § 14 des Schulgesetzes mehr Unterrichtszeit bekommen. Nachdem nun dazu alle Aussicht vorhanden ist, werden die Beratungen mit den Kreis Schulräten und einer größeren Zahl tüchtiger Lehrer so gefördert werden, daß der neue Lehrplan bis Frühjahr 1906 in Kraft treten kann.

Was ich über den Volksschullehrplan gesagt habe, gilt auch für die Volksschullesebücher. Sie stehen im inneren Zusammenhang mit dem Lehrplan. So lange dieser nicht feststeht, können auch sie nicht revidiert werden. Bis Ostern 1906 wird aber auch diese Revision voraussichtlich zu Ende geführt sein.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat der Musik mit höchster Anerkennung und Begeisterung gedacht. Ich habe ihm dies nachempfinden können, weil auch ich ein Freund der Musik bin und speziell Beethoven, den er so außerordentlich lobte, sehr schätze. Es scheint aber, daß der Herr Abgeordnete die Maßnahmen des neuen Lehrplans hinsichtlich des Musikunterrichts an den Seminarien zu düster anieht. Bei Aufhebung des § 38 des Schulgesetzes hat die Kommission und auch das Hohe Haus gewünscht, daß die Ausbildung der Lehrer in der Musik keine Schwächung erleiden dürfe. An diesen Grundsatz haben wir uns gehalten. Es ist allerdings für die Harmonielehre nur eine einzige Stunde angelegt, allein dasjenige, was in der Harmonielehre den Seminaristen bekannt werden muß, kann in der einzigen Stunde durchaus geleistet werden. Es ist nicht Sache des Volksschullehrers, sondern des Musiklehrers, in die schweren Materien des Kontrapunktes, des Kanons, der Fuge u. s. w. einzubringen. Anders ist es allerdings scheinbar bezüglich des Klavier- und Orgelunterrichts, für welchen früher zwei Stunden eingesetzt waren, während jetzt nur eine einzige Stunde vorgesehen ist. Dieser Rückgang ist aber nur ein scheinbarer, die früheren zwei Stunden galten dem Lehrer, der die Klasse in Gruppen einteilen mußte, so daß auch früher jeder Schüler höchstens nur einmal in der Woche vorspielen konnte.

Der Gesangsunterricht ist hinsichtlich der Stundenzahl im allgemeinen nicht verkürzt. Es ist sogar eine wertvolle Neuerung eingetreten, insofern ein viel größeres Gewicht auf eine gründliche Schulung der Stimme gelegt worden ist. Wir haben die entschiedene Absicht, in größerem Maße als bisher die Stimmbildung beim Gesange durchzuführen, nicht bloß in den Seminarien, sondern auch in den Volksschulen und höheren Lehranstalten. Es sind auch sonst Anordnungen getroffen worden, um diese Absicht durchzuführen. Es ist also kein Grund vorhanden, die musikalische Ausbildung mit etwas düsteren Blicken anzusehen.

Abg. Dr. Wilkens: Der vortreffliche Bericht meines Freundes Nothmann ist so ausführlich und behandelt alle Einzelheiten so eingehend, daß ich es mir ersparen kann, dieselben zu rekapitulieren. Ich kann nur sagen, daß wir in allen wesentlichen Punkten auf dem Boden dieses Berichts stehen, und der Ansicht sind, daß der Bericht erstatter eine Arbeit von dauerndem Wert geschaffen und sich damit um die Schule wie um die badischen Lehrer ein Verdienst erworben hat. Daß die Bemühungen des Berichterstatters, in den Grenzen des Erreichbaren die Verhältnisse unserer Volksschulen und der an ihnen wirkenden Lehrer zu bessern, nicht die Anerkennung aller Interessenten gefunden haben, ist ein Los, das er mit mir und mit vielen meiner Freunde teilt. Wir nehmen dies aber ebensowenig tragisch, wie er. Wer heutzutage im öffentlichen und namentlich im politischen Leben steht, muß, er mag es machen, wie er will, auf Angriffe aller Art gefaßt sein. Anerkennung ist hier selten, häufig dagegen scharfe Kritik und oft auch persönliche Verunglimpfung. Man darf sich aber durch solche Dinge in der Verfolgung dessen, was man als richtig erkannt hat, nicht beirren lassen. Es muß unser einmütiges Bewußtsein genügen, daß man bestrebt war, seine Schuldigkeit zu tun.

Was speziell die Lehrer angeht, so sind es doch auch immer nur einzelne, die sich zu heftigen Ausfällen hinreißen lassen. Sie sollten aber allerdings bedenken, daß sie der Sache, die sie vertreten, damit keinen guten Dienst leisten, daß es unklug ist, den eigenen Freunden fortwährend vor den Kopf zu stoßen, und daß es auch nach außen hin einen schlechten Eindruck macht, wenn mit Übertreibungen sowie mit persönlichen Angriffen gearbeitet wird. Daß nun aber die Anträge der Kommission, die wiederum auf Anträgen beruhen, die von national-liberaler Seite, sowie von freisinnig-demokratischer Seite eingebracht worden sind, einen erheblichen Fortschritt bedeuten, sollten meines Erachtens auch unsere Lehrer anerkennen.

Es bringen diese Anträge, wenn sie durchgeführt werden, vielfache Verbesserungen. Einen Abschluß dessen, was für die Schule und für die Lehrer geschehen kann und geschehen soll, bedeuten sie allerdings nicht. Von einem solchen Abschluß kann aber auch wohl in einer Materie, die, wie die vorliegende, so sehr sich im Fluß befindet, weder jetzt noch später die Rede sein. Daß sich die Anträge der Kommission durchaus im Rahmen der bei uns bestehenden Simultanschule bewegen,

ist selbstverständlich, und es ist erfreulich, daß bei uns nunmehr auch das Zentrum der Meinung ist, daß an dieser Einrichtung nicht mehr gerüttelt werden kann.

Der Abg. Fehrenbach hat zwar durchblicken lassen, daß er die Konfessionsschule auch jetzt noch prinzipiell für das Richtigere hält. Diesen Standpunkt teilen wir auf dieser Seite des Hauses durchaus nicht. Unser Ideal ist die konfessionell gemischte Schule, und wir können uns nur darüber freuen, daß dieses unser Ideal in Baden Dank der rastlosen Tätigkeit unserer politischen Vorgänger seit dreißig Jahren verwirklicht ist. Wir erblicken gerade darin, daß in unserer Volksschule die Kinder ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis mit einander unterrichtet und erzogen werden, in unserem paritätischen Staat eine Hauptgarantie für den konfessionellen Frieden und für ein dauerndes harmonisches Zusammenleben der Angehörigen der verschiedenen Konfessionen, und können es nur lebhaft bedauern, wenn in anderen deutschen Staaten, insbesondere in Preußen, die tatsächlichen Verhältnisse noch so liegen, daß an eine Realisierung dieses Ideals vorerst und wahrscheinlich überhaupt für absehbare Zeit nicht zu denken ist. Wir hätten es aber lieber gesehen, wenn auch unsere politischen Freunde in Preußen bei der kürzlich von ihnen unternommenen Schulaktion den prinzipiellen Standpunkt, den wir für den richtigen halten, in den Vordergrund gerückt und ihren Anträgen nicht eine Fassung gegeben hätten, die das Mißverständnis aufkommen ließ, als ob man sich dort von den Simultanschulen überhaupt abwenden wolle. Wir in Baden werden an der konfessionell gemischten Schule unter allen Umständen festhalten. Wir erblicken in ihr eine der wertvollsten Errungenschaften unseres engeren Heimatlandes und sind stolz darauf, daß der Liberalismus es war, der seinerzeit im Verein mit einer fortschrittlich gesinnten Regierung diese Einrichtung geschaffen hat. Wenn uns nun gestern Fehrenbach gesagt hat, auch das Zentrum habe sich jetzt mit der gemischten Schule abgefunden und denke nicht daran, sie anzugreifen, vorausgesetzt, daß der Religionsunterricht beibehalten und an den gesetzlichen Bestimmungen nichts geändert werde, wonach bei Auswahl der Lehrer auf die konfessionellen Verhältnisse in den betreffenden Gemeinden eine gewisse Rücksicht zu nehmen ist, so kann ich ihm erwidern, daß wir nicht die Absicht haben, diese beiden Voraussetzungen zu gefährden. Wir stehen insbesondere auch auf dem Standpunkt, daß eine Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule sich mit den Anschauungen weiter Kreise unseres Volks nicht vertragen würde und entschieden widerraten werden muß. Daß Fehrenbach sich gestern, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch wenigstens tatsächlich mit der konfessionell gemischten Schule abgefunden hat, hätte in unseren Kreisen einen noch günstigeren Eindruck hervorgerufen, wenn er dabei nicht zugleich auch eine etwas verdächtige laudatio temporis acti bewirkt und der geistlichen Schulaufsicht eine Träne nachgeweiht hätte. Ich kann seine bezüglichen Anschauungen nicht teilen. Unsere Schulen sind nach meiner festen Überzeugung, seit die geistliche Schulaufsicht beseitigt ist, nicht schlechter, sondern besser geworden. Sie könnten allerdings noch besser sein. Wenn sie dies aber nicht sind, so liegt dies weit weniger an mangelhafter Aufsicht, insbesondere an mangelhafter örtlicher Aufsicht, über die Schulen, als vielmehr darin, daß eben die Unterrichtszeit an unseren Landtschulen eine zu kurze ist und infolge davon nicht immer dasjenige geleistet werden kann, was den Anforderungen der Gegenwart entspricht, sowie weiter darin, daß die Klassen vielfach zu stark besetzt sind. Diese Dinge wollen wir aber ja gerade jetzt ändern. Es wird ja auch die Vermehrung der Zahl der Kreis Schulräte, wie sie unlängst beschlossen wurde, dazu beitragen, daß die Schulaufsicht intensiver wie seither gehandhabt werden kann. Sollte diese Vermehrung aber nicht ausreichen, was ich nicht glaube, so wollen wir später lieber eine abermalige Vermehrung der Zahl der Kreis Schulräte beschließen, als auch nur daran denken, die Geistlichen wieder zur Schulaufsicht heranzuziehen. Eine derartige Maßnahme würde überhaupt die Rückkehr von der gemischten Schule zur konfessionellen Schule bedeuten.

Darüber war die Mehrheit der Kommission völlig einverstanden, daß die Volksschule den Charakter der Gemeindeschule behalten solle. Hier handelt es sich um geschichtlich gewordene Verhältnisse, an denen zu rütteln um so größere Bedenken hervorrufen müßte, als aller Voraussicht nach, sobald der Staat das ganze Volksschulwesen in die Hand nimmt, dasselbe in einer Weise uniformiert, schematisiert und schematisiert werden würde, das kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt wäre. Es wäre auch für die Schule kein Glück, wenn ihr das rege Interesse der Gemeindeverwaltungen, das diese ihr jetzt als einer Gemeindegliederung entgegenbringen, verloren ginge. Die Lehrer würden dies auch hinsichtlich ihrer Einkommensverhältnisse alsbald nachteilig empfinden, und ich bin überzeugt, daß auch die Leistungen der Schule selber besser sein werden, wenn man die jetzige, einen gewissen Wettstreit unter den Gemeinden auf diesem Gebiete nach sich ziehende und eine möglichst mannigfaltige Entwicklung begünstigende Organisation beibehält, als wenn man die Verbindung der Schule mit der Gemeinde löst und zur reinen Staatsschule übergeht.

Auch wenn man der Schule den Charakter als Gemeindegliederung durchaus wahr, wird es aber möglich sein, die Lehrer in den Gehaltstarif einzureihen, und

ich kann für meine Person und im Namen meiner Freunde nur dringend wünschen, daß das hierauf bezügliche Anliegen der Lehrer nicht länger unerfüllt bleibe. Es ist ja möglich, daß die Lehrer die Sache in ihrer Tragweite etwas überschätzen. Von einiger Bedeutung wird es aber für sie immerhin sein, wenn sie in den Gehalts-Tarif einrangiert werden. Sie dürfen eben dann darauf rechnen, daß, wenn es zu periodischen allgemeinen Gehalts-Tarif-Revisionen kommt, sie jeweils ohne weiteres in solche einbezogen werden. Ich halte dies aber nicht für ein materiell unbilliges Verlangen, und ich meine daher, die Regierung sollte über die formalen Schwierigkeiten, die ihr der Erfüllung des Wunsches der Lehrer entgegenzustehen scheinen, hinauszukommen suchen. Jedenfalls erachte ich diese Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich. Unsere Realschulen sind ja auch in erster Reihe Gemeindeanstalten. Gleichwohl unterstehen die an ihnen wirkenden Lehrkräfte der Gehalts-Ordnung und dem Gehalts-Tarif, und irgendwelche Unzulänglichkeiten sind aus dieser Einrichtung bisher nicht erwachsen.

Darüber, daß, wenn die Lehrer in den Gehaltstafel einrangiert werden, dies an einer Stelle geschehen muß, die ihrer Vorbildung und der Bedeutung ihres Amtes entspricht, herrschte in der Kommission vollständige Übereinstimmung. Wir waren der Meinung, daß bei der dormaligen Gestaltung des Tarifs G 5 der richtige Platz sein werde, der den Lehrern anzuweisen sei, und es ist dies ja auch im Kommissionsbericht niedergelegt worden. Wir waren weiter der Ansicht, daß die Neuregelung der bezüglichen Rechts- und Gehaltsverhältnisse jedenfalls auf dem nächsten Landtag und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1906 an erfolgen müsse. Diese Neuregelung mit allen ihren Einzelheiten schon auf 1. Januar 1905 zu beschließen, wie Fräuhof will, hat unseres Dafürhaltens keinen praktischen Wert und Zweck, nachdem die Regierung sich für völlig außer Stand erklärt hat, noch auf diesem Landtag die Sache zu ordnen, während auf der anderen Seite aber von ihr bestimmt in Aussicht gestellt worden ist, daß sie dem nächsten Landtag eine bezügliche Vorlage unterbreiten werde. Wir mußten umsomehr Bedenken tragen, einen solchen Beschluß zu fassen, als die Finanzlage des Staats zurzeit nicht derart ist, daß dem jetzt zur Beratung stehenden Budget noch ein so erheblicher Mehraufwand aufgebürdet werden kann, wie er hier in Frage steht.

Ein speziell von mir unternommener Versuch, für die älteren Lehrer mit Wirkung für diese Budgetperiode noch etwas zu erreichen, ist ebenfalls gescheitert. Es war hierbei daran gedacht, den Lehrern, die seit 3 Jahren im Bezug des Maximums sich befinden, noch eine weitere Dienstzulage von 150 M zu verschaffen, so daß sie dann wenigstens einmal auf 2300 M gekommen wären. Die Großh. Regierung hat aber auch diesen Gedanken zurückgewiesen, und es scheint, daß derselbe auch in den Kreisen der Lehrer keinen großen Anklang gefunden haben würde. Offenbar hätten manche Lehrer befürchtet, daß mit einer solchen Abschlagszahlung ein weiteres Hinschieben einer generellen Neuordnung verbunden sein könnte.

So liegt denn die Sache jetzt allerdings so, daß sich die Lehrer noch bis zum nächsten Landtag gedulden müssen. Ich hoffe, daß aber dann eine wirklich befriedigende Neuregelung ihrer Verhältnisse zu erreichen sein wird. Unter allen Umständen soll es an unserer Mitwirkung behufs Erzielung eines den Lehrern möglichst günstigen Resultats nicht fehlen.

Daß die Großh. Regierung in Aussicht genommen, ein Lehrerseminar in Heidelberg zu errichten, kann ich nur begrüßen. Ich habe früher schon ausgeführt, daß diese Seminare in der geistig erfrischenden und anregenden Atmosphäre einer Hochschulstadt besonders am Platze sind, und ich freue mich darüber, daß, nachdem die zwei anderen Hochschulstädte des Landes, Karlsruhe und Freiburg, solche Anstalten bereits haben, bzw. demnächst bekommen, nunmehr auch Heidelberg ein Seminar erhalten soll.

Der Abg. Thrig hat die Frage in Anregung gebracht, ob nicht für die Lehrertwitwen mehr als bisher geschehen könne. Ich bin in dieser Hinsicht im wesentlichen mit dem einverstanden, was der Abg. Fehrenbach gestern ausgeführt hat. Ich stehe dem Gedanken an und für sich sympathisch gegenüber, glaube aber, daß es Mittel gibt, ohne Änderung des Budgets den angestrebten Zweck zu erreichen. 3 B. wäre es möglich, den betreffenden Kredit unsererseits von vornherein für überschreitbar zu erklären. Jedenfalls bin ich bereit, dazu mitzuwirken, daß diese Frage in der einen oder anderen Weise zu einer befriedigenden Lösung geführt wird.

Es haben dann eingehende Erörterungen über die Frage der Handhabung des § 49 der Schulordnung stattgefunden, und wir haben heute aus dem Munde des Herrn Oberschulratsdirektors Näheres über die betreffenden Verhältnisse gehört. Ich kann mit Bezug hierauf nur sagen, daß ich das Vorgehen der Oberschulbehörde in dieser Angelegenheit im wesentlichen als gerechtfertigt ansehe, indem das Bestreben der Schulleitung darauf gerichtet sein muß, daß die Unterrichtszeit durch Veranstaltungen, die nicht mit dem Schulbetrieb zusammenhängen, möglichst wenig gestört wird. Ich meine aber auf der andern Seite auch, daß diese Dinge einen vernünftigen Vollzug voraussetzen, und daß in alte Sitten und Gepflogenheiten der Bevölkerung nicht

allzu rigoros eingegriffen werden sollte. Die betreffende Verordnung sieht ja aber auch vor, daß Ausnahmen im einzelnen Falle gewährt werden können, und man darf erwarten, daß von dieser Befugnis in geeigneten Fällen auch wirklich Gebrauch gemacht werden wird. Der Abg. Fehrenbach hat beantragt, daß, wenn es sich um solche Dispense handelt, jeweils eine besondere Genehmigung der Ortschulbehörde erfolgen soll. Es mag nun sein, daß in einzelnen Fällen es schwierig sein kann, die Ortschulbehörde zu einer Sitzung zusammen zu bringen, und es wird wohl zweckmäßig sein, wenn solchen Schwierigkeiten dadurch die Spitze abgebrochen wird, daß man für besonders dringend: Fälle dem Vorsitzenden des Ortschulrats die Vollmacht gibt, eine derartige Erlaubnis im Einzelfall zu erteilen. Im großen und ganzen muß jedenfalls daran festgehalten werden, daß Veranstaltungen kirchlicher Art, bei denen die Schulkinder mitwirken sollen, außerhalb der Schulzeit stattfinden und daß nur in Ausnahmefällen von dieser Regel abgewichen wird.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß wenn wir die Anträge der Schulkommission annehmen, sowohl der Schule als auch unseren Lehrern im Lande Baden ein weichtlicher und wertvoller Dienst erwiesen wird, und ich kann Sie deshalb nur bitten, den Kommissionsanträgen Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen)

Abg. Eichhorn. M. H., alle Redner haben bisher mit einer gewissen Verwahrung gegenüber der Presse begonnen. Man hielt wohl für notwendig im Angesicht der Bewegung, die in den letzten Monaten, wie auch in früherer Zeit durch die Presse gegangen ist und die sich mit den Lehrerinteressen beschäftigt, auch hier ein Wort über die Agitation und über diese Pressebewegung zu verlieren. Ich möchte, m. H., für meinen Teil kurz bemerken, daß, obwohl wir nicht unterschätzen wollen, was die Presse über die Tätigkeit des Landtags sagt, und obwohl von uns in keiner Weise die Presse mißachtet werden soll, — daß wir uns nicht allzuempfindlich zeigen gegenüber etwaigen Angriffen, die auf uns erfolgen, wenn irgend wer in der Presse angegriffen wird, ungerechtfertigt angegriffen wird, beständig angepöbelt und beschimpft wird in der ungezogensten und gröblichsten Weise, dann sind wir es. M. H., wir lassen uns trotzdem keine grauen Haare darüber wachsen und regen uns darüber nicht weiter auf. Und ich glaube, es ist kaum notwendig, daß so viele Worte hier darüber verloren werden, wenn man einmal etwas unanständig angefaßt wird.

Die Kritik hat auch ihr Gutes: Vielleicht überlegt man doch im gegebenen Augenblick und sagt sich: du hast vielleicht eine Dummheit gemacht, wenn man vom Gegner gelobt wird, oder von den eigenen Parteigenossen zu hart angegriffen wird. M. H., das nur so ganz nebenbei!

Ich möchte sagen, daß die große Anzahl der jetzt schon zum Schulbudget eingezeichneten Redner schon äußerlich die Behauptung zu behaupten scheint, mit der ich meine Rede beginnen möchte: daß die Volksschule das Wichtigste ist, aber das hier in diesem Hause verhandelt werden kann. Ich werde mit dieser nackten und schroffen Behauptung vielleicht bei Realpolitikern wie bei dem Herrn Kollegen Fehrenbach auf Widerspruch stoßen; er wird vielleicht sagen: es gibt neben der Schule auch eine ganze Menge anderer Dinge, die ebenso wichtig oder noch viel wichtiger sind. M. H., diese nur halbe Zustimmung zu meiner Behauptung kommt wohl daher, daß unsere Volksschule eigentlich keine wirkliche Volksschule ist, — daß sie wohl den Namen einer „Volksschule“ führt, aber nicht eine Schule für das ganze Volk, sondern nur für einen Teil des Volkes, für den ärmeren Teil ist. In dem Augenblick, m. H., wo wir eine wirkliche Volksschule hätten — eine Schule, in der die gesamte Jugend aus allen Gesellschaftsschichten und Gesellschaftskreisen ihren Unterricht erhält, für die Zeit bis zu einem gewissen Abschluß (entweder bis zum Erreichen eines gelehrten Berufes oder bis zur Erlernung eines Handwerks) — in dem Augenblick, wo wir wie gesagt eine solche allgemeine wirkliche Volksschule hätten, dürfte auch bei Ihnen das Postulat gelten: daß es nichts Wichtigeres gibt im ganzen Staatshaushalt, nichts Wichtigeres, mit dem wir uns beschäftigen können, wie die Volksschule.

Daran, daß unsere heutige Volksschule keine wirkliche Volksschule ist — an dieser Behauptung ändert es auch nichts, daß die Kinder, die später in die Mittelschule übergehen, in den ersten Jahren die Volksschule besuchen müssen. Der Geist, der in der Volksschule den Kindern anezogen werden soll, der Geist, der das Allgemeininteresse, das Zusammengehörigkeitsgefühl über alles stellt, der wird nicht anezogen in den Jahren vom sechsten bis zum zehnten Jahr, der kommt erst mit dem höheren Verständnis. Es müßte diese gemeinsame Erziehung bis zum vierzehnten, wenn es irgend angehe bis zum fünfzehnten Jahre gehen; denn wir lernen in der Zeit, die heute unsere Schule in Anspruch nimmt, nicht zu viel, eher noch viel zu wenig. Es müßte die gemeinsame Erziehung mindestens bis dahin gehen. Dann, m. H., könnte man von einer allgemeinen Volksschule sprechen. Was jetzt gemeinsam gelehrt wird in der Zeit, wo alle Gesellschaftsschichten neben einander in der Volksschule vertreten sind, das sind die Elementarkenntnisse im Schreiben, Lesen und Regelbetri, damit hört's aber auf. Die Kenntnisse, die auf das gesellschaftliche Leben Bezug nehmen, die kommen erst in den späteren Jahren — und da sind dann die Gesellschaftsschichten fürjorglich ge-

schieden in die ärmeren Klassen in der Volksschule und in die Klassen vom Besitz, die in der Mittelschule sich befinden und in den höheren Schulen vertreten sind. Man hat die Teilung noch weiter getrieben, m. H., man hat sogar die Volksschule noch geteilt in die „Bürgerchule“ und allgemeine Volksschule. Der Mittelstand, der in der Lage ist, ein paar Mark Schulgeld zu zahlen, der scheidet seine Kinder in die höhere Volksschule: in die „Bürgerchule“, wie sie heißt — und das Proletariat, die Ärmern, die müssen mit der Volksschule vorlieb nehmen. Und unter solchen Umständen hat man es mir noch übel genommen, als ich vor zwei Jahren hier in Bezug auf die Volksschule von einer „Armenerschule“ geredet habe. M. H., es war ein Ausdruck, der hart ist, aber er war richtig, und wir sind es, die durch unsere Forderungen die Volksschule zu einer wirklichen Volksschule machen wollen, zu einer Bildungsanstalt für alle Schichten des Volkes, eine Schule, in der Volksbildung erteilt und errungen werden kann und keine Klassenbildung, wie wir sie heute zufolge unserer Bildungsanstalten leider haben. Diesem Ziel, m. H., diene ja auch der Antrag, den wir vor zwei Jahren hier eingereicht haben. Sie wissen, daß der Antrag im letzten Augenblick der Landtagsession so gewissermaßen beiseite geschoben wurde, ohne gründliche Erörterung, ohne jede gründliche Debatte. In diesem Landtage haben nun Sie einige Anträge eingereicht, vielleicht gedrängt durch unser Vorgehen, in der Überzeugung, daß etwas auf diesem Gebiete geschehen müsse, wenn Sie nicht das Odium auf sich laden wollen, daß Sie der Volksschule all zu kalt gegenüber stehen. Das Bestreben, sich in der Sorge für die Volksschule von uns nicht übertrumpfen zu lassen, hat vermutlich zu Ihren Anträgen geführt, zu Anträgen, von denen ich freilich nicht finden kann, daß sie einen bedeutungsvollen Fortschritt bedeuten in der Richtung, die wir erstreben und die wir einhalten wollen. Ein gesunder Ausbau unserer Schule in der Richtung, in der sich unser Antrag bewegte, in der sich auch meine weiteren Ausführungen bewegen werden, ein gesunder Ausbau der Schule scheint mir nicht eingeleitet werden zu wollen durch die Anträge der Kommission und durch die Anträge der beiden Parteien, die daran beteiligt sind. Ich will nicht verkennen, daß ein gewisser Fortschritt eintritt — aber wie gesagt: irgend einer grundlegenden Forderung wird dadurch keinerlei Konzession gemacht.

Es handelt sich bei uns, m. H., von vorherin um die hochbedeutende und prinzipielle Frage: Gemeindechule oder Staatsschule. Es ist, und ich kann mich deswegen über diesen Gegenstand verhältnismäßig kurz fassen, gestern schon und jetzt wieder von den Rednern der beiden großen Parteien eingehend Bezug genommen worden auf die Frage: Gemeindechule oder Staatsschule; der Herr Minister hat sich auch in sehr deutlicher und klarer Weise darüber ausgesprochen, wie er denkt, und ich kann nun ohne viel Umschweife unsere Ziele und unsere Forderungen nach der Richtung hin darlegen.

Wir stehen auf dem Boden, daß die Volksschule reine Staatsanstalt sein soll, nicht losgelöst von der Gemeinde in jeder Form: das ist nicht möglich: weil die Schulkhäuser, weil die Kinder, weil die Lehrer sich eben in der Gemeinde befinden; das ist auch nicht notwendig: die örtliche Schulaufsicht kann nach wie vor die engste Fühlung der Bevölkerung mit der Schule aufrecht erhalten; aber die Bestimmung über die geistige Beschaffenheit der Schule muß der Staat haben, der Staat soll der eigentliche Erhalter, Ernährer und Pfleger der Schule sein. M. H., die Sorge um die Volksschule muß in die Hände des Staats gelegt werden, wenn wir die Garantie haben wollen, daß allgemeinere, gleichmäßigere Volksbildung erreicht wird; wenn wir die Garantie haben wollen, daß nicht engherzige finanzielle Interessen hier und da zu einer Vernachlässigung der Schule führen, wenn wir überhaupt Gerechtigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens durchgesetzt haben wollen.

Der Herr Minister hat nun freilich erklärt, die Schule ist vorzugsweise Gemeindeanstalt gewesen ihrer Entwicklung nach, und sie soll wesentlich Gemeindeanstalt bleiben; das waren wörtlich seine Ausführungen, und diese Ausführungen sind ja auch im Berichte näher begründet. Der Herr Kollege Fehrenbach hat sogar die Bedingung gestellt für jeden weiteren Fortschritt auch auf dem Gebiete der Lehrerbildung, der Übernahme der Lehrer in den Gehaltsstarif, daß unter allen Umständen die Schule eine Gemeindeanstalt bleiben muß. Und der Herr Kollege Wildens hat sich jetzt eben wieder auf den Standpunkt gestellt: die Schule soll Gemeindeanstalt bleiben.

Nun, m. H., verstehe ich eigentlich recht schwer die Gründe, die Ihnen im allgemeinen maßgebend sind und geltend gemacht werden können für eine solche Forderung. Wir haben aus der historischen Überlieferung eine Reihe von Dingen, die früher Gemeindegut waren, heute noch rechtlich Gemeindegut sind, deren Ob- und Verfall aber im Laufe der Zeit der Staat übernommen hat. Ich erinnere Sie nur an den Wald: wir haben Gemeindegüter fast in jeder einzelnen Gemeinde, es darf aber von der Gemeinde kein Blatt im Walde angerührt werden ohne Genehmigung des Staates. Hier handelt es sich um materielles Gut, da ist gejagt, daß nicht etwa durch zufällige Mißwirtschaft ein Verfall des Waldes und ein Nachteil für die Gemeinde eintritt. Bei der Volksschule handelt es sich ja nur um Volksbildung, da kommts wahrscheinlich nicht darauf an, wenn etwa hier und da durch eine Gemeindeverwaltung

Nachteile herbeigeführt werden. Ich kann keine andern Gründe finden für Ihre Stellungnahme gegenüber der Staatsschule als mangelnde Wertschätzung, mangelndes Interesse für die Volksschule. (Widerspruch von verschiedenen Seiten!)

Abg. Dr. Wildens: Gerade das Gegenteil.

Abg. Eichhorn: Nein, Herr Kollege Wildens, nicht das Gegenteil! Der Herr Kollege Wildens hat gesagt: man darf den Wettbewerb der Gemeinden auf dem Gebiet der Volksschule nicht beschneiden. Wir haben aber eine Reihe von ländlichen Gemeinden, wo ein Wettbewerb in der Verschlechterung und nicht in der Verbesserung der Schule besteht. Der Herr Kollege Wildens darf nicht die Schule schämen nach den Umständen, die wir in den paar großen Städten der Städteordnung haben. Dort ist das öffentliche Leben schon so entwickelt, dort ist die Bevölkerung schon so selbständig geworden und politisch reif in jeder Beziehung, daß sie sich freilich die Verschlechterung der Schule nicht gefallen läßt. Gehen Sie einmal hinaus in den Schwarzwald in die zurückgebliebenen Orte . . . (Zwischenruf.) Es wird mir Messelhausen zugerufen. Ich kenne Messelhausen nicht näher, aber möglich ist es schon, daß in Messelhausen die Volksschule auch nicht besser aufgehoben ist. (Zwischenruf des Abg. Köhler: Wenn sie's nur bei Ihnen ist, dann ist es gut! Weiter!)

Meine Herren, wir haben eine ganze Reihe von Ortschaften, in denen der Bürgermeister und der Ortspfarrer die einzigen maßgebenden Personen in der Gemeinde sind, und wenn dann das Schulwesen unter Umständen nur zwei Leuten anvertraut ist oder vielleicht gar nur einem, so ist das kein guter Zustand. Meine Herren, die Volksschule erscheint ja nach den Gesetzen bereits als Staatsschule; wir haben ein allgemeines Schulgesetz, wir haben eine allgemeine Schulordnung, wir haben alle äußeren Bestimmungen staatlich geregelt; nur den Schlüsselstein — möchte ich sagen — will man nicht dazu fügen zur reinen Staatsschule: Die finanzielle Erhaltung der Schulen. Die Kostenfrage erregt ihren Widerstand. Aber vielleicht sind auch noch eine Reihe anderer Gründe maßgebend. Den Herrn Kollegen Fehrenbach habe ich im Verdacht — ich möchte ihm keine anderen Gründe unterstellen, als er sie selbst geäußert hat; er hat aber seine Stellung nicht näher begründet, und ich muß mich demnach auf meine Vermutung beschränken — daß er die Schule als Gemeindeanstalt behalten möchte, um sie nicht ganz dem Einfluß der Kirche zu entziehen. Etwas mehr wäre sie dem Einfluß der Kirche schon entzogen, wenn sie Staatsanstalt wäre. Der Herr Kollege Wildens hat ja die geistliche Schulaufsicht empfohlen, nun wenn in der Ortsschulbehörde die Geistlichen nicht die Dominierenden sein könnten, würde die Schule dem Einfluß der Gemeinde schon mehr entzogen sein als bisher. Wir haben bei dieser Forderung alle Pädagogen auf unserer Seite. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!)

Es wird da immer geredet von der guten Lehrerbildung, die wir haben. Die neue Schulordnung für die Seminare zeigt auch eine ganze Reihe von Pädagogikstudien auf. Nun, wenn dann die Lehrer ihre pädagogischen Klaffen zur Hand nehmen, da finden sie überall die Forderung vertreten, die den heutigen Zuständen diametral gegenübersteht; die Forderung der Staatsschule. Selbst in politischen Parteien, meine Herren, hat die Staatsschule schon einen gewissen Anhang gefunden. Ich erinnere den Herrn Kollegen Wildens speziell daran, daß der Führer der bayerischen nationalliberalen Kammerfraktion, sein bayerischer Kollege Wagner, im Landtag sehr nachdrücklich für die Staatsschule eingetreten ist, für die Volksschule als reine Staatsschule. Freilich, in Bayern hat für die Liberalen diese Forderung noch eine andere Nebenbedeutung; da würde sich die Errichtung der Volksschule als Staatsschule als ein Schlag gegen das Zentrum darstellen, gegen den Ultramontanismus und Merkantilismus, gegen den auch sie zeitweilig einen Ritt unternehmen. (Heiterkeit.) Und daraus ergibt sich, warum in Bayern die Liberalen für die Staatsschule eintreten. Der bedenklichste Punkt, vielleicht auch für den Herrn Minister und vor allen Dingen für die Herren Realpolitiker, wie den Herrn Abg. Fehrenbach, dürften nun die Kosten sein. Man wird sagen: wie können wir die Kosten auf den Staat übernehmen, die nach der Zusammenstellung im Bericht im Jahre 1900 nahezu 12 Millionen, 11 942 000 M betragen haben. Heute, meine Herren, sind ja die Kosten zum Teil auf die Gemeinden umgelegt; der Staat trägt nur etwa ein Drittel. Und wenn wir verlangen, daß diese große Summe nunmehr auf den Staat übernommen wird, dann setzen wir uns der Gefahr aus, Utopisten genannt zu werden, die kein Gefühl und kein Verständnis für die realen Staatsbedürfnisse haben, die einer phantastischen Finanzpolitik folgen, u. s. w., u. s. w.

Nun, meine Herren, eine Bemerkung möchte ich hier voranschicken auf die Gefahr hin, auch hier wieder ein Utopist genannt zu werden. Wenn wir über die Schulen reden, scheiden bei uns finanzielle Bedenken von vornherein aus, auf Grund des Satzes, den ich zu Anfang meiner Rede ausgesprochen habe, daß es nichts Wichtigeres im Staate als die Schule gibt. Es müssen hier finanzielle Bedenken auf die Seite treten. Der Herr Minister war es, der hier vor zwei Jahren, als ich auch eine derartige Bemerkung machte, — die Bemerkung: wenn eine Ausgabe notwendig sei, dann müsse auch das Geld dafür vor-

handen sein — meinte, das sei eine Theorie, die sich in der Praxis selbst ausnehme. Ein Unterrichtsminister, der diese Theorie einem Finanzminister gegenüber vortragen würde, würde dem Finanzminister gegenüber eine traurige Rolle spielen; der Finanzminister würde ihn einfach auf die Finanzlage verweisen. Meine Herren, es gibt Dinge, über deren Berechtigung nicht mehr gesprochen wird. Es würde sicher auch der Minister des Großh. Hauses, wenn man ihm zumuten wollte, daß die Zivilliste und die Apanagen gestrichen werden, sagen: ich würde eine traurige Rolle spielen, wenn ich dem Finanzminister das vorschlagen wollte. Meine Herren, für mich gehören Schulausgaben zu den Forderungen, über die überhaupt nicht mehr gesprochen zu werden braucht: sie sind Forderungen, die in erster Linie zu berücksichtigen sind. Und darum sind für mich Gründe, wie sie in dem interessanten und eingehenden Bericht des Herrn Kollegen Rohrhurst teilweise mitangeführt sind, Gründe finanzieller Art, die beispielsweise ausgepielt werden bei der Frage: ob sechsklassiges Seminar oder Mittelschule, bei der Frage: ob Internat, ob nicht Internat, ob Ersparnisse für den Staat oder nicht Ersparnisse, nicht maßgebend; solche Gründe scheiden bei der Behandlung von Schulfragen bei mir wenigstens vollständig aus. Darum sage ich nun, meine Herren, ein solches Experiment, diese Schullasten von 12 Millionen auf den Staat zu übernehmen, das wäre noch nicht das allergefährlichste Experiment. Wir haben eine Reihe von Ausgaben in unserem Staatsbudget, die sehr wohl eine Einschränkung erfahren könnten. Ich will dabei noch gar nicht einmal an die nach meiner Meinung in einem Staatshaushalt überflüssigen Ausgaben für den Kultusetat erinnern, es gibt auch noch andere Ausgaben, die meines Erachtens ganz gut gestrichen werden können. Wir können aber auch weiter gehen, wir können übergreifen auf das Reich.

Das hat gestern schon der Herr Kollege Jhrig in höchst dankenswerter Weise getan. Er hat auf die Matrifularbeiträge hingewiesen, darauf, daß wir für den Militarismus für Marine, für Flotten-Expeditionen, Spritzfahrten nach China und Südafrika eine Menge Geld übrig haben, daß aber an den Ausgaben für Kulturzwecke außerordentlich gespart wird. Meine Herren, das sind schon Gesichtspunkte, die ins Feld geführt werden können, wenn man davon spricht, daß dem Staat größere Lasten auferlegt werden sollen. Diese Lasten machen zwar zwei Drittel der gesamten direkten Staatssteuer aus. Aber ich bitte dabei eines zu berücksichtigen, streichen wir die Schullasten aus den Gemeinden, die jetzt für die Gemeinden 8 Millionen betragen, entlasten wir auf diese Weise die Umlagen der Gemeinden, so besteht gar kein Hindernis, eine wesentliche Steuererhöhung im Staate durchzuführen. Der Herr Kollege Fehrenbach hat auf die Steuererhöhung verwiesen, die von uns fr. Zt. abgelehnt worden ist, von meinen Parteigenossen, von den Demokraten und freisinnigen Kollegen und zwar ganz mit vollem Recht; aber ich sage, lassen Sie uns einmal Finanzpolitik treiben, wir werden Ihnen schon einmal ein Budget zurecht machen, bei dem Sie zufrieden sein können. (Große Heiterkeit!) Sowohl, Herr Kollege Fehnter, das wird ein Budget werden, mit dem Sie selber zufrieden sein können. Die Kirche allerdings wird keine allzu großen Geschäfte dabei machen, aber wir werden ein Budget machen, mit dem das Volk zufrieden sein könnte und bei dem auch die Kultur nicht zu kurz käme. Ich meine also, bei der Übernahme der Schullasten auf den Staat würde kein Mensch irgend etwas dagegen haben, wenn an Stelle der Umlagen, die von den Gemeinden zu tragen sind, die allgemeine Staatssteuer anwächst. Nun wird man ja sagen, das ist doch ganz das gleiche, ob man die Sache so bezahlt oder anders. Das ist Jede wie Hofe, wenn man auf der einen Seite die Umlage spart und auf der andern Seite mehr Staatssteuer zahlen muß. Ja, meine Herren, die Geldausgabe bleibt sich gleich, aber für die Gemeinden ist größere Gerechtigkeit eingetreten. Wir haben eine ganze Reihe von armen Gemeinden, die gerne für ihren Schulunterricht etwas tun möchten, die es aber nicht tun können aus finanziellen Gründen. Es ist ihnen absolut unmöglich, das Schulgeld zu beseitigen, weil sie die finanziellen Mittel nicht dazu haben. Wir verlangen, ich will das gleich noch vorausschicken, selbstverständlich auch noch bessere Einrichtungen, die diese Kosten noch wesentlich erhöhen würden. Wir verlangen, daß die Staatschule bei der die Kosten auf den Staat übernommen sind, die vollständige Unentgeltlichkeit des Unterrichts und die vollständige Unentgeltlichkeit der Lehrmittel durchführt. Das sind Forderungen, die natürlich die Ausgaben ganz wesentlich erhöhen, wir verlangen, daß auch die Schule in anderer Beziehung besser ausgebaut wird. Doch dazu komme ich später an der Hand des Berichts. Wenn wir die Lehrer besser bezahlen, die Schülerzahl pro Klasse kleiner machen u. s. w., das steigert natürlich die Ausgaben, die jetzt der Staat und die Gemeinden zu tragen haben. Einerseits kommen Sie uns nun da schon entgegen, Sie wollen, daß die neuen Lasten der Staat übernehme. Es ist das eine Konzeption an unseren Gedanken, aber es sind doch nur Halbheiten. Es ist überhaupt charakteristisch für die Nationalliberalen, daß sie unter dem Aushängeschild der Realpolitik uns fortwährend nur mit Halbheiten aufwarten. Die ganze Schultheorie, die sie da aufgestellt haben, ihre ganze Stellung zur Schule ist in jeder Beziehung eine Halbheit. Ich komme dann bei verschiedenen Gelegenheiten noch darauf, um das nachzuweisen. Warum wollen Sie nun nicht die gesamten Schul-

kosten auf den Staat überführen? Dann tritt das ein, was ich vorher ausgeführt habe. Wir haben den Vorteil, daß in allen Gemeinden dann gleichmäßig dieselbe gute Schulbildung erteilt werden kann, daß in allen Gemeinden kein Mangel an Lehrmitteln vorhanden ist, und daß in allen Gemeinden die Bevölkerung nicht durch das Schulgeld gedrückt wird. Daß die Erhebung von Schulgeld unberechtigt ist, darüber brauche ich keine Worte zu verlieren. Die Tatsache, daß die Hälfte der Gemeinden in Baden das Schulgeld schon aufgehoben haben, spricht ja schon für eine starke Volksbewegung zu gunsten der Unentgeltlichkeit der Schule, welche Bewegung die Ungerechtigkeit des Schulgeldes zur Voraussetzung hat und diese beweist. Meine Herren, der Umstand ferner, daß in den Gemeinden, wo noch Schulgeld besteht, — ich glaube, daß es sogar durch Gesetz festgelegt ist — das Schulgeld wegfällt, wenn mehrere Kinder einer Familie die Schule besuchen, bedeutet doch auch eine Konzeption an unsern Standpunkt, denn man kann doch unmöglich die Eltern dafür bestrafen, wenn sie viele Kinder in die Schule zu schicken haben, dadurch, daß man immer mehr Schulgeld abnimmt, während ein vermögendes Ehepaar, das kinderlos dahinglebt, nichts für den allgemeinen Unterricht zu zahlen braucht (Zwischenruf!) Junggeheilen natürlich auch! Das alles würde aber ausgeglichen durch Übernahme der Schullasten auf den Staat.

Aber die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel möchte ich noch ganz kurz eine Bemerkung machen. Der Bericht der Kommission und die Stellungnahme der Kommission ist ja leider in dieser Beziehung außerordentlich unentschieden und außerordentlich wenig fruchtbringend. Man hat in der Kommission sich wohl mit einer Sympathieerklärung für die Aufhebung und die allmähliche Beseitigung des Schulgeldes zufrieden gegeben. Man hat aber nicht einmal für notwendig gehalten, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel schärfer zu verlangen. Meine Herren, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist nur ein Corrolat des Schulzwanges überhaupt. Wenn der Schulzwang besteht, so muß auch völlige Unentgeltlichkeit für diese Einrichtung bestehen. Ich möchte hier die Schule in Parallele setzen mit dem Militärzwang. Was würde man wohl sagen in der Welt, wenn man verlangen würde, daß der Soldat seine eigene Uniform und sein eigenes Gewehr mitbringt. Verlangt der Staat, daß der Mann in den Militärdienst einzutreten hat und besteht ein Zwang, eine gewisse Zeit als Soldat in die Kaserne zu ziehen und militärische Ausbildung zu genießen, so hat der Staat auch die Kosten zu tragen. Verlangt der Staat im Hinblick auf die Schule, daß jedes Kind in die Schule geht, und daß es Unterricht erhält, dann übernimmt der Staat auch durch diesen Zwang, den er stipuliert, die Verpflichtung, für die Mittel aufzukommen. Wir sind Freunde des Schulzwanges und es würde uns schlecht anstehen, wenn wir, die eine möglichst umfassende Volksbildung erzielen wollen, wenn wir nicht Anhänger des Schulzwanges wären, aber die Konsequenzen desselben wollen wir auch ziehen, wir wollen, daß diese Lasten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, gleichgültig, ob jemand Kinder in die Schule schickt oder nicht, daß auf diese Weise die Ungerechtigkeit, die heute noch besteht, beseitigt wird. Die einzige Teilung der Lasten der Schule, die bestehen bleiben soll, wäre die, daß die Gemeinden die Pflicht haben, für die Schulgebäude zu sorgen und daß der Staat den Unterhalt des Schulbetriebs zu übernehmen hat. Das wäre nach meiner Meinung auch die ganz natürliche Teilung, die durch die Verhältnisse gegeben ist. Die Schulhäuser bleiben das Eigentum der Gemeinden, sie stehen in den Gemeinden und bleiben in den Gemeinden, während der Staat seinerseits den Betrieb der Schulen zu unterhalten hat. Heute gibt der Staat nur eine Bagatelle nur 80000 M. Beihilfen für die Schulhausbauten aus. Die würden dann auch noch wegfallen. Die Gemeinden würden aber sehr gerne die Schulgebäude erstellen, wenn ihnen sonst für den Schulbetrieb keine Opfer auferlegt würden.

Meine Herren, wir hätten durch Erfüllung dieser Forderung die Gleichheit der Schulbildung erreicht und erreicht, daß Gerechtigkeit eintritt. Wäre so, meine Herren, die äußere Gestaltung der Schule als unentgeltliche Staatschule gegeben, dann ist selbstverständlich auch notwendig, daß die Schule im Innern eine verhältnismäßig erhebliche Umgestaltung erfährt. Ich brauche wohl, meine Herren, kaum noch ein Wort darüber zu verlieren, daß unserer Volksschule außerordentliche Schäden anhaften. Der Herr Kollege Jhrig hat gestern ein Bild des Jammers von unseren Volksschulen gemalt und ein Bild des Jammers, das umso schlimmer wirkte, meine Herren, als es auf purer Wahrheit beruhte, auf Zahlen, die nicht zu umgehen sind und nicht aus der Welt hinaus distutiert werden können. Es ist Tatsache, daß da und dort zu wenig Lehrer sind, ungenügende Unterrichtsstunden erteilt werden, daß Schulen vorhanden sind, die gar keinen Lehrer haben, daß die ärmlichsten Verhältnisse bei uns im Schulwesen noch bestehen. Meine Herren! Lehrkräfte zu wenig, Lehrkräfte sogar teilweise unqualifiziert, wie mir neuerdings wieder der Beweis durch eine Mitteilung erbracht worden ist, die ich hier im Hause vor der Öffentlichkeit nicht preisgeben will, die aber am besten beweist, wo wir mit unserer Volksschule schon angelangt sind, wenn Lehrkräfte wie die in jener Mitteilung bezeichneten beschäftigt werden müssen. Die Lehrer wehren sich im Interesse des Ansehens ihres Standes selbst dagegen, daß man keine bessere Auswahl

unter ihnen treffen kann. Meine Herren! Wenn man diese Verhältnisse, wie sie hier in der Lehrerpension, in der diesjährigen und in der vor zwei Jahren, geschildert sind, und die ich Ihnen noch ergänzen könnte durch neuere Mitteilungen, die mir, nachdem die Lehrerpension hier schon eingegangen war, zugegangen sind, — wenn man diese Verhältnisse sich vor Augen hält, dann wundert man sich freilich nicht, daß der Hr. Oberschulrat Bedenken trägt, Fremden einen Einblick in unsere Schulverhältnisse zu gestatten. Ich habe hier eine Mitteilung, wonach ein Professor Dr. med. Griesbach in Mülhausen i. E., Vorsitzender des Vereins für Schulgesundheitspflege, einen Fragebogen an unsere badischen Schulen geschickt hatte, durch welchen er sich Auskunft erbat über die Anzahl der Schüler, Schulraumverhältnisse, Lüftung, Beleuchtung, Reinigung, Prüfungen, Ferien usw. Es wird nun mitgeteilt, daß die Oberschulbehörde den Lehrern verboten hat, diesen Fragebogen zu beantworten. Meine Herren! Wenn man, wie gesagt berücksichtigt, wie unsere Schulverhältnisse liegen, dann versteht man, warum die Hr. Oberschulbehörde verboten hat, etwas darüber in die Öffentlichkeit kommen zu lassen. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig.) Es gibt ein altes Sprichwort, das da heißt: Selbsterkenntnis ist der Anfang zur Besserung. Wenn dieses Verbot der Fragebogenbeantwortung bedeuten sollte, daß sich der Hr. Oberschulrat der Schulverhältnisse in Baden geschämt hat, dann wäre das wenigstens ein Anfang zur Besserung, meine Herren, und man hätte dann die Hoffnung, daß es in Zukunft vielleicht besser werden würde. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Statistik, für die wir nun jetzt die vierte Rate zu bewilligen haben, herauskommt und wenn sie wirklich aufzeigt, was ist, wenn sie nicht etwa wieder eine bedeutungslose Zahlenzusammenstellung, um seinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, darstellt, daß diese Statistik erschreckende Zustände aufweist. Es ist hier ausgeführt worden und ohne Widerspruch geblieben, daß die Mehrzahl unserer Volksgenossen noch nicht im Stande ist, einen Brief einigermaßen in flüssigem Stil und in guter deutscher Sprache niederzuschreiben. Es ist bedauerlich, meine Herren, daß die meisten unserer Volksgenossen auch mit dem Worte sich nicht zu behelfen verstehen und daß sie, ich möchte sagen, in die Welt hineinleben. Zeit ihres Lebens als gedrückte, arme Menschen, die sich nicht recht frei fühlen, weil ihnen das nötige Wissen fehlt. Solchen Zuständen gegenüber, meine Herren, hilft man nun freilich auch nicht mit Palliativmitteln, wie sie in den Anträgen oder in den Kommissionsbeschlüssen gegeben sind. Man wird Kleinigkeiten bessern: ohne weiteres erkenne ich das an. Wir stimmen ja auch für die Kommissionsanträge, vorausgesetzt, daß unsere weitergehenden Anträge, die wir wahrscheinlich noch einbringen, abgelehnt werden sollten. Aber ich möchte von vornherein betonen, daß ich keineswegs daran denke wie der Herr Kollege Lehrenbach, daß nun diese Beschlüsse einen gewissen Abschluß bilden sollen, daß wir jetzt endlich einmal zur Ruhe kommen auf dem Gebiete der Volksschule. Der Anfang ist es erst, meine Herren; jetzt erst, wenn diese kleinen Zugeständnisse gemacht sind, meine ich, soll es vorwärts gehen und es sollte sich eine Agitation und eine Bewegung im Volke erheben, die rascher auf der Bahn vorwärts treibt, die so zaghaft und langsam und so zaudernd beschritten worden ist, auf der Bahn, auf der der erste Schritt in diesem Landtag gemacht werden soll.

Meine Herren! Ich meine nun, will man unser Volksschulwesen von Grund auf bessern, dann müßte am ganzen System geändert werden. Ich habe schon eingangs meiner Rede bemerkt, was wir als zweite Grundlage dieser Systemänderung betrachten, neben der reinen Staatsschule eine wirkliche Volksschule, d. h. eine Einheitschule, in die sämtliche Kinder, ob sie nun aus der besitzenden oder nicht besitzenden Klasse stammen, bis zu einem gewissen Abschluß zu gehen haben, bis sich die Weiterentwicklung zum künftigen Beruf abzweigen kann hier nach der praktischen Arbeit, dort nach den Gelehrtenschulen. Auch die Einheitschule, meine Herren, ist eine bei allen Pädagogen gelobte Frage. Darüber gibt es eigentlich auch nichts mehr zu reden. Und es handelt sich nicht allein um die klassischen Pädagogen, auch moderne Leute stehen auf dem Standpunkte. Auf allen Schultagen, in allen pädagogischen Zeitschriften und Fachschriften finden wir den Gedanken der Einheitschule vertreten und propagiert. Meine Herren! Ich will nun in diesem Falle einmal nicht zu den Utopisten zählen. Ich will diese Frage zunächst vom Standpunkte des Realpolitikers aus behandeln. Ich bin zunächst nicht für die Einheitschule wie Pestalozzi, Comenius und eine Reihe moderner Pädagogen deswegen, weil dadurch gewisse ideale Vorteile, eine gewisse Nivellierung der Anschauungen in den verschiedenen Besitzschichten der Bevölkerung herbeigeführt wird. Ich bin in erster Linie für die Einheitschule, weil wir die besitzenden Klassen dadurch zwingen, meine Herren, der Volksschule ganz andere Aufmerksamkeit zuzuwenden wie gegenwärtig. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wenn Ihre eigenen Kinder auf den Schulbänken sitzen, auf denen jetzt die Kinder der Armut sitzen, meine Herren, wenn Ihre eigenen Kinder nur das Maß des Wissens erlangen können, das heute die Kinder der Armen und der Proletarier erlangen, dann werden Sie schon ganz anders antreten, dann wird die Volksschule in aller kürzester Frist auf einer Höhe stehen, mit der wir zufrieden sein können. Wir sehen ja, wie die Mittelschulen blähen, wir sehen ja, wie die Universitäten blähen.

Warum? Weil Ihre Kinder diese Schule besuchen, meine Herren. Und warum wird die Volksbildung vernachlässigt? Weil es sich für Sie, wenn Sie von der Volksbildung sprechen, um eine Volksbildung handelt, die nicht Ihre Kinder bekommen, sondern die Kinder der Armen und der Arbeiter. Da sagt man, auch sie sollen Wissen haben, es soll den Kindern der Arbeiter Wissen beigebracht werden, — aber nur nicht allzuviel, damit das schöne Wort von dem „beschränkten Untertanenverstand“ nicht zunichte gemacht wird. (Abg. Dr. Schneider: Wer sagt das?) Meine Herren! Das geht aus der Praxis hervor. Das sagt niemand, das haben wir in der Praxis alle Tage vor uns. (Abg. Obkircher: Das ist wieder eine von Ihren Reden, weiter gar nichts!) Mein Gott! Wenn sich der Herr Kollege Obkircher schon bis zu dem Herrn Minister Schenkel durchgemauert hat, ich habe nichts dagegen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Wort „Reden“ das stört mich in diesem Hause nicht mehr. Das habe ich so oft gehört und ist so oft gesagt worden, daß es mich auch nicht stört, wenn es mir vom Kollegen Obkircher entgegengeschleudert wird. Meine Herren, nehmen Sie doch die Petition der Lehrer in die Hand, ist das auch Heße, was da angeführt ist an den verschiedenen Stellen. Soll ich Ihnen noch einmal vorlesen, was Herr Kollege Fröhlich Ihnen schon vorgelesen hat? Die Schulzustände in Baden sind das Verheerende, nicht daß wir sagen, wie es ist. Es wirkt von selbst, wenn die Eltern auf dem Lande sehen, daß sie keinen Lehrer bekommen können, und wenn sie sehen, wie mir aus meinem Wahlkreis mitgeteilt wird, daß 4 Lehrer vorhanden sind, wo 6 vorhanden sein sollten, und von den 4 Lehrkräften ist einer krank und eine andere Lehrerin. Sind das erträgliche Zustände? (Abg. Dr. Schneider: Deswegen wird ja unser Antrag gestellt!) Zeigen Sie mir solche Beispiele an Mittelschulen oder an Universitäten, und ich will Ihnen glauben, daß gerechte Verhältnisse bestehen und daß die Volksschulen nicht als minderwertig behandelt werden gegenüber den Mittelschulen. Meine Herren, darüber werden wir nicht einig. Es bleibt, wie gesagt, nur die eine Möglichkeit, die Volksschulen wieder in die Höhe zu bringen, daß wir die Einheitschule schaffen.

Der Herr Kollege Rohrbach hat gestern in seinem Berichte auf Dänemark verwiesen. Ja, in Dänemark und Skandinavien ist der erste Versuch mit der Einheitschule gemacht worden. Wenn wir einmal eine Einheitschule haben werden, dann werden auch Klagen über mangelhafte Bildung in der Volksschule aufhören.

Es kommen nun auch eine Reihe ideeller Gründe für die Einheitschule dazu, die will ich auch nicht ganz aus den Augen verlieren. Ich habe vorhin bereits Pestalozzi und Comenius genannt. Pestalozzi hat vor sehr langer Zeit gesagt: „Will ein solcher Projektmacher durch einen Erziehungszustand die Kasten der Indianer in Europa einführen? Will er präzisierend Methoden und Schulen für Sklaven und Freie organisieren? Und von wo aus und nach welchem Sonderungsprinzip? dem Vermögen? dem Stande? Elementarschulen können und dürfen eben darum, wenn die Völker auch als Nation zum Selbstgenuß und Selbstbewußtsein erwachen sollten, nicht den individuellen Volksscharakter, noch viel weniger einen bestimmten Standes- und Berufscharakter, sie müssen den allgemeinen Menschencharakter an sich tragen und darauf berechnet sein.“

Ähnliche Zitate könnte ich Ihnen aus vielen pädagogischen Werken eine ganze Reihe anführen, meine Herren, ich will Sie nicht solange aufhalten. Hätten wir eine solche Einheitschule und würde das Aufrufen in eine bessere Schule, in Gelehrtenschulen und in die Übergangsschulen nur nach Talent und Fähigkeit möglich sein, dann würde eine ganz andere Wertung der Persönlichkeit eintreten.

Meine Herren! Es würde aber auch der Klassencharakter der heute so schroff ausgebildet ist und nicht deshalb so ausgebildet ist, meine Herren, weil wir heßen, wie Herr Kollege Obkircher sagt, sondern weil die Tatsachen so verheßend wirken, — auch der Klassencharakter würde einigermaßen seine Schärfe verlieren, wenn auf der Seite des Besitzes nicht Hochmut, Dünkel, Herabsehen auf die unteren Schichten herrschen würde, sondern wenn dort Verständnis gegenüber den sozialen Verhältnissen Platz greift. Dann wäre es möglich, den sozialen Fortschritt zu fördern, dann würde das Interesse an der Allgemeinheit mehr wachsen und dann kämen wir vielleicht auch dazu, daß sich im Staate die Schroffheit der Parteigegensätze abschwächen und gemeinsame Liebe zum gemeinsamen Vaterland entstehen könnte.

Das sind Vorteile, die neben den praktischen Vorteilen die Einheitschule haben muß, meine Herren, und darum verlangen wir prinzipiell als die beiden Grundlagen des Schulwesens, auf der einen Seite Staatsschule und auf der andern Seite Einheitschule. Meine Herren, das ist ein so klares Programm und ein so leicht durchführbares Programm, bei dessen Vertretung wir uns obendrein in der besten Gesellschaft befinden. Denn, wie gesagt, diejenigen, denen die Bildung der Jugend am Herzen gelegen hat, die großen Pädagogen vertreten alle den gleichen Standpunkt.

Natürlich müßte die Einheitschule auch etwas Ordentliches leisten. Die Kommission hat nun eine Reihe von Vorschlägen gemacht und Anträge gestellt, die eigentlich gar nicht mehr nötig waren, nachdem die Großh. Regierung erklärt hatte: Im nächsten Landtag kommt ein

Gesegentwurf, der diese Konzessionen enthält. Man hat in der Kommission nicht mehr verlangt, als was die Großh. Regierung bereits für den nächsten Landtag zugestanden hat. Man hätte sich somit auch sparen können, bestimmte Anträge zu formulieren. Es hätte genügt, wenn man dem Wunsch Ausdruck gegeben hätte, daß die angekündigte Vorlage auch ganz bestimmt komme. Das, meine Herren, soll kein Vorwurf sein, ich will damit nur kritisieren, daß meines Erachtens die Kommissionsvorschläge sich allzuschüchtern zurückhalten, in einem Rahmen bleiben, der uns völlig ungenügend erscheint.

Da ist die Unterrichtszeit z. B. M. S., ein Wort darüber zu verlieren, daß die Unterrichtszeit von 16 Stunden ungenügend ist, erscheint überflüssig, das ist schon genügend wiederholt und abgehandelt worden. Aber auch 20 und 24 Stunden scheinen mir in oberen Klassen noch ungenügend zu sein selbst auf dem Lande. Selbstverständlich stehen auch wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß die unteren Klassen weniger Unterricht haben sollen. Daß man 6—7 jährigen Kindern nicht zumutet, 20 Stunden in der Woche in der Schule zu sitzen, das ist selbstverständlich. Dort wird es genügen, daß man etwa mit 16 Stunden einsetzt, um dann aber rasch aufzusteigen in dem Alter, wo die Kinder geistig soweit ausgebildet sind, daß sie den Stoff in sich aufnehmen und verdauen können. Dann aber muß auch eine Unterrichtszeit eintreten, die auch auf dem Lande bis an die 30 Stunden heran kommt. Dabei will ich ausdrücklich bemerken, daß Voraussetzung dieser Forderung nicht ist, daß die sogenannte Halbtagschule verschwinden muß. Wie der Herr Kollege Fehrenbach oder wer es war, schon gesagt hat, handelt es sich bei der „Halbtagschule“ um ein Schlagwort, um ein törichtes Schlagwort, das nur dann Sinn bekommt, wenn man damit nur unsere spezifisch badische Einrichtung der 16stündigen Unterrichtszeit bezeichnen wollte. In anderen Staaten gibt es auch Halbtagschulen. Ich habe selbst eine solche besucht und bin täglich 4—5 Stunden in die Schule gegangen. Also läßt sich sehr gut eine erweiterte Unterrichtszeit auch in der Halbtagschule durchführen, und das ist für die ländliche Bevölkerung die Hauptsache. Die will ja nur, daß die Kinder, die dazu im Stande sind und deren Gesundheit es auch nicht schadet, im elterlichen Betrieb helfen, sei es durch Viehhüten oder andere Arbeit im Garten und Feld; sie wollen, daß die Kinder einen halben Tag zur Verfügung haben. Dem kann Rechnung getragen werden und gleichwohl kann die Unterrichtszeit wesentlich hinausgesetzt werden gegenüber dem bisherigen Zustand. Es ist erfreulich, daß die Großh. Regierung hier vorgehen will. Aber, m. S., sie geht eben zaghaft vor, das ist es immer wieder, was ich an unserer Regierung zu tadeln habe. Ich glaube, daß der Herr Minister seinen Aussagen nach den besten Willen hat, etwas aus dem Gebiete zu leisten. Ich habe nur zu tadeln, daß es viel zu langsam und zu zaghaft geht. Der Zustand unserer ländlichen Schule schreit ja zum Himmel. Da müßte man nun freilich ein etwas rascheres und schnelleres Tempo einschlagen. Und die Erkenntnis — der Herr Minister persönlich ist dafür nicht verantwortlich, er ist dazu zu kurze Zeit an seinem Posten — hätte einer Regierung schon längst kommen sollen, daß man von langer Hand her die Lehrerzahl vergrößern müsse, um eine Schulverbesserung durchführen zu können. Auf der einen Seite wollen wir die Unterrichtszeit verlängern, auf der andern Seite wollen wir die Klassenstärken wesentlich herabmindern. Denn ein Unterricht von 50—60 Kindern in einer Klasse ist kein Unterricht mehr, das ist, wie ich schon einmal gesagt habe, Schuldrill, kommt auf nichts anderes heraus als handwerksmäßige Drillerei. Es ist unmöglich, daß ein Lehrer, und wäre er der beste Pädagog, mit 60 oder noch mehr Kindern individuell lehren und erziehen kann. Wir müssen also die Klassenstärke verringern, wir müssen die Unterrichtszeit erhöhen, und dazu gebrauchen wir eine ungeheuer große Zahl Lehrer. Und die haben wir nicht! Die können wir auch nicht aus dem Armeel schütteln. Das ist nicht unsere Schuld, nicht die Schuld des Volkes, das darunter zu leiden hat, das ist die Schuld der kurzichtigen Regierung, die nicht von langer Hand her vorgesorgt hat, daß sie niemals in die Verlegenheit des Lehrermangels gerät. (Abg. Fröhlich: Einen Lehrermangel gibt es ja gar nicht! Weiterkeit.) M. S., ich glaube, daß er nicht mehr wird bestritten werden. Der Herr Kollege Fröhlich sieht vielleicht doch etwas zu schwarz. Der Lehrermangel wird von der Großh. Regierung jetzt nicht mehr bestritten werden, wenn er auch früher bestritten worden ist.

Meine Herren, ich will auf die Frage des Lehrermangels und was damit zusammenhängt dann bei der Lehrerbefolgung näher eingehen. Denn beides läßt sich nicht voneinander trennen. Ich möchte nur zum inneren Ausbau unserer Schule noch einige Worte verlieren. Der Herr Direktor des Oberschulrats hat uns heute mitgeteilt, daß der neue Lehrplan für die Volksschulen vorliegt, er ist auch schon im Bericht des Herrn Kollegen Obkircher angekündigt. Nun wird uns mitgeteilt von Regierungsseite, daß er fertig ist und nur noch des Zeitpunktes harret, wo er, eingerichtet auf die Umänderung des Schulwesens nach den Regierungsabsichten, in Kraft treten kann. Ich hätte nun, meine Herren, gewünscht, daß die Gr. Regierung bei solchen Maßnahmen nicht nur eine Anzahl Lehrer, Fachleute heranzieht, es handelt sich bei dem Lehrplan um eine sehr wichtige Ergänzung unseres ganzen Elementarunterrichtsgesetzes, und ich hätte gewünscht, daß, wenn die Re-

gierung den Lehrplan nicht schon als Gesetz erlassen will, wie meine Partei es verlangt, daß sie dann wenigstens dem Hause die Möglichkeit gegeben hätte, sich über den Lehrplan äußern zu können. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig.) M. S., es ist das kein Verlangen, das der Gr. Regierung gegenüber besonders Mißtrauen bedeutet oder ihr zu viel zumutet. In anderen Staaten übergibt man auch gewisse wichtige Vorlagen der Öffentlichkeit, um eine Aussprache aller öffentlich tätigen Kreise darüber zu ermöglichen, um die Stellungnahme der Parteien und um die Stellungnahme gewisser im öffentlichen Leben stehender Männer, auf deren Urteil man Wert legt, zu ermöglichen. Man veröffentlicht die Vorlagen, wartet ruhig die Aussprache ab und zieht schließlich seine Konsequenzen, berücksichtigt vielleicht auch diesen und jenen Einwand. Das nenne ich dann eine wirklich konstitutionelle Regierung, die immer in enger Fühlung bleibt mit dem Volkswillen und mit den Volkswünschen. Ich glaube nicht, m. S., daß hier bei uns etwas Derartiges beabsichtigt ist, und ich bedauere das außerordentlich. Ist es aber nicht beabsichtigt, diesen Lehrplan der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, bevor er als Verordnung hinausgeht, so würde ich wenigstens wünschen, daß er den Mitgliedern dieses hohen Hauses zugänglich gemacht und vielleicht eine Gelegenheit gegeben wird, hier eine Meinungsäußerung darüber herbeizuführen. Am letzten Ende braucht diese Meinungsäußerung ja keine bindende für die Regierung zu sein, wenn der Lehrplan nicht im gesetzgeberischen Wege erledigt werden soll, aber gewisse Fingerzeige und Winke wären der Regierung gegeben. Und man hätte die Gewähr, daß, vielleicht auch der Volkswille nicht ganz unberücksichtigt bliebe. An dem Lehrplan haben wir nun auch ganz wesentliche Ausstellungen, und darum geht ja unsere Forderung dahin, daß wir ihn als Gesetz erlassen haben möchten. Im alten Lehrplan sind deutsche Sprache und Realien viel zu flüchtig behandelt. Ich habe schon darauf verwiesen, daß unsere Kinder die Volksschule in bezug auf die deutsche Sprache mit außerordentlich mangelhafter Ausbildung verlassen. Es liegt aber bei den Realien fast noch schlimmer. Die wenigen großen städtischen Volksschulen mit erweitertem Unterricht ausgenommen. Die städtischen Volksschulen geben immer noch einigermaßen einen, ich möchte sagen, beruhigenden Abschluß, obwohl auch da die Dinge schlimm genug stehen. Ich habe hier eine Arbeit des Herrn Stadtschulrats Sidinger in Mannheim, der bei der anderen Schuldebatte wiederholt erwähnt worden ist, die Arbeit über die Reorganisation des Schulwesens in Mannheim, in der mitgeteilt wird, daß eine sehr große Zahl, $\frac{1}{3}$ der Kinder die oberste Klasse überhaupt nicht erreichen, daß ein weiterer ungeheurer großer Teil die 7. Schulklasse nicht erreicht, so daß in unserer städtischen Volksschule circa 50% der Kinder, über 50% aus der 6. Schulklasse entlassen werden. (Abg. Dr. Goldschmit-Karlsruhe: Einheitschule in Mannheim.) Einheitschule in Mannheim? Wo haben wir denn die Einheitschule in Mannheim? (Abg. Dr. Goldschmit-Karlsruhe: Die Zahlen vom Herrn Sidinger beziehen sich natürlich nur auf Mannheim.) Beziehen sich nur auf Mannheim!

Präsident: So können die Verhandlungen nicht weiter fortgehen. Ich bitte — ich möchte allgemein sprechen — keine Zwiegespräche zu halten.

Abg. Eichhorn (fortfahrend): Ja, nach Möglichkeit werde ich mich darnach richten. M. S.! Die Zahlenangaben gelten selbstverständlich für Mannheim. Ich glaube aber, wenn sie in Karlsruhe oder in anderen Städten ähnliche Erhebungen machen würden, Sie würden wahrscheinlich ein nicht viel besseres Resultat dabei erzielen. (Abg. Dr. Goldschmit-Karlsruhe: Herr Sidinger hat sie gemacht.) Und wenn anderswo mehr Kinder in die oberste Schulklasse hinaufkommen, dann ist man eben nicht so streng mit den Prüfungen und Beförderungen. Das Maß der Kenntnisse der Mannheimer Lehrer ist nicht schlechter als in Karlsruhe und in anderen großen Städten auch. Sie geben sich die denkbar größte Mühe. Ich kenne eine Anzahl dieser Herren, und ich weiß, daß sie ihre ganze Lebenskraft daransetzen, den Kindern etwas Nützliches beizubringen. Aber nur an den sachlichen Verhältnissen liegt es, daß es nicht möglich ist, die Kinder weiter zu bringen. Die ungeheuer großen Klassen, die Überlastung der Lehrer machen es unmöglich, die ganze Gestaltung des Lehrplans macht es nicht möglich, daß hier eine Besserung eintritt. M. S., ich glaube nun, daß hier ein wesentlicher Fortschritt gemacht werden könnte, daß dem Gebiet der Sprachen, der Geschichte, der Geographie, der Naturgeschichte und Naturlehre, alles so ungeheuer wichtige Wissenszweige, die für das spätere Fortkommen von großer Bedeutung sind, daß man dem schon etwas mehr Rechnung tragen könnte, wenn man einen Lehrgegenstand, der heute in allen Schulen einen wesentlichen Teil der Zeit wegnimmt, aus der Volksschule entfernt, das ist der Religionsunterricht. Ich komme da auf ein ungemein heißes Gebiet und werde wahrscheinlich meine Herren Kollegen zur Linken zu lebhaften Gegnern haben, vielleicht auch die Herren Kollegen zur Rechten.

Wie der Herr Kollege Wildens und früher auch der Herr Kollege Binz hier ausgeführt haben, sind sie ja warme Verteidiger und Anhänger der heutigen Religion und der religiösen Einrichtungen, und ich werde sie wahrscheinlich deswegen auch zu ziemlich scharfen Gegnern

haben, wenn ich verlange, daß die Religion aus der Volksschule entfernt wird. Ich möchte nun hier, meine Herren, einem Irrtum, der offensichtlich verbreitet wird, entgegenreten. Der Herr Kollege Fehrenbach hat gesagt, und es war dankenswert, daß er diese offene und bestimmte Erklärung abgab: wir stehen jetzt auch auf dem Boden der Simultanischeule. Meine Herren, so lange wie die Simultanischeule eine solche Halbschule ist, so lange wie diese große „liberale Errungenschaft“ noch belastet ist mit dem Bleigewicht des § 19 im Elementarunterrichtsgesetz (daß nämlich die konfessionell geschiedenen Kinder von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden müssen), ist die Errungenschaft der Simultanischeule gar keine so sehr große. Sie ist eigentlich nichts anderes, als eine abgeschwächte konfessionelle Schule. Meine Herren, wenn wir auf dem Gebiete etwas wirklich Liberales, — nicht bloß Nationalliberales, das ist ein sehr großer Unterschied, meine Herren — (Heiterkeit.) wollen Sie etwas wirklich Liberales, dann müßten Sie die konfessionslose Schule verlangen: nur das wäre die Schule, in der auf Religion und Konfession keine Rücksicht genommen wird und in der auch mehr Zeit vorhanden ist, den Kindern die Bildung beizubringen, das Maß von Wissen, das sie unbedingt gebrauchen.

Nun, meine Herren, hat sich natürlich der Herr Kollege Fehrenbach sehr energisch gegen ein Weitergehen auf diesem Gebiete gewehrt. Er hat ausdrücklich erklärt, daß sie (das Zentrum) über den bestehenden Zustand unter keinen Umständen hinausgehen würden; daß sie dann selbstverständlich wieder in die scharfe Opposition treten würden, wenn man versuchte, hier auf diesem Gebiet etwa weiteres zu erreichen. Und dabei hat er den Satz ausgesprochen: die Schule soll nicht nur Bildungsanstalt, sondern auch Erziehungsanstalt sein! Sehr richtig, Herr Kollege Fehrenbach! mit dem Satz bin ich vollständig einverstanden — aber mit dem Nachsatz nicht: daß die Grundlage aller Erziehung die Religion ist. Das ist nun nicht richtig, wenigstens wohl nach meiner Auffassung. Will man die Erziehung, die wir wollen: sie ist eine Erziehung zur Selbstständigkeit, zur Freiheit — dazu taugt nicht die Lehre, die unter Kirchenchristentum heute in den Schulen als „Religion“ den Kindern gibt! Ich habe eine Reihe von Mitteilungen hier, die charakteristisch sind, für die Art, wie in der Schule Christentum gelehrt wird — Klassenchristentum, meine Herren, nicht das reine wahre Christentum! Das Kirchenchristentum ist zum Klassenchristentum geworden, weil unsere Kirche zum Instrument einer Klasse, der besitzenden Klasse, geworden ist. Da ist einer der Wortführer der freieren theologischen Richtung, Superintendent Gallwig in Salza bei Nordhausen, er schreibt in der „Monatsschrift für die kirchliche Praxis“: „Beim vierten Gebot ist für die Provinz Sachsen der Spruch Eph. 5, 6—7 vorgeschrieben: „Ihr Knechte, seid gehorsam“; die Ergänzung dazu in Vers neun: „und ihr Herren tut auch daselbige gegen sie und laßt das Drohen und wisset, daß auch Euer Herr im Himmel ist, und ist bei ihm kein Ansehen der Person!“ — ist ausgelassen! Nach Römer 13, 1—2 soll jeder — scheinbar unbedingt — der Obrigkeit untertan sein. Sie wird in jenem Vers schlechtthin als „Gottes Ordnung“ bezeichnet, wie ja in der damaligen Zeit die Rechtsordnung des römischen Reiches die einzige Macht war, welche dem Zusammenbruch wehrte. Daß aber nicht unbedingt und unter allen Verhältnissen Gehorsam gegen die jeweilige Obrigkeit als Gottes Wort und Wille gepredigt werden darf, hat Petrus bezeugt, wenn er sich gegen eine legitime geistliche Obrigkeit, Hohepriester, Schriftgelehrte und hohen Rat, mit den Worten auflehnt: Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen. Beim siebenten Gebot wird durch Sprüche Sal. 22, 2 in mißverständlicher Übersetzung der Eindruck geweckt, als solle der Arme seine Armut als ein von Gott ihm unabänderlich auferlegtes Kreuz tragen, und als sei es sündig, wenn er zu Wohlstand aufzutreiben begehre. „Reiche und Arme müssen unter einander sein, der Herr hat sie alle gemacht.“ Es scheint, als dürfe an Beseitigung der Armut nach Gottes Willen nicht gearbeitet werden. Nach dem Zusammenhang hat der Spruch einen ganz andern Sinn: Ein guter Name ist wertvoller, als großer Reichtum, besser als Gold und Silber ist Günst. Reich und arm begegnen einander; der sie alle schuf, ist Jahve. Durch die Sprachauswahl zum siebenten Gebot wird die Heiligkeit der bestehenden Besitz- und Erverbsverhältnisse eingeschärft und gegen den Armen Wohlthätigkeit empfohlen; aber das Recht der Armen, welches das alte Testament energisch eingeschärft, ist in der Auswahl der Sprüche nicht berücksichtigt.“ So weit dieser Geistliche! (Rufe vom Zentrum: Wer ist das!) Superintendent Gallwig in Salza bei Nordhausen, um den Namen nochmals zu nennen, der Herr ist für mich Autorität, daß alles stimmt; ich bin natürlich nicht so bibelfundig, um jeden einzelnen Satz nachprüfen zu können.

Sie sehen also, meine Herren, daß die Religion, die an unsern Volksschulen gelehrt wird, nur eine Religion der Armen ist. (Zuruf aus dem Zentrum) die gelehrt wird nicht in dem Sinne, wie es der Herr Kollege Hennig meint, wenn er mir jetzt zuruft, „gewiß“ — nicht eine Religion der Armen, die sie erheben soll aus Staub und Not — sondern eine Religion für die Armen, die ihnen gelehrt wird, um sie gehorsam den Besitzenden und Reichen zu machen und zu erhalten. (Abg. Hennig: Oho! Widerspruch von verschiedenen Seiten.) Meine

Herren, aus dem Grunde heißt es ja auch immer: die Religion soll dem Volke erhalten bleiben, und muß dem Volke erhalten bleiben! Ihnen aber, die sich nicht zum Volke zählen, den oberen Zehntausend, braucht die Religion nicht erhalten zu bleiben! Ich habe das letzte Mal schon in meiner Schulrede angeführt, daß in den Mittelschulen und höheren Schulen die Zeit für den Religionsunterricht ganz bedeutend herabgesetzt ist gegenüber der Zeit, die in den Volksschulen auf den Religionsunterricht verwendet wird. Damit aber wird nur das Wissen eingebüßt, es wird vor allen Dingen die Ausbildung des Charakters, die Ausbildung des Menschen als Mensch, als selbstständiger, denkender Mensch gehindert. Die wahre Religion, meine Herren, die in innerer Überzeugung, in dem Glauben an eine Gottheit beruht, die wird nicht durch Zwang in die Menschen hinein gebracht; es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß diejenigen, denen man in der Schule acht Jahre lang täglich drei Stunden Religion eingepaukt hat, daß die dann auch wirklich religiös sind; im Gegenteil! (Zuruf des Abg. Fehrenbach.) Ich habe aus den Erfahrungen in weiten Kreisen des Volkes, mit denen ich in engerer Beziehung stehe als Sie, die Sie sich immer auf einem etwas höherem Niveau halten und sich nicht gern mit den unteren Schichten vermischen — höchstens bei Wahlzeiten einmal geruhen, herabzusteigen in die Arena der großen breiten Massen! — (Heiterkeit.) Meine Herren, ich habe aus eigener Anschauung die Erfahrung gemacht, daß gerade der Religionsunterricht, wie er heute in der Schule getrieben wird, daß der Religionszwang dazu führt, daß die der Schule entwachsene Jugend in rohe Spötereie über religiöse Dinge verfällt.

Das ist die Reaktion gegen den Zwang, in dem sich die Kinder bis dahin befunden haben. Meine Herren, wenn den Kindern in der Schule durch die dogmatische und schematische Lehre der Religion von der Schöpfung der Welt, von allen den Wundern erzählt wird, wenn sie das alles auswendig lernen müssen, Hunderte, Tausende von Sprüchen mechanisch auswendig lernen müssen, und sie kommen dann hinaus in die große Welt, wo dieser Zwang wegfällt, dann bricht der Aufbau zusammen. Es kommt der Skeptizismus, und dabei bleibt es nicht, die geistigen Mißhandlungen rächen sich, der junge Mensch übertreibt nach der andern Seite und wird zum rohen Spötter. Das bestätigt mir wieder ein Geistlicher, den ich als anderes Beispiel hier anführen will. Dieser Pfarrer fordert in einem protestantischen, kirchlichen Blatt, der „Christlichen Welt“, die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule, und er sagt da: „Wenn ich konservativ oder stummisch wäre, forderte ich in der Schule zwei Stunden wöchentlich Sozialismus, von einem Sozialdemokraten zu geben, nur mit der Verpflichtung, die approbierte pädagogische Methode anzuwenden“, — nicht die Methode, selbstverständlich, die wir anwenden. — „Man würde staunen, wie das helfen würde!“ Und so verfehlt diese Unterrichtsmethode nach der Meinung des Herrn Pfarrers erst recht die Religionsstunden „in deren sokratischer Lust kein Geheimnis mehr atmen kann, in denen alles Höchste und Tiefste platt gestragt wird. Man zerbricht sich den Kopf darüber, weshalb Luther so unpopulär unter uns geworden ist. Weil jedes Wort seines Katechismus . . . von Schulelei trieft. Unsere Synoden erschöpfen sich in Vorschlägen, wie dem Volke die Religion zu erhalten sei. Zu erhalten ist da nichts mehr; aber wer sie wieder ins Volk bringen will, der befreie sie einmal vom Schulzwang.“ Das ist auch meine Meinung, meine Herren! Meine Herren, soll die wahre Religion, die inneres Herzensbedürfnis in weiten Kreisen des Volkes sein kann, ausgebreitet werden, dann taugt sie nicht in die Schule, wo sie, gestützt auf die Autorität des Lehrers, geglaubt werden muß, wenn der Junge oder das Mädchen keine Hiebe bekommen will. Das ist kein Glaube meine Herren, wenn der Stod dahintersteht und das Kind glauben muß, weil der Stod droht. Der Herr Kollege Fehrenbach hat gesagt: Baden ist ein christliches, gesundes Volk und es würde sich nicht an der Religion rühren lassen. Und hernach hat der Herr Kollege Wildens gesagt, weite Kreise würden nicht damit einverstanden sein, wenn die Religion aus der Schule entfernt würde. Was das „christlich gesunde Volk“ betrifft, so ist das eine eigene Sache für den Fremden, der nach Baden hereinkommt und die Dinge sieht, die da vorkommen: den Kappenprozeß, den Klostersturm, den Streit um die Klerikalisierung. Da ist von dem christlichen gesunden Volk nicht viel zu spüren. Im Gegenteil, da ist sehr viel Zwietracht in weiten Kreisen. Es war natürlich immer so. Ich will auch daran erinnern, meine Herren, daß auch außerhalb Badens in den christlichen Gegenden die christliche Duldsamkeit und Toleranz gar nicht so stark ist. Ich will Sie nur an den Kopp-Prozeß erinnern; da war von Duldsamkeit und christlicher Nächstenliebe nichts mehr zu spüren. Es hieß da: Wer nicht Letocha-Christus wählt, der ist verdammt und kommt in die Hölle. Das sind Vorgänge dahinten in Schlesien und Posen. Das tritt bei Wahlzeiten aber auch bei uns in Erscheinung. Wir danken für eine solche Erziehung und wenn eine solche Religion die Grundlage unserer Erziehung ausmachen soll, eine solche Religion, wie sie bei Wahlzeiten von Kaplänen, geistlichen Wahlagitatoren beliebt wird, dann müßte dies eine sehr, sehr schlimme Erziehung geben. Es hilft uns aus diesem Dilemma nur heraus, wenn Sie unserer Forderung beitreten:

nicht Simultanschule, sondern religionslose Schule, Beseitigung der Religion aus der Volksschule. Daran denken nun leider auch die Herrn von der rechten Seite nicht. Der Herr Kollege Wildens hat heute behauptet, daß seine preussischen Parteifreunde sich auf einen wenig liberalen Standpunkt gestellt haben in punkto der Schulreform. Meine Herren, ich habe die großen Bedenken: wenn bei uns in Baden nicht aus dem Volk heraus eine gewisse Strömung das verhindert, dann kämen wir vielleicht auch in Baden noch so weit. Der Streit über die Meritifizierung ist nur der Streit, ob in der Schule an die Stelle der Geschorenen die Geschickelten gesetzt werden sollen. Auch Sie (zu den Nationalen) wollen die Schule auch noch unter der Hand der Geisteslosigkeit haben; das geht aus allen Ausführungen hervor, das haben auch wieder die Ausführungen des Herrn Kollegen Wildens bestätigt. Wenn wir, meine Herren, die konfessionslose Schule hätten, dann könnte die Wissenschaft ihre Schwingen entfalten, dann könnte die Zeit, die heute für Religionsunterricht vergeudet wird — ich sage vergeudet, nicht weil es Religionsunterricht ist, sondern weil er schematisch behandelt wird — dann könnte sie besser angewendet werden und es könnte den Schülern ein festes Rüstzeug für ihr Leben mitgegeben werden. Und Charakterstärke könnte ihnen anerzogen werden, denn Charakterfestigkeit brauchen wir heute in dem so hart gewordenen Kampf ums Dasein. Voraussetzung für diese Forderung ist nun freilich ein guter, ein zahlreicher Lehrerstand. Gute Lehrerbildung und zahlreiche Lehrer. Darüber will ich mir gestatten, zum Schluß noch ein paar Worte zu verlieren.

Ich möchte mit der Lehrerbildung beginnen. Ich weiche, um das gleich von vornweg zu sagen, etwas ab von meinen Parteigenossen in der Frage der Lehrerbildung. Meine Parteigenossen stehen auf dem Standpunkt der Herren Kollegen von der demokratischen Fraktion, daß die Lehrerbildung vermittelt werden soll durch die Mittelschulen, daß der Aufstieg in das Seminar durch die Mittelschulen vollzogen werden soll. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man, im allgemeinen aus den Gründen, die ich für die demokratische Einrichtung der Schule jetzt eben ins Treffen geführt habe, keine Sonderbasis für die Lehrer schaffen soll. Es wird eine gewisse Ständesteilung dadurch geschaffen, daß man nur solche zu Lehrern nimmt, die die Mittelschule durchlaufen haben. Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß das sechs-klassige Seminar die Einrichtung ist, die hier gebraucht werden kann. Es kommt viel weniger darauf an, ob die Lehrer aus der Mittelschule kommen oder ob sie aus der Volksschule in das sechs-klassige Seminar eintreten, und die ersten drei Klassen im Seminar statt in der Mittelschule durchlaufen. Es kommt wesentlich auf den Lehrplan des Seminars an. Wenn der Lehrplan des Seminars gut ist, wenn er der Mittelschulbildung in Bezug auf die allgemeine Bildung einigermaßen angepaßt ist, wenn er in seinem Abschluß darauf hinausgeht, daß die oberste Seminarklasse zur Abiturientenprüfung befähigt, nun, dann ist ja alles erreicht, was unsere Herrn Lehrer haben wollen. Und nachdem nun die Möglichkeit geschaffen ist, daß auch den Mittelschülern der Zugang zum Seminar nicht verschlossen ist, glaube ich, meine Herren, könnten unsere Lehrer auch mit dieser Lösung zufrieden sein. Ich bin deswegen nicht für ausschließliche Mittelschulbildung als Voraussetzung des Seminarbesuchs, weil ich befürchte, daß wir dadurch wieder einen neuen Kostengeist in den Lehrerstand hineintragen. Es ist vielleicht eine überflüssige Furcht, allein ich halte es beim Unterricht in der Volksschule für gut, daß der Lehrer selbst aus der Volksschule herankommt, und ich habe die Furcht, daß, wenn sie als ehemalige Mittelschüler der Volksschule gegenüber treten, es ihnen ebenso gehen könnte wie andern gebildeten Klassen, für welche die Volksschule als Element der Bildung nicht in Frage kommt; sie haben die Mittelschule besucht und für sie ist damit die Bildungsfrage gelöst. Aber für die große Masse wird durch jede Teilung unserer Schuleinrichtungen eine neue Schranke geschaffen. Es ist eben wieder eine Durchbrechung des Einheitsprinzips. Und sollten mich die Herren Kollegen der demokratischen Partei und auch meine Parteigenossen auch Prinzipienreiter schelten, ich kann davon nicht abkommen.

Meine Herren, es kommt wie gesagt, nach meiner Meinung alles auf den Lehrplan des Seminars an, und da hat es ja nun die Volksvertretung in der Hand, darauf hinzuwirken, daß derselbe genügt. Es wäre besser, wenn auch dieser Lehrplan gesetzlich festgelegt würde, aber es ist von Lehrern, also von Autoritäten auf diesem Gebiet, gesagt worden, daß etwas mit dem neuen Lehrplan anzufangen ist, und deswegen kann man sich auch damit zufrieden geben.

Nun komme ich zur Frage des Internats. Der Herr Abg. Fehrenbach hat gemeint, die Abschaffung des Internats sei wieder so eine „graue Theorie“, wir wären Utopisten, die von den realen Verhältnissen keine blasse Ahnung hätten. Ich will gestehen, daß für jüngere Kandidaten das Internat kein Bedenken hat beim Beginn des sechs-klassigen Seminars, für die ersten drei Klassen würde ich vielleicht ein solches Internat für besser halten als den Zustand, den der Herr Abg. Fehrenbach geschildert hat, daß so ein unselbständiges Bäcklein in einer fremden Stadt gewissenlosen Leuten in die Hände fällt, bei denen es in Miete wohnt. (Fehrenbach: Ich meinte nicht in dem Sinne

gewissenlos.) Nun es gibt auch Gewissenlosigkeit aus Fahrlässigkeit. Die Unfreundlichkeit, die sich um sie nichts kümmert, sie nicht schämt u. s. w. Da siehe ich auch auf Seite des Herrn Kollegen Fehrenbach. Aber vom dritten Seminarjahr ab, da, meine Herren, muß unter allen Umständen der junge Mann hinaus, ins Leben. Nehmen Sie nur einmal einen jungen Lehrer an, der seine ganze Schulzeit im Seminar zugebracht hat, im Internat, und der dann plötzlich in eine Stadt, wie Mannheim verlegt wird, wenn er dort keinen Anhang findet, nicht Eltern, Verwandte, oder gute Bekannte hat, wenn er vielleicht auch in den Lehrerkreisen nicht die kräftige Stütze findet, dann ist die Gefahr für ihn sehr groß. Er tritt unbeholfen hinaus ins öffentliche Leben, zum ersten Mal ohne Führung, ohne die peinliche Ordnung und Regelmäßigkeit, wie sie im Internat besteht, wenn dann eine Entgleisung vorkommt, und einer oder der andere zugrunde geht, dann ist es kein Wunder. Ich meine, vom dritten Jahre ab, wenn die persönliche Selbständigkeit eintritt, dann müßte meines Erachtens der Aufenthalt außerhalb des Seminars genommen werden. Und das läßt sich auch sehr wohl vorschreiben. Die sittliche Kraft, ja auch die gesellschaftliche Ausbildung, die dem Lehrer bei seinem schweren Beruf notwendig ist, wird ja nur errungen im Umgang mit der Bevölkerung. Meine Herren, daß natürlich die pädagogische Erziehung und Ausbildung unseres Lehrerstandes eine gute und eine noch bessere werden muß, das ist auch selbstverständlich; dann verschwindet wohl auch mit dem Augenblick, wo unsere Lehrer mehr entlastet sind, wo sie kleinere Klassen haben, wo sie bessere Ausbildung und Fürsorge genießen, ein gut Teil der Prügel in den Schulen, die Schuldisziplin wird sich besser aufrecht erhalten lassen. Es tritt vielleicht auch noch etwas hinzu, bei der besseren pädagogischen Ausbildung werden die Lehrer ihren Beruf mehr als Kunst, denn als Handwerk betrachten, sie werden versuchen, zu individualisieren, zu erziehen und nicht nur Wissen beizubringen. Wir bekommen dann einen qualitativen Fortschritt im Lehrmaterial. Aber der quantitative Zuwachs wird freilich nur erreicht, durch die bessere Bezahlung.

Leider kann ich mich nun über diesen Punkt nicht befriedigt äußern. Der Herr Minister hat gestern mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt: Der Antrag Frühhauf ist für uns absolut unannehmbar. (Zuruf Frühhauf: Mit absoluter Bestimmtheit! Mit absoluter Bestimmtheit meinestwegen, wenn mit ziemlicher Bestimmtheit nicht genügt. Der Herr Minister hat weiter ausgeführt, die Gehaltsgehalte sollen ja im nächsten Landtag etwas erhöht werden, über das Maß der Erhöhung könne er sich aber jetzt nicht schon festlegen. Der Termin 1906 ist ihm verfrüht, weil man nicht weiß, was noch kommen kann, er hat sich die Entscheidung für die Zukunft vorbehalten. Ja, man hat eine gewisse Ablehnung aus seiner Rede schon herausgehört, der Forderung, daß die Lehrer überhaupt in den Gehaltstarif und unter G 5 eingereiht werden. Das ist eine betrübende Perspektive. Nach den vielen Klagen der Lehrer, die sie viele Jahre lang geführt haben um bessere Existenzbedingungen, hätte man erwartet, daß die Verhandlungen diesmal im Landtag nicht wieder ausgehen wie das Hornberger Schießen. Und es ist ein solcher Ausgang, wenn nichts weiter beschloffen wird, als der Antrag der Kommission. Damit sind der Regierung nicht die Hände gebunden, damit kann die Regierung machen was sie will. Ich meine, meine Herren, es wäre jetzt an der Zeit, hier kurzer Hand eine Änderung eintreten zu lassen. Ich will zugeben, daß auch den Lehrern zuliebe kein Gesetz eingebracht werden soll den Gehaltstarif abzuändern, bevor die allgemeine Gehaltsrevision kommt, aber tatsächlich könnte man sie jetzt schon auf den Stand bringen, der dann eine Einreihung in den Gehaltstarif und zwar unter keine andere Position als die von ihnen gewünschte ermöglicht. Und das ist noch außerordentlich bescheiden. Man vergegenwärtige sich nur, was die Lehrer eigentlich verlangen, man schaue sich einmal im Gehaltstarif diese Ordnungszahl 5 an, was unter dieser Ordnungszahl alles vorhanden ist, Grenzkontrollenre, Steuerkontrollenre, Revisionsinspektoren, Schloßklassierer — das sind Stände, die die Lehrer sich als Muster für die Besoldung dienen lassen, ihr Ideal in Bezug auf die Bezahlung. Hält man denn den Volksschullehrer, den Volkserzieher nicht für wertvoller, als einen Schloßklassierer, oder einen Grenzkontrollenre? Die Forderung im Gehalt ist eine so bescheidene. 2800 M. Höchstgehalt, 1500 M. Anfangsgehalt. Man weiß doch, wie die Preisverhältnisse liegen, man braucht nur mit den praktischen Verhältnissen vertraut zu sein, um zu wissen, wie man mit 1250 M. oder nach vielsähriger Dienstzeit mit 2000 M. bestehen kann. Und da soll der Mann sorgenfrei sein, von dem Mann verlangt der Herr Kollege Fehrenbach, daß er einen idealen Sinn für Musik hat, daß er in den höheren Sphären der Musik schwebt und lebt! Vor der Not steht aller Idealismus still. (Zuruf Fehrenbach: Früher hat er 250 fl. gehabt, und hat sich den Sinn für alles Ideale Jahre lang bewahrt.)

Ja, meine Herren, wir wollen doch nicht die Zustände zurückzaubern, wo einer mit 250 fl. sich verzweifelt hinsetzte und vielleicht den Hunger betäubte mit Bilokinpiel und Musik. Meine Herren, es ist unmöglich, einem Lehrer Idealismus für die Erziehung der Kinder zuzumuten, wenn man ihn nicht materiell vollständig sorgenfrei stellt.

Das ist die Hauptforderung, die Grundlage! Ohne die können wir nichts machen, ohne die haben wir keine guten Lehrer, keine zahlreichen Lehrer. Diese bekommen wir nur, wenn der Lehrerstand zu einem Stand gemacht wird, der von materiellen Sorgen frei dasteht. Die ist aber, das behaupte ich, aus meiner praktischen Erfahrung heraus, jetzt ganz unmöglich, zumal wenn der Lehrer noch leichtsinnig genug ist, sich zu verheiraten und nicht reich zu verheiraten, notabene.

Wenn dann der Lehrer noch Kinder und Familie zu ernähren hat, wo ist da die sorgenfreie Existenz möglich. Von diesem Mann dann zu verlangen, daß er alle materiellen Gedanken gewissermaßen abhüttelt, sich hinstellt in seinen Lehrstunden und in den Kindern künftige Menschen sieht, aus denen er etwas machen kann, an deren Ausbildung er mit Lust und Liebe herangeht, meine Herren, das ist etwas, was wir absolut nicht verlangen können. Es wird also gar nichts anderes übrig bleiben, meine Herren, wenn Sie ihren Ernst hier zeigen wollen, als daß Sie den Antrag des Herrn Kollegen Früh auf annehmen; denn es muß eben gehen. Dann wird zweifellos auch eine Besserung auf dem Gebiete eintreten, und wir werden in aller kürzester Frist einen starken Zustrom zum Lehrerberuf haben und dann auch die Schwierigkeiten der Schulreform beseitigen können. Ich habe schon darauf hingewiesen, meine Herren, um mich gegen den Vorwurf zu verteidigen, als sei ich zu wenig realpolitisch gestimmt, daß es möglich ist, diese Wünsche, die ich hier geäußert habe, in legislativische Gestalt zu kleiden, d. h. sie durch Gesetz in die Praxis überzuführen. Die Kosten, die dabei entstehen, müssen eben aufgebracht werden. Ich bin überzeugt, wenn Sie die Forderungen durchführen würden, meine Herren, wenn allgemeine Gerechtigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens eintritt, Gleichheit, Fortschritt auf allen Gebieten, und wir würden dann in die Notwendigkeit veretzt sein, eine Erhöhung der Steuern auch für die niederen Klassen, (die kommen bei einer Steuerreform nicht immer notwendigerweise in Frage,) zu bewilligen, wir würden mit Freuden dafür stimmen. Aber, meine Herren, den Anfang muß man einmal machen, und wenn es dabei bewendet, die Kommissionsanträge anzunehmen, da fürchte ich, sind wieder zwei Jahre nahezu nutzlos in die Welt gegangen; wir werden noch nicht bald soweit kommen, daß unsere badische Volksschule auf einem Standpunkt steht, von dem man sagen kann: sie ist wirklich eine Volkshochschule, eine Bildungsanstalt, mit der wir unser Jahrhundert in die Schranken fordern können.

Die Verhandlungen über das Volksschulbudget in der Ersten Kammer.

Am Montag, den 27. Juni d. J. fanden in der I. Kammer u. a. die Beratungen über das Budget der Mittel- und Volksschulen, sowie der gewerblichen Schulanstalten statt. Wie wir schon in Nr. 27 mitgeteilt haben, fand die Petition des Lehrervereins in der Kommission dieser Kammer eine günstige Aufnahme. Im Plenum berichtete zuerst Dr. Freiherr von La Roche über die Mittelschulen, deren neue Schulordnung, besonders die Schulzucht, die Zuschüsse an die Schulen u. dgl.

Was er in bezug auf Volksschulen sagte, möchte hier nach dem amtlichen Berichte mitgeteilt werden:

Über die Volksschulen wird anlässlich der Petition des Badischen Lehrervereins und des Vereins badischer Lehrerinnen zu verhandeln sein, es kann daher heute bei der beschränkten Zeit, die für die Erledigung des Budgets gegeben ist, davon abgesehen werden, auf die Verhältnisse der Volksschulen näher einzugehen.

An Staatsbeihilfen für Schulhausbauten bedürftiger Gemeinden sind im ordentlichen und außerordentlichen Etat für beide Jahre zusammen 180000 M. eingestellt. Es wird aber diese Summe jedenfalls nicht ausreichen, und wird an eine Erhöhung im nächsten Budget wohl gedacht werden müssen. In den Volksschulen und unteren Klassen der Mittelschulen macht der Handfertigkeitsunterricht schärfere Veruche, sich einen Platz zu erobern. Unter der jüngeren Lehrergeneration scheint er warme Anhänger zu besitzen. In den skandinavischen Ländern und in Frankreich, in denen der Handfertigkeitsunterricht zu den obligatorischen Fächern zählt, sollen gute Erfahrungen mit demselben gemacht worden sein. Ist die Frage in diesem Sinne bei uns noch nicht spruchreif, so dürfte doch wohl eine weitere Entwicklung des Handfertigkeitsunterrichts im Auge zu behalten sein. Zur Förderung der Teilnahme von Lehren und Lehrerinnen an Ferienkursen sind 2500 M. angefordert. Nach den Erläuterungen handelt es sich um Abhaltung von Ferienkursen an den badischen Hochschulen. Während dies in Freiburg schon früher der Fall gewesen sein soll, werden diesen Sommer erstmals auch in Heidelberg, und zwar vom 1. bis 13. August, solche Ferienkurse abgehalten werden. Die Initiative scheint von dem badischen Lehrerverein und dem Verein badischer Lehrerinnen ausgegangen zu sein. Es wird auch eine reiche Fülle von Interessantem und Wissenswertem geboten werden.

Volkshochschulkurse, die in verschiedenen Städten des Landes in den letzten Jahren gehalten worden sind, scheinen sich als eine dauernde Institution einbürgern zu wollen. Ob dieselben allerdings auf die Kreise der Arbeiterbevölkerung, für welche sie in erster Reihe bestimmt sind, von wirklich förderlichem Einflusse sein werden, hängt in erster Linie von den gewählten Themen ab. Wenn in einer Stadt Badens die Kurse mit Vorlesungen über die Lehre Darwins eröffnet wurden, so dürfte das doch nicht ohne Bedenken sein, denn es muß mindestens zweifelhaft erscheinen, ob hier trotz der geschickten Gestaltungsgabe des Dozenten nicht mehr Verwirrung, als Klarheit in den Köpfen von Hörern geschaffen wird, denen es an der zum Verständnis nötigen Vorbildung mangelt. Für die Schulhygiene wird wohl der kürzlich in Nürnberg abgehaltene Kongress neue Anregungen gegeben haben. Eine nähere Verbindung der Bezirksärzte mit dem Schulwesen dürfte nur vorteilhaft sein. So könnte man sich z. B. denken, daß ein in bestimmten Zeitabschnitten wiederholtes Erscheinen der Bezirksärzte auf den Lehrerkonferenzen angezeigt wäre. Stoff zu belehrenden Mitteilungen wäre gewiß reichlich vorhanden. Je mehr auf ärztlichem Gebiete die Prophylaxe und Hygiene in den Vordergrund treten, um so mehr müssen auch die berufenen Vertreter der ärztlichen Wissenschaft in die großen Organisationen unseres Volkslebens hineingezogen werden und da tätig mitwirken. Diese Perspektive würde allerdings für den von einer Reihe unserer Bezirksärzte vertretenen Wunsch sprechen, sie aus ihrer jetzigen Zwitterstellung zu lösen und durch Erhöhung des Gehalts der Notwendigkeit zu entheben, neben ihrer beruflichen Tätigkeit als Staatsärzte noch Praxis zu suchen, und so den andern Ärzten bald als Kollege, bald als ein mit Aufsichtsbesugnissen versehenes Beamter gegenüberzutreten. Eine nicht unwesentliche Verbesserung erfährt unser Volksschulwesen durch die Errichtung von fünf weiteren Kreisvisitationen, deren Zahl sich von 13 auf 18 erhöhen wird. Es wird damit möglich werden, die einzelnen Schulkreise auf je drei Amtsbezirke zu beschränken. In den nächsten Jahren wird sich dann zeigen müssen, ob diese Zahl genügt, oder ob damit noch weiter gegangen werden muß. Nur erwähnenswerth wird im Budget bei den §§ 53 und 54 der Badische Frauenverein genannt, welchem dort Zuschüsse zu Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen bewilligt sind. Erst bei einer Durchsicht des Jahresberichts des Badischen Frauenvereins findet man, welche segensreiche Tätigkeit auch auf dem Gebiete des Mädchen Schulwesens die über das ganze Land verbreiteten Frauenvereine entfalten. Zum Etat der Taubstummenanstalten möchte ich die Frage anregen, ob es nicht in irgend einer Form möglich wäre, unter Verwendung des Lehrpersonals Kurse für frühere Zöglinge einzurichten. Erfahrungen, die man bei Entwürdigungen und Errichtung von Pflegestätten, sowie auch sonst im Verkehre machen kann, zeigen, daß Taubstumme, die angeblich früher Anstalten mit Erfolg besucht hatten, wenn sie längere Jahre zu Hause waren und da keinerlei Möglichkeit der Fortbildung besaßen, ihrer Kenntnisse wieder verlustig gehen und in ihrer Vereinsamung stumpf und blöde werden. Für solche Taubstumme wäre es ein Segen, wenn sie jährlich oder wenigstens alle zwei Jahre zu einem Kurse in die Anstalten einberufen werden könnten. Indem ich im übrigen auf den schriftlichen Bericht Bezug nehme, komme ich namens der Budgetkommission zu dem Antrage:

Hohe Erste Kammer wolle

I. von dem Budget Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Titel X der Ausgaben, Ziffer II (Mittel- und Volksschulen) und Ziffer III (Gewerbliche Unterrichtsanstalten), sowie Titel III der Einnahmen (Unterrichtswesen, Mittel- und Volksschulen) nebst Nachträgen, nach Maßgabe der Beschlüsse der Hohen Zweiten Kammer genehmigen.

Nach dem Berichterstatter ergriff der Direktor des Oberschulrats das Wort; er verbreitete sich zuerst über das Mittelschulwesen, die Schulordnung, die Berechtigungen, Privatlehranstalten. Was für uns von Interesse ist, mag hier mitgeteilt werden:

Was sodann die Ferienkurse in Heidelberg betrifft, so sind diese wesentlich verschieden von den Ferienkursen in Freiburg. Letztere sind von den Fakultäten der Universität Freiburg eingerichtet, für unsere Mittelschullehrer und für Lehrerinnen bestimmt, welche die nötige Vorbildung haben, und sollen dazu dienen, unsere Mittelschullehrer über den neuesten Stand der von ihnen behandelten Disziplinen zu unterrichten. In Heidelberg wird aber beabsichtigt, Ferienkurse einzurichten, welche nur insofern mit der Universität in Verbindung stehen, als die Universität Heidelberg das Lokal dazu stellt, und als einzelne Dozenten der Universität ihre Vorträge in diesen Ferienkursen halten. Von seiten der Fakultäten wird eine besondere Einwirkung nicht ausgeübt, sondern das Ganze ist — wie der Herr Berichterstatter richtig ausgeführt hat — ein Unternehmen des Lehrervereins und des Lehrerinnenvereins, welche dadurch ihren Mitgliedern oder ihren Teilnehmern erweiterte Kenntnisse auf dem Gebiet des Unterrichtswesens zuführen wollen. Dafür ist aber bei dieser Gestaltung der Kurse keine besondere Gewähr gegeben, daß diese Vorträge und die damit verbundenen Übungen so eingerichtet sind, daß ihnen nach Maßgabe der Vorkenntnisse der Lehrer und Lehrerinnen auch von diesen in wirklich fruchtbringender Weise gefolgt werden kann.

Als eine Förderung der Allgemeinbildung und der besonderen Fachkenntnisse der Lehrer und Lehrerinnen wird dieses Unternehmen vonseiten der Oberschulbehörde wohl begrüßt und in jeder Weise unterstützt. Erfahrungen liegen in dieser Frage aber bis jetzt noch nicht vor. Die Oberschulbehörde hat für die Teilnehmer an diesem Unternehmen, dem Wunsche der beiden Vereine entsprechend, Urlaub bewilligt, soweit eine Vertretung in der Schule ermöglicht ist; sie wird auch in Erwägung ziehen, ob sie das Unternehmen auch durch Gewährung eines Zuschusses unterstützen kann, wobei ich aber bemerke, daß der in Freiburg vor kurzem stattgehabte Ferienkurs die Mittel schon wesentlich in Anspruch genommen hat. Auf eine Unterstützung der einzelnen Teilnehmer, was vonseiten der Vereine auch gewünscht wurde, konnten wir uns bis jetzt mangels verfügbarer Mittel nicht einlassen. In diesem Zwecke würde jedenfalls eine namhafte Erhöhung der betr. Budgetposition nötig fallen.

Was die Frage der hygienischen Beaufsichtigung unserer Schulen betrifft, so hat der Herr Berichterstatter schon angeführt, daß auf dem Nürnberger Kongress eingehende Erörterungen hierüber stattgefunden haben. Hierbei wurde als erstes Erfordernis allgemein die Anstellung von Schulärzten als nötig bezeichnet. Die Unterrichtsverwaltung hatte schon auf diesem Landtag eine Anregung gegeben, wenigstens an einzelnen Mittelschulen versuchsweise Schulärzte zu bestellen, wenn wir nicht von Seiten des Großh. Ministeriums veranlaßt worden wären, alle nicht durchaus gebotenen Ausgaben zurückzustellen. Die Frage ist auch bis jetzt noch nicht vollständig gelöst. Es handelt sich um die Frage, ob Schulärzte ausschließlich nur für die Schulen einer Stadt bestellt, oder ob eine Anzahl Ärzte in der Gemeinde mit dieser Funktion betraut werden sollen. Es handelt sich dann ferner ganz besonders um die Frage, ob man dem Schularzt die Berechtigung gewähren will, die Kinder in der Schule zu untersuchen, und darüber gehen die Ansichten noch sehr auseinander. Auf eine Umfrage der Oberschulbehörde bei den größeren Städten in Baden, die ja in erster Linie bei der Anstellung der Schulärzte in Frage kommen, haben sich diese bis jetzt noch einstimmig dagegen ausgesprochen, daß den Schulärzten zugleich die Berechtigung gewährt werden solle, eine Untersuchung von Schülern, wenn Veranlassung dazu sich findet, vorzunehmen zu dürfen. Im Gegensatz dazu spricht sich ein umfassendes Gutachten, welches von Seiten der Herren Medizinalreferenten im Ministerium des Innern ausgearbeitet worden ist, dahin aus, daß die Gewährung dieser Befugnis die unbedingte Voraussetzung für eine entsprechende Wirksamkeit der Schulärzte sei. Nachdem in dieser Richtung noch keine vollständige Übereinstimmung der Anschauungen herrscht, kann es nur begrüßt werden, daß die Stadt Mannheim mit der Anstellung eines Schularztes vorgehen will, so daß wir dann in der Lage sein werden, weitere Erfahrungen zu sammeln. Für die Volksschulen auf dem Lande kann ja die Frage bis jetzt noch gar nicht in Anregung gebracht werden. Es wird sich hier wohl nur um eine weitere Ausdehnung der Tätigkeit der Bezirksärzte handeln. Die Frage der ärztlichen Beaufsichtigung unserer Schulen wird von Seiten der Oberschulbehörde mit dem größten und wärmsten Interesse verfolgt.

Endlich hat der Herr Berichterstatter die Frage aufgeworfen, ob Kurse für frühere Höglinge der Taubstummenanstalten eingerichtet werden könnten, da die Erfahrung ergebe, daß die an den Anstalten erworbenen Kenntnisse nach und nach wieder zurückgingen. Diese Erfahrung ist auch schon bei der Oberschulbehörde gemacht worden, und diese wird die Frage der Einrichtung solcher Kurse in Erwägung zu ziehen haben. Wir müssen dabei aber auch damit rechnen, daß die aus der Anstalt entlassenen Taubstummen in die weitesten Kreise des Landes zerstreut werden und nun sehr schwer wieder zusammenzubringen sind. Wir haben einstweilen die Anordnung getroffen, daß von Seiten einzelner Lehrer der Taubstummenanstalten jährlich Rundreisen gemacht werden, um über die Lage dieser früheren Schüler unserer Anstalten, über deren ökonomische Verhältnisse und auch über ihre Fortbildung Erhebungen zu machen. Da ist nun allerdings das Ergebnis ein vielfach recht ungünstiges, und es ist das mit ein Hauptgrund, weshalb die Schulbehörde mit aller Entschiedenheit auf eine Vertiefung und Verbesserung des Taubstummenunterrichts hingewirkt hat, was in dem jetzt vor kurzem erst in Geltung getretenen Gesetz über die Ausbildung der Taubstummen verwirklicht wurde. Ich kann also die Frage des Herrn Berichterstatters, ob derartige Kurse künftighin möglich sein werden, nicht vollständig bejahen, immerhin jedoch dieser dankenswerten Anregung alle Förderung und alle Erwägung von Seiten der Oberschulbehörde zufügen.

Nach dem Oberschulratsdirektor sprach dann noch Geh. Hofrat Professor Dr. Buhl, welcher die „mißliche Zwangslage“ bedauert, in welche das Hohe Haus infolge der Notwendigkeit einer ungeäumten Fertigstellung des Budgets entgegen seiner Würde, aber auch ohne sein Verschulden geraten ist; dieselbe trete am deutlichsten bei Beratung des gegenwärtigen, überaus wichtigen Teiles des Staatshaushalts und der gesamten Staatsverwaltung zutage.

Nachdem der Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts kurz zum Berechtigungsverfahren gesprochen hatte, erhielt Kommerzienrat Reiß das Wort:

Bei diesem Anlaß möchte ich der Großh. Regierung zwei Wünsche der Stadt Mannheim zur Kenntnis bringen, mit denen sie sich schon wiederholt an das Hohe Haus und an die Regierung gewendet hat. Die Stadt bittet um Berücksichtigung bei Errichtung eines weiteren Lehrerseminars. Die Regierung hat erklärt, daß vorläufig hierzu kein Anlaß bestehe, daß man aber bei nächster Gelegenheit darauf zurückkommen werde. Die Stadt Mannheim hat 21000 Volksschüler mit 450 Lehrern, der jährliche Zuwachs an Schülern beträgt 1200—1500, und an Lehrern etwa 25. Schon aus diesem Grund wäre die Bitte der Berücksichtigung wert, abgesehen davon, daß die Stadt Mannheim von allen Städten des Deutschen Reiches die meisten Aufwendungen für das Volksschulwesen macht. Sie hat auch die Anstellung eines Arztes für die Volksschulen beschlossen. Die Großh. Regierung hat in der Hohen Zweiten Kammer erklärt, daß sich Mannheim für ein Lehrerseminar nicht wohl eigne; ich verstehe nicht, warum diese Stadt nicht ebenso gut wie andere Städte des Landes geeignet sein soll.

Hierauf erwiderte der Herr Minister: Was die Frage der Errichtung eines Lehrerseminars in Mannheim anbetrifft, so darf ich wohl Bezug nehmen auf die Erklärungen, die seitens der Großh. Regierung in dem anderen Hohen Hause abgegeben worden sind; ich möchte daher auf die Gründe, die etwa gegen die Errichtung eines Lehrerseminars in Mannheim vorliegen, heute nicht näher eingehen, denn die Frage ist jedenfalls eine durchaus nicht akute. Es ist dem Herrn Vorredner wohl bekannt, daß ein Bauplatz in Heidelberg für das Lehrerseminar bereits vorhanden ist, und ob bei der derzeitigen Finanzlage trotz des anerkannten Bedürfnisses nach Errichtung weiterer Seminararten noch ein drittes Seminar außer dem jetzt in Freiburg im Bau befindlichen und dem Heidelberger Projekt so bald in Frage kommen wird, erscheint mir zweifelhaft.

Zum Schlusse wurden ohne Debatte die übrigen Positionen genehmigt und der Antrag der Budgetkommission einstimmig angenommen.

Aber die Verhandlungen der I. Kammer betr. der Petition des Lehrervereins werden wir später berichten.

Zwei wertvolle Hilfen im Unterricht.

„Übung macht den Meister“, sagt ein altes und wahres Sprichwort. Das gilt vor allem auch im Unterricht, und zwar in allen Fächern. Jeder Lehrer weiß das auch und sucht den Rat nach Möglichkeit zu beherzigen. Nur muß jeder oft bedauernd sagen: „Wo soll ich die Zeit dazu hernehmen!“ Die 16 Stunden pro Woche sind bei unsern Halbtagschulen gar zu schnell verfliegen. Besonders in zweiklassigen Schulen mit den verschiedenen Jahrgängen macht sich der Zeitmangel recht unangenehm bemerklich; da muß man mit der Zeit förmlich geizen. Nach einer Seite hat das auch seine Vorteile: Man lernt mit den Minuten haushalten und wird unerbittlich gezwungen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die in kürzester Frist zum ebeneren Ziele führen. Bei diesem Suchen nach methodischen Kunstgriffen kommt man auf allerlei Gedanken. Die einen taugen nichts, die andern führen zu dauernd beibehaltenen Unterrichtsregeln.

Zwei solcher Hilfen seien heute einer kurzen Betrachtung unterzogen. Wir meinen das Luftschreiben und das Chorsprechen. Beide entspringen der Absicht, zu gleicher Zeit alle Schüler zu beschäftigen, sie zielen auf Massen- und Klassenunterricht in des Wortes vollster Bedeutung. Eigene Tätigkeit jedes Schülers bei größter Zeiterparnis ist die pädagogische Voraussetzung. Vom allgemeinen pädagogischen Standpunkt aus ist also nichts gegen ihre Anwendung zu erinnern. Es kommen aber diesen beiden Hilfen noch andere günstige Nebenwirkungen zu. Ein unverkennbarer Vorteil liegt in der Massenwirkung, die selbst schüchterne und verzagte Gemüter beeinflusst und zum Mitmachen reizt. Sodann kann ein guter Erfolg nur erreicht werden bei guter Disziplin; wer Luftschreiben und Chorprechen im Unterricht verwerten will, muß notgedrungen auf gute Schulzucht halten. Zudem er aber das tut, sichert er sich große Erleichterung in allen Fächern, und umgekehrt unterstützen ihn genannte Hilfen in seinem Bestreben. Die Schulzucht wird ja im allgemeinen nur locker, wo die Kinder nicht genügend beschäftigt sind. Endlich werden durch Chorprechen sowohl wie durch Luftschreiben neben dem Auge zwei weitere Sinne in Anspruch genommen, das Ohr beim Erkeren, die Muskeln der Hand und des Armes beim Lekturen und die Sprachwerkzeuge bei beiden. Es ist also auch der weiteren pädagogischen Forderung genügt: Benütze zur Aufnahme und Verarbeitung der Stoffe möglichst viele Sinne.

Nach diesen unansehnlichen Gründen, welche die Berechtigung wohl erweisen, sei noch kurz auf jene „Hilfe“ eingegangen.

Das „Luftschreiben“ könnte vielleicht deutlicher mit „Schreiben in der Luft“ bezeichnet werden. Es findet hauptsächlich Anwendung im ersten Schuljahr, kann aber auch gelegentlich in allen andern Schuljahren noch mit Nutzen herangezogen werden. Statt neue Buchstabenformen oder die Form einer Zeichnung gleich auf die Tafel oder gar zu Papier

zu bringen, fährt jeder Schüler zuerst einigemal in der Luft den einzelnen Zügen nach; selbstverständlich muß den Kindern gezeigt worden sein, wo sie zu beginnen haben und wofin die Feder dann bis zum Ende geht. Am besten geschieht das, wenn der Lehrer die Kinder auffordert: „Schaut alle her an die Tafel!“ Dann macht er ganz langsam den zu übenden Teil eines Buchstabens, einer Ziffer oder Zeichnung, wobei er die größtmögliche Form wählt. Bei ganzen Buchstaben verwenden wir oft die ganze Breite der Tafel; der Druck muß recht markant hervorgehoben werden. Nachdem auf die besondern Merkmale, auf die es ankommt, hingewiesen wurde, macht der Lehrer vielleicht noch ein- oder zweimal die erklärte Form vor, überfährt dann mit dem Deutstock die ganze Figur, wobei die Schüler versuchen, in der Luft mitzufahren. Am besten nehmen sie dazu Feder oder Bleistift regelrecht in die Hand. Hernach läßt man es die Schüler allein probieren, zuletzt geht's nach Zählen. Der Lehrer zählt erst vor — wir haben hier hauptsächlich Buchstabenübungen im Auge —, z. B. „i“: auf! ab! auf! Punkt! Sodann sprechen die Schüler unter gleichzeitigem Luftschreiben mit: auf! ab! auf! Punkt! Das wird einigemal gemacht, wobei der Lehrer ganz genau sieht, ob alle richtig fahren; sobald ein einziger eine andere Richtung einschlägt, fällt er auf und kann korrigiert werden. Bei „a“ wird so gezählt: auf! ab! auf! Böglein! ab! auf! Bei „r“: auf! ab! Böglein! auf! Böglein! Bei „p“: auf! ab! auf! rüber! ab! auf! (Beim 2. auf muß natürlich vorher gesagt sein, daß die Schüler nur halb hinauf dürfen.) Diese Übungen sind also im gewissen Sinn schon Takt schreiben; jeder Lehrer wird für jeden Buchstaben die einzelnen Teile und Bezeichnungen sich wählen; eine Norm ist dabei nicht nötig. Aber durch diese Klassenübung wird viel Zeit und viel Ärger gespart, und die Kinder machen es gern. Ehe man nun auf die Tafel oder ins Heft schreiben läßt, kann man noch auf die Bank schreiben lassen. Wir lassen es aber nur in der allerersten Schulzeit des A-V-C-Schülers machen und zwar mit dem Zeigefinger der rechten Hand, also ohne Feder oder Griffel, um nicht zum Beschreiben der Bank mit Tinte Veranlassung zu geben. Wenn dann zum Tafel- oder Heftschreiben übergegangen wird, wird vorher natürlich an der Tafel ein Buchstabe in die richtige Liniaur geschrieben, nicht von dem Niesenvorbild, das ein deutliches Erfassen der einzelnen Teile und Züge ermöglichen sollte, gleich ins Heft! Mit diesem Luftschreiben kann man aber auch das Tempo regeln und dem hastigen, oberflächlichen Eudeln vorbeugen, welches nie zu einer sorgfältigen Schrift führen kann.

Aber noch etwas wird erreicht; selbst die Orthographie profitiert vom Luftschreiben. Indem das Kind die Form eines Buchstabens oft bildet, prägt sich dieselbe viel fester ein, als wenn sie nur einigemal ausgeführt wird, was beim sofortigen Heftschreiben meist der Fall sein dürfte. Um zu prüfen, ob die Form bleibendes Eigentum geworden ist, löschen wir an der Tafel alles aus und lassen jetzt nochmals unter gleichzeitigem Zählen den Buchstaben oder die Ziffer in der Luft schreiben. Das ist eigentlich schon ein Diktat und zwar ein sofort korrigiertes. Sind mehrere Buchstaben schon gelernt, so kann man oft auch rasch sich verlässigen, ob sie unterschieden werden. Wir lassen den Schüler ein „r“, jenen ein „n“, den dritten ein „o“ usw. in der Luft schreiben, und haben so im Nu eine eingehende Prüfung vorgenommen. Zugleich übt aber die ganze Klasse mit; denn sobald der aufgerufene Schüler den verlangten Buchstaben richtig in der Luft geschrieben hat, folgt der Befehl: Alle! Und dann schreiben alle mit. Langeweile kann nicht aufkommen.

Wie ersichtlich, bietet diese „Hilfe“ große Vorteile und sollte oft in Anspruch genommen werden. Ihre praktische Nützlichkeit erfordert zudem viel weniger Umstände, als nach der obigen Besprechung scheinen möchte. Wer sie noch nicht im Unterricht verwendete, mache einen Versuch; er wird ihn nicht gereuen.

Nun zur zweiten Hilfe, zum Chorsprechen. Daß dieses auch vorwiegend in den Unterlassen zur Einübung von Sprüchlein, Lieberverfen usw. Anwendung findet, ist bekannt, obwohl bei schöner Betonung und wohlgeordneter Aussprache auch in Oberlassen das Chorsprechen einen tiefen Eindruck hervorzurufen vermag. Überhaupt erblicken wir den Hauptvorteil in der Nötigung zu krasser Selbstzucht, zu scharf accentuierter und deutlich artikulierter Aussprache. Um ein klares Unterscheiden der Wörter zu ermöglichen, müssen besonders die Konsonanten richtig gebildet und deutlich ausgesprochen werden, im Gegensatz zum Singen, wo es mehr auf die Vokale ankommt. Dieses absichtliche Hervorheben der Konsonanten, die klare Zeichnung des Wortgerippes, übt die Sprachorgane ungemein. Durch den Klang der 40—50 Kinderstimmen, durch den Rhythmus, welcher unwillkürlich alle zum Mitsprechen reizt, ja geradezu zwingt, wird aber auch viel intensiver und darum rascher und bleibender der Memorierstoff eingepreßt, abgesehen davon, daß zur Einzelausbildung in unsern Halbtagschulen niemals Zeit zu finden ist. Es bleibt also nichts übrig, als daß die zu lernenden Gedichte, Lieder usw. als Hausaufgaben behandelt werden. Daß dann aber oft in einem sinnlosen, schauerlichen Leierton alles hergeplappert wird, weiß jeder. Dieser Gefahr beugen wir lieber vor durch klassenweises gemeinschaftliches Memorieren, wobei wir die Betonung, Beachtung der Interpunktion und des Tempos selber dirigieren. Wir sehen daraus aber, daß solcherweise betriebenes Chorsprechen für den Lehrer kein Erholungsmittel ist,

im Gegenteil; es strengt sehr an; denn auch hier geht das Vor- und Mitmachen über alle Belehrungen; der Lehrer spricht deshalb am besten mit und gibt so das Zeichen für alles. Um ihn aber heraushören zu können, dürfen die Kinder nicht schreien; sie müssen mit angehaltener Stimme, was zu größter Aufmerksamkeit nötig ist, sprechen. Gerade darin liegt aber ein geradezu erzieherisches Moment des Chorsprechens. Hierher gehört auch der Hinweis, daß kein Brummer geduldet werden darf. Beim wohlgeordneten Chorsprechen müssen sich die Stimmen in einander fügen, so gut wie beim Gesang, und da jenes monotone Leiern, jener mit Recht verpönte Schulten unter keinen Umständen geduldet werden darf, vielmehr dem Sinn der gesprochenen Sätze entsprechend ein gewisses melodisches Steigen und Fallen der Stimmen erstrebt werden muß, so muß jeder Sonderling zum Anschluß ans Ganze gezwungen werden. So geregelt, kann selbst das Chorlesen empfohlen werden. Ihm muß aber unbedingt schönes Vorlesen seitens des Lehrers und gute Erklärung vorausgehen. Dann kann der Übung wegen von allen Schülern im Chor gelesen werden, aber immer nur kleine Abschnitte. Endziel muß schönes, wohlbetontes Einzellezen der Schüler bleiben.

Richtig angewandt, leistet also auch das Chorlesen gute Dienste; es ist wie das Luftschreiben eine wertvolle Hilfe im Unterrichte. Neues werden wir für manchen kaum gebracht haben; aber zu erneutem Nachdenken angeregt zu haben, hoffen wir, und das war der Hauptzweck. Möge es gute Früchte zeitigen!

Verschiedenes.

Heidelberg. Das Verordnungsblatt Nr. 10 enthält Verordnungen und Bekanntmachungen des Groß-Oberschulrats: Die Jahresberichte der Mittelschulen betr. — Die Lehrerinnenprüfung in Freiburg betr. — Die Verwendung von Geübten als Lehrer an den höheren Lehranstalten betr. — Die Zeichenlehrerprüfung für 1904 betr. — Die Lehrerinnenprüfung betr. Die Vergebung des von Meris'schen Freiplatzes in Baden betr. — Die Veröffentlichungen der geologischen Landesanstalt betr. — Die Friedrichstiftung zur Unterstützung von Volk- und Religionschullehrern betr. — Empfehlung von Lehrmitteln und Druckschriften betr. — Oberlehrer werden Kirner-Menschen, Heimberger-Waibstadt. — In den Ruhestand treten Eiermann-Waldmühlbach, Grimm-Achern (bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit), Schlecht-Wolfsach (bis zur Herstellung seiner Gesundheit). — Auf Ansuchen wird entlassen Unterlehrerin Julie Krazer in Neckargemünd. — Zur Bewerbung sind u. a. ausgeschrieben drei Stellen in Freiburg. — Gestorben sind Frank-Bräunlingen, Bachmann-Pforzheim, Hörnig-Neustadt, Stäuble-Halslach, Halter-Erlingen, Sophie Baumann-Karlsruhe, Rühle-Ueberlingen, Göller-Ralsch, Furtwängler-Kirchzarten.

Heidelberg. Der XVI. Kongreß des Vereins für Knabenhandarbeit ist in diesem Jahre der Einladung der alten Nibelungenstadt Worms gefolgt und hat vom 1.—3. Juli d. J. daselbst getagt. Viele handfertige und wortgewandte Schulmänner waren gespannt darauf, die neue Bahn, welche der sehr verdiente, bisherige Rektor Scherer in Worms in vieljähriger Tätigkeit auf diesem Gebiete betreten hatte, auch mit eigenen Augen kennen zu lernen. Es sollte hier gezeigt werden, wie die in mehr als 1000 Werkstätten Deutschlands fakultativ betriebene erzieherische Knabenhandarbeit als „Werkunterricht“ in den Lehrplan der Volksschule aufgenommen und für den Schulunterricht fruchtbar gemacht werden kann. Die Westendschule, ein vornehmer Neubau, war für die ersten Tage die Herberge des Kongresses. Nach einem einleitenden Vortrag des Herrn Dr. Papp von der Lehrerbildungsanstalt in Leipzig wurde der Werkunterricht in Volksschulklassen aller Jahrgänge und einer Hilfeschulklasse praktisch vorgeführt. Engste Verbindung von Anschauung und Darstellung ist oberster Grundsatz dieses Unterrichts. Die Kleinsten suchen durch Erbsen-, Stäbchen- und Fadenlegen die durch Beschreibung gewonnene Anschauung wiederzugeben. (Gartenzaun, Spaten, Rechen, Apfel, Birne.)

Der nächste Jahrgang erhält einen Klumpen Ton mit Formholz auf sauberem Linoleumplättchen. Aus einer selbst geformten Tonkugel entsteht durch Abschneiden und Kneten ein Vogelneß mit Eiern. Weiter aufwärts entsteht das Tonmodell von 2 auf der Schulbank liegenden Kirchen mit Stielen, während die höhere Stufe einen ausgestopften Vogel oder einen Fisch zuerst mit derben Strichen auf das Papier zeichnet und darauf als Relief im Ton formt. Ebenso werden Berg, Fluß und Tal dargestellt. All diesen Übungen geht Anschauung und Skizze voraus und nebenher. Auf ähnliche Weise wird Holzschnitzen (Weißfuß) und Papparbeit betrieben.

Es ist nicht unsere Absicht, heute näher auf diesen Betrieb einzugehen, abgesehen davon, daß nicht jede Stadt so opferfreudiges Entgegenkommen zeigt wie Worms; nur das möge ausgesprochen sein, daß neben der Anerkennung auch Warnungstimmen laut wurden. Der Nachmittag war ausgefüllt mit Besichtigung der Ausstellung und mit drei Vorträgen: Der Handarbeitsunterricht für Knaben in den Schülerwerkstätten, die Handarbeit im Knabenhort und die Stellung des Handarbeitsunterrichts in der Hilfeschule. Der öffentliche Kongreß am

nächsten Tag im Kasinoaale beschäftigte sich nach den üblichen Begrüßungen mit einem Vortrag des Inspektors Scherer: Der Werkunterricht in der Volksschule.

Die Stadt Worms hat es verstanden, dem Kongress eine behagliche Heimstätte zu bieten. Der Ortsausschuß war offenbar bestrebt, den Rekord über die früheren Kongresse davonzutragen und es ist ihm vollauf gelungen. Der Begrüßungsabend war mit einem Militärkonzert im Garten des Festhauses ausgefüllt. Am Abend des nächsten Tages hatte die Stadt den Kongress in das Festhaus eingeladen. Ein Abendessen mit köstlichem Rheinwein in Verbindung mit einem Militärkonzert unter Mitwirkung des von den Wormser Kollegen gebildeten Sängerkorps gestalteten den Abend zu einem unvergeßlichen Feste. An zwei Tagen wurde die freie Zeit völlig ausgefüllt mit eingehenden Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten dieser alten und berühmten Stadt; größtes Interesse erregten die Sammlungen des Paulusmuseums mit den Funden aus grauer Vorzeit und aus der Römerherrschaft.

Worms ist eine stolz aufstrebende Stadt; sie verdankt ihre jetzige Blüte der Großherzigkeit und der Tatkraft ihres großen Mitbürgers, des Freiherrn von v. Hülz zu Herrnsheim. Die Lederfabriken dieses Großindustriellen beschäftigen 6000 Arbeiter. Über den Rhein führt die großartige Ernst-Ludwig-Brücke, von welcher man eine prächtige Aussicht über die Stadt, den Dom und die Rheinanlagen genießt.

Der Kongress schloß ab mit einem Festmahle. Aber noch waren die Überraschungen nicht zu Ende. Die mit Worms befreundete Stadt Oppenheim, 5 Stunden rheinabwärts hatte den Kongress zu einem Besuche eingeladen. Unmittelbar nach dem Festmahle führte der Bahnzug die Teilnehmer an üppigen Rebgeländen vorüber nach der alten Reichsstadt. Mit Musik ging der Zug durch die besagten Straßen nach dem geschmückten Marktplatz, der durch Feuerwehrring abgeperrt war. Nach einer Begrüßungsrede verabreichten 20 Käferburden mit riesigen Römern aus einem Stückfaß (1200 l) den Willkommtrunk der Stadt Oppenheim. Dann bewegte sich der Zug zur Katharinenkirche, einem herrlichen Denkmal mittelalterlicher Baukunst, in der ganzen Pracht wiederhergestellt mit Unterstützung des deutschen Reiches. Das Beinhaus daneben birgt die Knochen und Schädel von 14 000 Menschen. Ein Abendessen auf der Landstrone beschloß den Ausflug.

So schloß dieser Kongress in frohmütigem Ausklang, angepaßt dem Geiste seiner Teilnehmer, welche mit frohem Mute wieder an die Arbeit in der Schülerwerkstatt zurückkehrten, um den Sinn für praktische Tätigkeit zu wecken und zu pflegen zum Wohle unserer heranwachsenden Jugend, dem zukünftigen Geschlechte unseres lieben deutschen Vaterlandes.

Karlsruhe. „Daß die Volksschule der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in gesunder Fortentwicklung begriffen und mit Einsetzung aller ihrer Kräfte bemüht ist, ihre Aufgabe zum Segen der heranwachsenden Geschlechter und zur Wohlfahrt der teuren Heimat nach allen Seiten hin zu erfüllen“, zeigt der soeben erschienene 27. Jahresbericht über den Stand der dem Rektorat unterstellten städtischen Schulen in Karlsruhe im Schuljahre 1903/04. Diesen Bericht, der mit seinen interessanten Mitteilungen aus der Geschichte der Schulen und dem äußerst wertvollen statistischen Material als eine Musterleistung bezeichnet werden muß, eingehender zu besprechen, verbietet uns der uns in der Bad. Schulzeitung zur Verfügung stehende Raum, und wir werden uns darauf beschränken, einiges Bemerkenswerte herauszugreifen.

Der Gesundheitszustand der Schüler war im allgemeinen ein normaler, während derjenige des Lehrpersonals, besonders im Winterhalbjahr, weniger befriedigte; es waren auf längere Zeit wegen Krankheit 4 Lehrer und 8 Lehrerinnen beurlaubt.

Die Unterrichtszeit wurde auf die Stunden von 8—12 und 2—4 verlegt, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß diese alterhergebrachten Unterrichtszeiten ebensosehr den Bedürfnissen der Volksschule als dem gänsslichen und beruflichen Leben der Eltern der Schüler entsprachen.

Eine Erweiterung der Unterrichtszeit in den Klassen VI, VII und VIII der einfachen Volksschule wurde im verfloßenen Schuljahre in Angriff genommen, und die Karlsruher Volksschule hat dadurch in ihrer Organisation einen entschiedenen Fortschritt zu verzeichnen: die Stunden für die Realien konaten meist verdoppelt, und der Unterricht im Deutschen und Rechnen konnte demjenigen der erweiterten Schule angeglichen werden. Durch den mit der Erweiterung eingeführten Ganztagsunterricht wurde auch einem erzieherischen Momente Rechnung getragen. Die Kinder sind nicht mehr im selben Maße wie seither sich selbst überlassen und damit der Straße überantwortet. Einer erheblichen Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen war es infolge des gütigen Entgegenkommens der Stadt- und Schulverwaltung ermöglicht worden, sich durch Teilnahme an Fachkursen (Zeichnen-, Handfertigkeits-, Turnunterricht u. a.) und durch Aufenthalt in fremdsprachlichem Gebiete weiterzubilden.

Im Verlaufe des verfloßenen Schuljahres wurde wiederholt das hiesige Schulwesen durch auswärtige Schulbeamte und Lehrer besichtigt; der Jahresbericht zählt 14 Fälle solcher Besuche auf.

Eingehende Mitteilungen werden über die einzelnen Schulanstalten der Karlsruher Volksschule gemacht, so über die Fort-

bildungsschule, den Koch- und Haushaltungsunterricht, woran 654 Mädchen teilnahmen, und womit die Pflege von Schulflügelgärten verbunden ist, die Sophienchule, eine Handarbeitschule, die Ferienkolonien, worüber kurz in einer früheren Nr. dieses Blattes berichtet wurde.

Für die Hilsschule wurde eine dritte Lehrkraft angestellt, und die Zahl der Unterrichtsstunden wurde vermehrt. Neben der Hilsschule besteht ein besonderer Unterricht für Sprachleidende, welcher von 47 Kindern zu Beginn des Schuljahres besucht wurde. Die Zahl der Knaben- und Mädchenhorste beträgt jetzt 4; sie sind eine äußerst segensreich wirkende Nebenabteilung der Volksschule.

Der Knabenhandfertigkeitsunterricht war von 488 Schülern besucht, wovon 63% der Volksschule angehörten; eine im September veranstaltete Ausstellung erfreute sich der günstigsten Aufnahme.

Ein Lieblingskind der Karlsruher Schulverwaltung, aber auch der Lehrer, und wir dürfen im Hinblick auf die außerordentlich stark besuchten Sonntagskonzerte im Stadtgarten getrost behaupten, eines großen Teils der Residenzbevölkerung ist die Schülerkapelle, welche zirka 160 Böglinge zählt; im Juli machte die Kapelle einen wohl-gelungenen Ausflug nach Herrenalb.

Daß in schulhygienischer Beziehung viel getan wird, möge aus dem einzigen Hinweis hervorgehen, daß im verfloßenen Jahre 68 495 Schulbäder genommen wurden; außerdem wurden an Schüler 16 822 Badekarten à 10 M für das städtische Bierordtsbad verkauft, und 677 unentgeltliche Bäder wurden hier an die Schülerinnen eines Schulhauses abgegeben, welches kein Schulbad hat.

An Sparsamkeit gewöhnt werden die Kinder der Residenz, die ja so viel Gelegenheit zum Geldausgeben haben, durch die Schulsparkasse, welche in diesem Jahr von 8099 Einlegern (1902 7434) mit 20 093,45 M. benützt wurde.

Dem umfangreichen statistischen Material entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Lehrkräfte betrug am Schlusse des Schuljahres 243, die der Schüler samt Fortbildungsschüler 11 168. Die Zahl der Schulhäuser ist 14 mit 303 Räumlichkeiten.

Das gesamte Volksschulwesen der Residenzstadt Karlsruhe mit seinen verschiedenen Nebenabteilungen untersteht dem Rektorat, dessen Vorstand Herr Stadtschulrat Specht ist, welcher jetzt 30 Jahre in seinem Amte wirkt und sich seitens der gesamten Lehrerschaft der größten Achtung und Verehrung erfreut. Ihm zur Seite steht als unermüdblicher Mitarbeiter Herr Rektor Dr. Gerwig; ein Sekretär (Hauptlehrer ohne Unterricht) und ein Hilsssekretär (Hauptlehrer mit beschränkter Stundenzahl) besorgen die umfangreichen Bureaugeschäfte.

Mannheim. (Konferenzbericht.) Unsere letzte Konferenz hatte als einzigen Gegenstand auf der Tagesordnung: „Tolstoi's pädagogische Bestrebungen“ stehen. Referent war Herr Kollege Lacroix, der schon im Winter drei Vorträge über diesen modernen russischen Schriftsteller gehalten und sich mit den Schriften dieses seltenen Mannes vertraut gemacht hat wie wenige. Kein Wunder, daß viele Kollegen und Kolleginnen sich einfanden, um Tolstoi, diesen unerschrockenen Kämpfer für Freiheit und Recht, besonders des niederen Volkes, auch als Pädagogen kennen zu lernen. Auch eine größere Anzahl norddeutscher Rektoren und sogar eine schwedische Frauenrechtlerin, die vom Berliner Frauentongress kam, war anwesend. Nach üblicher Begrüßung der Erschienenen entbot der Vorsitzende besondern herzlichen Willkommengruß den auswärtigen Gästen, welche gelegentlich einer Studienreise auch einen Blick in unser freies Konferenzleben tun wollten, von dem sie hoffentlich einen ebenso guten Eindruck empfangen als von unserm sonstigen Schulbetrieb (Sonderklassen.) Hierauf begann Herr Lacroix mit seinen interessanten Ausführungen.

Die Arbeit großer Männer darf nicht nach ihrem Erfolge allein beurteilt werden; sondern sie ist besonders in der Richtung zu würdigen, in wie weit sie einen Einblick in ihr Denken, Wollen und Fühlen gewährt, in die Mittel und Kräfte, die ihnen zu Gebote standen.

Von diesem Standpunkte aus ist auch Tolstoi zu beurteilen, der durch das Extreme und Paradoxe seiner Behauptungen oft zum Widerspruch reizt. Tolstoi ist bekannt als Kämpfer für vollkommene individuelle Freiheit, und aus dieser Überzeugung heraus erklärt sich sein Kampf gegen jegliche Autorität, sowohl kirchliche als weltliche. Einen Fortschritt anerkennt Tolstoi nicht, sondern er sagt: „Ich sehe wohl Veränderungen, aber keinen Fortschritt.“ Ein solcher ist nur möglich bei vollkommen individueller Freiheit.

Daher anerkennt Tolstoi nur eine Bildung des Intellekts, während er Erziehung, weil die freie Entwidlung des Charakters hemmend, verwirft. Hier stellt sich Tolstoi in direkten Gegensatz zu Kant, der den Menschen als das einzige bildungsbedürftige und bildungsfähige Geschöpf bezeichnet.

Getrieben von seiner geradezu „hysterischen Liebe“ zum Volke und um seine Bildungsprobleme zu erproben, gründete Tolstoi 1849 auf seinem Gute eine Schule, an der er selbst unterrichtete. Die Unterrichtsgegenstände waren ähnlich wie bei uns; doch wurde dem Lesen und Schreiben, als rein mechanischen Tätigkeiten, wenig Bedeutung beigemessen. Von einer Disziplin in unserm Sinn war keine Rede. Der Unterrichts-

beginn war nicht verbindlich. Die Schüler konnten kommen und gehen, wenn sie wollten; ebenso war ihr Verhalten unkontrolliert. Das Interesse des Unterrichts sollte ihre Aufmerksamkeit fesseln. Aber auch der Lehrer war durchaus nicht an den Stundenplan gebunden. Bei Stoffen, welche das Interesse der Schüler besonders gereizt hatten, konnten zwei und drei Stunden verweilt werden. Die Neigungen des Schülers sollten dem Unterrichtenden Leitstern sein. Eine solche Aufgabe durfte sich eine Persönlichkeit, wie Tolstoi sie verkörpert, wohl stellen.

Im Sommer traten Ausflüge anstelle des Unterrichts. Bemerkenswert ist die Beobachtung Tolstois, daß die bibl. Erzählungen des A. T. die größte Anziehungskraft auf die Kinder ausübten. Einer Hauptpflege erfreute sich die Wiedergabe selbsterlebter Ereignisse, die T. ob ihrer oft treffenden, naturgetreuen Wahrheit in das höchste Entzücken versetzten.

Bei einer Reise durch Deutschland in den fünfziger Jahren lernte T. Diefenweg u. a. Pädagogen kennen. Hier suchte er das deutsche Schulwesen zu studieren; aber er zeigt sich nicht befriedigt davon. Er hofft, daß sein Vaterland auf diesem Gebiet einmal Besseres leisten werde, da die Fehler des deutschen Schulwesens vermieden werden sollten. Im ganzen gründete T. etwa 12 Schulen, über deren Entwicklung und heutigen Stand die Quellen leider keine Angaben enthalten.

Nach einer kurzen Diskussion dankte der Vorsitzende dem Referenten und äußerte den Wunsch, Herr Lacroix möge seinen Vortrag in einer Schulzeitung veröffentlichen, welchem Wunsch die Konferenzteilnehmer lebhaft zustimmten. Es war ein anregender Abend.

Konferenz Ladenburg. Der am 2. ds. Mts. stattgehabten Konferenz wohnten — da gerade Vorstandssitzung des Witwen- und Waisenhilfes war — auch Landtagsabgeordneter Jhrig und Kreisvertreter Ehinger an. Auf Anregung des Konferenzvorsitzenden besprach Jhrig die Landtagsverhandlungen, das Erreichte, unsere Aussichten und die Wege, die zum Ziele führen sollen.

Einleitend bemerkte Jhrig, „die Lehrer seien bewealich wie die Wellen des Meeres“, also rasch zu begeistern und zu enttäuschen. Darum setzten sie auf die im Landtage eingebrachten Anträge überaus große Hoffnungen. Die pessimistische Auffassung der Sachlage habe aber recht behalten. Greifbares sei nichts erreicht worden. Aber immerhin bedeute es einen großen Fortschritt, daß die Besserstellung der Lehrer allseitig betont und anerkannt worden sei. Es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Regierung dem nächsten Landtage eine Vorlage zur Verbesserung der Lehrergehalte unterbreiten werde.

Vorwürfe, daß jetzt nichts Positives geschehen sei, hätte niemand verdient, weder die Parteien, noch der Oberschulrat und das Ministerium. Jhrig betonte, wie die Abgeordneten uns sehr wohl gesinnt seien, wie der Oberschulrat unsere Angelegenheiten mit Wohlwollen behandle und wie gerade Minister v. Dusch schon Ramhaftes zur Verbesserung unserer Verhältnisse geleistet habe. § 38 sei nach unsern Wünschen abgeändert, die Kirchenaufsicht aufgehoben, die Übergangsbestimmungen seien beseitigt, eine Dienstzulage von 150 M. gewährt worden. Die jetzt sich schwer rächenden Fehler seien früher in finanziell günstigeren Zeiten gemacht worden. Die Lehrer müßten sich nun die allgemein günstige Stimmung zu erhalten suchen. Jhrig tabelte die Taktik des derzeitigen Vereinsvorstandes; diese sei nicht die richtige. Er verlangte mit aller Bestimmtheit, daß die Vereinsleitung mehr Fühlung nach oben nehme.

Kreisvertreter Ehinger bedauert recht sehr, daß die Lehrer „so leicht beweglich“ seien. Das zeige sich auch darin, daß, sobald eine Hoffnung auf Besserstellung vorhanden war, viele Lehrer sich wieder mit der Vorbereitung junger Leute zum Lehrerberuf in umfangreichem Maße abgegeben hätten, anstatt zunächst die tatsächliche Besserstellung abzuwarten; damit wurde der weiteren Vertagung der Gehaltsreform Vorschub geleistet. Mit der Anerkennung der Notwendigkeit unserer Besserstellung sei nichts weiteres getan. Offenbar hätten diesmal Regierung und Volksvertretung versagt. Die Mehrheitsparteien ließen es wie früher an dem nötigen Nachdruck fehlen, den z. B. die heftigen Landstände ihren Worten gegeben haben. In wochenlangem Kampfe hätten diese der Regierung die bessere Skala abgerungen. Angesichts der vielen wohlwollenden Worte und des einfachen Beschlusses auf die Zukunft, der aber bis jetzt nicht das Accept der Regierung erhalten habe, sei dringend vor einer optimistischen Auffassung der Lage zu warnen. Auch in den 80er Jahren hätten wir nur „wohlwollende Freunde“ in der Kammer und bei der Regierung gehabt, Freunde, die uns ohne weiteres in den Beamtengehaltstarif hätten bringen können; sie taten's aber nicht.

Als tief bedauerlich bezeichnete Ehinger die an der Vereinsleitung geübte Jhrig'sche Kritik. Die geübte Taktik sei auf zwei Generalversammlungen als die richtige bezeichnet, von keiner Seite sei auch nur ein Versuch gemacht worden, die Arbeit des Vorstandes in andere Wege zu leiten; sie habe auch noch jederzeit durch die überaus günstige Aufnahme der Petitionen und Denkschriften in den Konferenzen die volle Anerkennung der Lehrer erhalten. Hier müßten die Lehrer zeigen, daß sie nicht „leicht beweglich“ seien, daß sie an der bewährten erfolgreichen Taktik festhalten.

Der Lehrerveteran Eitel, ein sturmerprobter Mann, wies als abschreckendes Beispiel auf die früheren Zeiten des Antichambrierens hin; er hätte früher schon einen energischeren Ton gewünscht. In den letzten Jahren sei gar manches erreicht worden, das aber nur durch das zielbewußte Auftreten der Vereinsleitung, durch die rückhaltlose Aussprache in den Schulzeitungen, besonders der „Neuen Bad. Schulzeitung“*. Eine Fühlung nach oben müßte eben in anderer Weise ausgenützt werden.

Kreisvertreter Ehinger hat Jhrig nach der Konferenz dringend gebeten, im Interesse des Vereins, der Einigkeit der badischen Lehrerschaft von einer solchen Kritik der Vereinsleitung und seines doch so erfolgreichen Vorgehens abzusehen; leider erfolglos.

Die Konferenz Philippsburg hielt am Mittwoch, den 22. Juni in Oberhausen eine Tagung ab, zu der Herr Beirat Rödel-Mannheim eine Einladung angenommen hatte. Die Folge war, daß die Mitglieder der diesseitigen Konferenz vollzählig — bis auf einen dienstlich verhinderten Kollegen — erschienen waren, dazu eine Anzahl lieber Kollegen aus der Nachbarschaft. Auch unser Kreisvertreter, Herr Bränner-Roth, hatte sich eingestellt. Der Vorsitzende begrüßte alle Erschienenen, besonders unsere Ehrengäste Rödel und Bränner und erteilte sofort Herrn Rödel das Wort, der in längerer Ausführung die Lage in überaus sachlicher Weise kennzeichnete. An der Hand der Anträge, der Kommissionsbeschlüsse, der Erklärungen der Gr. Regierung und der Kammerverhandlungen beleuchtete er unsere Hoffnungen, unsere Enttäuschungen und das Erreichte. In letzterer Beziehung betonte er besonders, daß der von der Kommission selbst und von der Kammer verbesserte Beschluß betreffs der Gehaltsfrage ohne Zweifel ein Erfolg sei. 1900 sei zwar von der Volksvertretung auch eine bestimmte Frist bis zur Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarif gesetzt worden, allerdings verknüpft mit der allgemeinen Tarifrevision, nämlich das Jahr 1904, ohne daß die Großh. Regierung diesen Beschlüssen Folge gegeben habe; diesmal seien aber zudem noch durch die Zähigkeit des Herrn Abg. Fröhlich auf die zu bewilligenden Gehaltsätze nach unten begrenzt worden; es sei auch zu erwarten, daß der nun ohne Bedingung gesteckte Termin (1. Jan. 1906) diesmal eingehalten werde. Alles dränge jetzt auf eine Entscheidung. Durch den Beschluß seien die großen Parteien gebunden, und das sei ohne Zweifel ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Das „Unannehmbar“ der Großh. Regierung werde sich durch die feste Haltung der Volkstammer wohl auch noch erweichen lassen. An der Stellungnahme der Parteien gegenüber der Abänderung des § 38, der Aufhebung der Übergangsbestimmungen, der Einreichung in den Gehaltstarif zeigte Redner, wie sehr die Ansichten der ausschlaggebenden Kreise in wenigen Jahren sich geändert, den Verhältnissen angepaßt hätten, wie die konsequente Verfechtung der Lehrerverwünsche, die aufklärende Arbeit in den Petitionen, in Versammlungen und in der Presse manches „Unannehmbar“, „Undurchführbar“, „Unmöglich“ in das Gegenteil umgestimmt haben. Das könne und müsse uns Fingerzeig für die Zukunft sein: in gleichkonsequenter und rückhaltloser Weise wie bisher nach jeder Seite ohne jegliches grundsätzliche Zugeständnis unsere Postulate zu verfechten! Wer ausharrt, wird gekrönt! Unsere Lage könne vielleicht zutreffend mit einer von allen Seiten eingeschlossenen Festung verglichen werden. Viele Arbeit, manchen strategischen Zug habe es erfordert, bis es gelungen sei, die Festung — Gehaltstarif, Reform des Volksschulwesens — zu cernieren; nun müsse mit Ausdauer, mit Konsequenz die Belagerung durchgeführt und auch vor einer event. Beschießung nicht zurückgedreht werden. Die Belagerungsarmee ist der Bad. Lehrerverein, der Kampfplan werde von unserem Programm, den Beschlüssen der Generalversammlungen diktiert. Daran — an Lehrerverein wie an den Beschlüssen — treu festzuhalten, sei unerlässliche Bedingung zum endlichen Sieg. Nur in diesem Zeichen werden wir siegen!

Der rückhaltlose Beifall, der dem Redner während seiner Ausführungen und ganz besonders am Schlusse wurde, darf unserem Herrn Rödel ein Beweis sein, daß die Lehrerschaft fest „in der Lanze“ bleibt, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten willens ist. Ein Kollege, der den Verhandlungen in der 2. Kammer anwohnte, schilderte die Eindrücke, die er auf der Empore bekommen hat; er hob besonders hervor, daß die Reden des Herrn Abg. Fröhlich ohne Zweifel den Höhepunkt der Debatte bildeten, der unsere Angelegenheiten unter den Gesichtspunkt der allgemeinen Volksinteressen gerückt und rückhaltlos gegen Regierung und Parteien seine Ansichten vertreten habe.

Als äußeres Zeichen des unentwegten Festhaltens an unserem Programm, an unseren Führern, wurde unter freudigster Zustimmung aller Anwesenden ein Begrüßungstelegramm an Herrn Obmann Grim abgefaßt. Der Vorsitzende gab sodann namens der Konferenz seiner Befriedigung über den schönen Verlauf der Konferenz Ausdruck und hob besonders auf die unermüdete, zielbewußte, unerschrockene Arbeit des Herrn Rödel ab, die allseitig geschätzt und anerkannt werde; aus vollem Herzen stimmte die Konferenz in das Hoch auf Rödel ein.

* Der im Rubelstand lebende Herr Kollege Eitel wird dem Vereinsorgane wohl schatten müssen, die Form der Interessenvertretung des Lehrerstandes selber zu bestimmen.

In seinem Schlussworte betonte Herr Ködel besonders, wie es unser Bestreben sein müsse, immer mehr den Gedanken in weitere Kreise zu tragen, daß unsere Forderungen nicht Sonderinteressen der Lehrerschaft darstellen, sondern wie sie vor allem das Wohl des Volkes und des ganzen Vaterlandes im Auge hätten. Unter diesen großen Gesichtspunkt müssen wir unsere Wünsche stellen, wie es in der Kammer von Herrn Fröhlich geschehen sei. Lediglich durch das Schildern unserer Notlage, durch Vergleiche können wir das Interesse und die Zustimmung weiter Volkskreise nicht erlangen; wir müssen vielmehr zeigen, daß mit dem Wohle der Schule und der Lehrerschaft das allgemeine, wohlverstandene Interesse des Volkes verknüpft ist.

Auch dieses zündende Abschiedswort des Herrn Ködel wurde lebhaft und herzlichst verdankt. Es trat Johann Frau Rufika in Aktion, um für uns und unsere Frauen und Töchter, die in stattlicher Zahl zugegen waren, die schönen Stunden in harmonischen Akkorden ausklingen zu lassen. — Herrn Ködel auch an dieser Stelle nochmals besten Dank!

Durlach. Zur Stellenbesetzung. Schon oft wurde in dieser Zeitung darüber Klage geführt, daß bei der Wiederbesetzung erledigter Hauptlehrerstellen nicht in dem wünschenswerten Zeitmaß Verfahren würde. Trotzdem die Abstellung dieses Mißstandes auch dem Willen der 2. Kammer entspräche, können wir heute wieder 3 bemerkenswerte Beispiele anführen. Am 10. April d. J. wurden in Brombach (Amt Heidelberg), Eisingen und Duerbach Stellen frei, welche bis jetzt noch nicht einmal ausgeschrieben sind, trotzdem in 3 Berordnungsblättern dazu Gelegenheit gewesen wäre. — Es darf hier sogleich davon abgesehen werden, zu untersuchen, ob dem einen oder andern der derzeitigen Schulverwalter diese Hinauszögerung lieb ist. Aber das muß immer und immer betont werden, daß durch eine solche Verzögerung — bei welcher an den verhältnismäßig wenigen und minderbesoldeten Hauptlehrerstellen noch Geld gespart wird — die unständigen Lehrer geschädigt werden. Und gerade auf evangelischer Seite ist man besonders übel daran; denn dort hat das vom Kammerbericht erstatter angegebene Durchschnittsmaß von 7—8 nichtetatmäßigen Dienstjahren noch lange keine Geltung, da aufgrund zahlenmäßiger Feststellung für 1902 (S. B. Schulz. 1903, Nr. 331) sich überhaupt 9²/₃ Jahre ergaben, während evangelische Lehrer 10 Jahre durchschnittlich brauchten. Mit 7 Dienstjahren wurde auch im vorigen Jahr kein Angehöriger dieses Bekenntnisses etatmäßig angestellt, und letzte Ostern zählten die beiden jüngsten deren bereits 8. Und seither sind ganze 10 Stellen zur Ausschreibung gelangt! „Was ist das für so viele?“, muß man da mit bangem Blick in die Zukunft ausrufen. Unter diesen Umständen ist es nur dringender zu wünschen, daß die bewilligten neuen Stellen recht bald ausgeschrieben und besetzt werden.

Freiburg. In Nr. 27 des Vereinsorgans erschien eine Mitteilung über die Generalversammlung des Reallehrervereins; es dürfte vielleicht angezeigt erscheinen, auch einige Mitteilungen über die an Pfingsten hier stattgefundene Jahresversammlung des Vereins der akademisch gebildeten Lehrer Badens zu machen.

An der Versammlung nahmen die Oberschulräte Dr. v. Sallwürk und Rebmann als Vertreter der Oberschulbehörde teil. Außerdem war vom Direktor des Oberschulrats, Herrn Geh. Rat Dr. Arnspurger, ein herzliches Begrüßungsschreiben eingelaufen, worin er bedauerte, der an ihn ergangenen Einladung nicht Folge leisten zu können. An S. K. H. den Großherzog ging unter freudiger Zustimmung der Anwesenden ein Guldigungsgruß ab, der durch ein Danktelegramm erwidert wurde.

Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ersehen wir, wie rührig der Vorstand im verfloffenen Jahre die Interessen des Vereins und seiner Mitglieder vertreten hat. Der Vorstand steht beständig in Fühlung mit der Oberschulbehörde, welche die einzelnen Forderungen — die akademischen Lehrer haben auch eine Art von Heidelberger Programm — prüft und dem Verein über die Möglichkeit der Erfüllung Nachrichten zukommen läßt. Für das Entgegenkommen der Großschulbehörde sprach der Vorsitzende derselben auch den wärmsten Dank aus.

Die Kammerverhandlungen waren in bezug auf die Mittelschulen bereits beendet, als die Jahresversammlung stattfand. Der Vorsitzende hob hervor, daß dieselben diesmal für den Verein einen erfreulichen Verlauf genommen hätten, und daß es mit besonderer Freude begrüßt werden müßte, daß zum erstenmal Schulmänner von der Regierungsbank aus der Kammer Rede und Antwort fanden. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung wurde den Kollegen im Landtage, besonders aber dem Abg. Oblischer warmer Dank ausgesprochen.

Im Anschlusse an den Kassenbericht, der ein Vermögen von 11340,64 M aufweist, knüpfte der Vorsitzende bezüglich der Unterstützungen an Vereinsmitglieder den Wunsch an, daß Sammlungen unter der Hand — wie sie in letzter Zeit öfters vorgekommen seien — vermieden werden sollten. Erfahrungsgemäß würden dadurch die großen Lehrkörper am stärksten belastet, da vielfach nur sie angegangen werden. Unterstützungen sollten am besten durch die Vereinstafel besorgt werden.

Das Vereinsorgan wurde von über 900 Mitgliedern gehalten, weshalb für dasselbe nur ein Zuschuß von ca. 100 M pro Jahr notwendig wird. Hierin sollten wir uns ein Beispiel nehmen und unser Vereinsorgan ebenso unterstützen. Allerdings ist bei den akademischen Lehrern der Bezug des Vereinsorgans für alle Professoren verbindlich, wofür sie einen Jahresbeitrag von 5 M bezahlten, wogegen die andern Mitglieder nur 2 M Jahresbeitrag zu zahlen haben.

Die Gründung eines Ehrenrates wurde in Erwägung gezogen; zu der Alkoholfrage nahm die Versammlung ebenfalls Stellung, und eine Reihe anderer Fragen, welche uns weniger interessierten, wurden erledigt.

Wir haben die Punkte herausgegriffen, die uns zu denken geben, und von denen wir wünschen, daß sie in unserm Vereine besprochen werden möchten.

Waldshut. Einen gelungenen, allerseits befriedigenden Ausflug, dessen Ziel die Grabstätte unseres Meisters Pestalozzi war, unternahm am 18. Juni die Konferenz Waldshut. — Gegen 40 Kollegen, worunter einige Gäste aus andern Konferenzbezirken, fuhren 8²⁵ in Waldshut ab. Während der Fahrt durchs herrliche Aartal schlossen sich bereits mehrere Schweizer Kollegen, darunter auch der Vorsitzende der Konferenz Brugg uns an, welche letzterer uns versicherte, daß die Kollegen seines Konferenzbezirks die Ankündigung unseres Ausflugs mit großer Begeisterung aufgenommen hätten.

Von Bad Schinznach, wohin die Bahn uns führte, ging der Weg auf die etwas über eine halbe Stunde entfernte Habsburg, von wo aus man einen herrlichen Rundblick genoß. Der Abstieg führte nach Birr, dem Begräbnisort Pestalozzis. Hier hatte sich bereits die Konferenz Brugg zu unserer Begrüßung eingefunden. Nach kurzer Besichtigung der Kirche, wobei uns Herr Amstler-Brugg durch ein meisterhaft gespieltes Orgelpräludium erfreute, traten wir zur Grabstätte, die sich unmittelbar am Schulhause und in nächster Nähe der Kirche befindet. Hier wurde eine kleine Feier veranstaltet, bestehend aus dem Vortrag zweier Lieder und aus einer schwungvollen, markigen Ansprache vonseiten unseres Konferenzvorsitzenden, des Herrn Engesser-Weilheim, welcher im Namen der Waldshuter Lehrerkonferenz einen Kranz am Grabe niederlegte.

Während des Mittagmahles sprach Herr Koller-Billigen als Vorsitzender der Konferenz Brugg die offizielle Begrüßung aus, worauf Herr Engesser dankend erwiderte. Der Ortsgeistliche von Birr sprach von den Mähen und Beschwerden des Lehrerberufs, welche er durch seinen Umgang mit Lehrern und durch Besuch von Schulen kennen gelernt habe. Er betonte, daß nur die Liebe zur Jugend und zum Volke, die unser Vorbild Pestalozzi ja in so hohem Maße besaß, die dem Erzieher nötige Geduld und Ausdauer verleihe.

Von der Station Birrfeld aus fuhr man dann zurück nach Brugg. Herr Rektor Heuberger, Vorsitzender der Aargauischen Lehrervereinigung, hatte die Liebenswürdigkeit, uns noch einige interessante Punkte der Umgebung zu zeigen, so die Gedächtniskirche von Königsfelden, welche prächtige Glasmalereien aus dem 14. Jahrhundert und die Grabdenkmäler und Bildreliefs mehrerer bei Sempach gefallenen österreichischen Ritter enthält; nicht weniger interessant waren auch die bloßgelegten Mauerreste des ehemaligen Amphitheaters Windonissa (Windisch).

Nachdem man dann noch das Begräbnishaus Pestalozzis in Brugg besichtigt hatte, vereinigte man sich zu einem gemüthlichen Trunk im „Roten Haus“, wobei nun der gesangliche und musikalische Teil seine Erledigung fand. Aber auch Reden wurden noch gewechselt, die alle die Befriedigung über den schönen Verlauf ausdrückten. — Von unserer Seite wurde auch der Wunsch geäußert, es möchte vonseiten der Schweizer Kollegen unser Besuch baldmöglichst erwidert und so eine Annäherung der Kollegen diesseits und jenseits des Rheins bewerkstelligt werden, was letztere freudig begrüßten und worauf sie uns für die nächste Zeit einen Besuch in Aussicht stellten.

Wegen des Anschlusses an die in Waldshut abgehenden Züge der auf- und abwärts reisenden Kollegen mußte leider zu früh geschieden werden; doch wird dieser Tag für jeden Lehrer eine unvergeßliche Erinnerung sein als einer der wenigen schönen Augenblicke im Lehrleben, und mancher, der vielleicht in gedrückter Stimmung die Reise antrat, kehrte zurück mit neuer Hoffnung und neuem Mute, den er sich am Grabe des hohen Vorbildes und im Verkehr mit unsern linksrheinischen Freunden geholt hatte.

Unsere linksrheinischen Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu: „Auf baldiges fröhliches Wiedersehen!“

Aus dem Kraichgau. Einen interessanten Beitrag zum Kapitel „Technische Befugnisse der Ortschulbehörde“ leistet nachstehendes „Leumundzeugnis“ welches dieser Tage einem Unterlehrer auf sein Ansuchen für den Militärdienst ausgestellt wurde und welches wir ohne jeden Kommentar im Wortlaute mitteilen:

„Leumundzeugnis.“

Dem Herrn Unterlehrer R. R., welcher seit 20. Oktober 1903 an der hiesigen Volksschule angestellt ist, wird hiermit bezeugt, daß über seine Lehrtätigkeit und sein Verhalten in der Schule Nichts be-

kannt ist und auf Beschwerden von Seiten Eltern von Schülern auf Vorladung aufs Rathaus zur gütlichen Vergleichung von Beschwerden nicht erscheint, vielmehr erklärt, die Leute sollen nach R. (Nuntsstadt) gehen. Aber sein Verhalten außer der Schulzeit ist nichts Nachtheiliges bekannt.

N., den 27. Januar 1904.

Bürgermeisteramt: N. N."

Karlsruher Versorgungsanstalt Im I. Halbjahr 1904 sind mit badischen Volksschullehrern weitere Versicherungen in Höhe von 132 000 M bei unserer Anstalt zum Abschluß gelangt, woraus dem Badischen Lehrer-Witwen- und Waisenstift die vertragsmäßige Vergütung von 4 % zukommt mit 528 M — S

Ferner erhält das genannte Stift für den gleichen Zeitraum die von uns freiwillig ohne vertragsmäßige Verpflichtung zugestandene Vergütung aus solchen Versicherungen, welche durch badische Lehrer aus anderen Berufskreisen uns zugeführt wurden, d. i. aus 667 500 M zu 1/2 % mit 333 M 75 S

Hieron geht ab für durch Nichtzahlung der Prämie des ersten Versicherungsjahres erloschene Versicherungen 2 M 29 S
sodasß verbleiben 331 M 46 S

Im ganzen sind somit 859 M 46 S zu vergüten, welche wir gleichzeitig dem Rechner des Witwen- und Waisenstiftes, Herrn Hauptlehrer B. Bock in Feudenheim unter Befanntschaft der Zahlung an den Vorsitzenden Herrn Hauptlehrer Albert Ehinger in Mannheim abliefern.

Seit Abschluß der Vereinbarung vom August 1877 sind mit badischen Volksschullehrern nunmehr Versicherungen in Höhe von 7732925 M abgeschlossen worden, woraus dem Witwen- und Waisenstift als Vergütung zu 4 % 30843 M 69 S zugeslossen sind. Hierzu kommt noch die freiwillig von uns gewährte Weitervergütung aus den seit Juni 1881 durch badische Lehrer (unsere Anstaltsvertreter) aus anderen Berufskreisen uns zugeführten Versicherungen über zusammen 23064946 M Kapital zu 1/2 % = 11,454 M 83 S. Hiernach hat das Witwen- und Waisenstift bis jetzt im Ganzen 42298 M 52 S von unserer Anstalt erhalten.

Wir empfehlen die Versorgungsanstalt den Lehrern auf das beste.

Aus Baden. Wie aus dem württ. Staatsanzeiger zu ersehen ist, wurde dem Hospianofabrikanten Carl A. Pfeiffer in Stuttgart, eine in unseren Lehrerkreisen wohlbekannte Persönlichkeit, in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet des Klavierbaues das Ritterkreuz 1. Klasse des Friedrichsordens vom König von Württemberg verliehen. Nachdem Herr Pfeiffer schon vor zwei Jahren mit der goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft geehrt wurde, kann man diesen neuen Erfolg nur begrüßen und die unermüdete Tätigkeit des Genannten hochschätzen.

Aus dem Oberlande. Ein für sämtliche Lehrer und Erzieher ebenso gediegenes wie brauchbares Werkchen erschien in II. Auflage auf dem Büchermarkt betitelt „Erklärungen deutscher Sprichwörter“ verfaßt von Fr. Huber, einem früheren Kollegen, jetzt Professor an der Realschule in Kenzingen. Das Büchlein ist, wie der Verfasser sagt, wirklich ein Beitrag zur Belebung des deutschen Unterrichts an Volks- und Mittelschulen.

Der Verfasser des inhaltreichen Werkchens ist ein guter Pädagoge und erfahrener Schulmann. Von dem Grundsatze ausgehend, daß gerade durch eingehendere Behandlung der Sprichwörter in der Schule als wie bisher sich Lebensregeln dem Gedächtnisse am meisten einprägen, indem sich durch ihre Bewertung un schwer auf das Herz und den Willen der Kinder einwirken läßt, behandelt der Verfasser 84 Sprichwörter und benützt mit bewundernswertem Geschick die Gelegenheit, ohne breites Moralisieren, edle Tugenden in der Menschenseele wachzuerufen und damit mahnend vor dem Gegenteil abzuwarnen.

Welcher Gediegenheit sich das Werkchen erfreut mag auch daraus hervorgehen, daß dasselbe in kurzer Zeit schon die II. Auflage nötig hatte. Die Lehrerschaft dreier großen Städte Badens machte Bestellung auf das Büchlein und zwar Pforzheim mit 82, Mannheim mit 153 und Karlsruhe mit 160 Exemplaren. Verschiedene Lehrer bestellten dasselbe auf Rechnung der Gemeindefassen, um es der Bibliothek der Schule einzuverleiben, was ich sämtlichen Lehrern zur Nachahmung empfehlen möchte.

Der äußerst billige Preis von 50 S pro Exemplar ermöglicht leicht die Beschaffung. Bei Abnahme von mindestens 15 Stück erhält man dasselbe zu 40 S aus dem Selbstverlag des Verfassers.

Wetz. Auf dem Lothringischen Lehrertag kam es zu einem Zwischenfall. Als Lehrer Mayer in Dieuze beantragte, der Lehrerverein solle sich um eine Neuordnung der Organisationsfrage an den Bischof wenden, erhob Seminar direktor Schulrat Ehrenbomherr Nigetied in Wetz mit Rücksicht auf den interkonfessionellen Charakter des Vereins hiergegen Widerspruch; das Recht sich an den Bischof zu wenden, stehe allein Katholiken zu. Als trotzdem der Antrag Mayer angenommen

wurde, verließ Schulrat Nigetied den Saal, worauf die Versammlung, der auch Vertreter der Regierung beiwohnten, mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen wurde.

Die Aufwendungen für die öffentlichen Volksschulen betragen im Deutschen Reich nach den Angaben des neuesten „Statist. Jahrbuches für das Deutsche Reich“ insgesamt 415 198 000 M. Von dieser Summe werden aus Staatsmitteln gedeckt 120 357 000 M.

Für Preußen ergibt sich folgende Übersicht:

	1901	überhaupt	davon aus Staatsmitteln
Königreich Preußen	269 917 000	73 066 000	
Ostpreußen	13 376 000	6 616 000	
Westpreußen	10 388 000	4 554 000	
Berlin	20 076 000	602 000	
Brandenburg	23 297 000	5 778 000	
Pommern	11 753 000	5 132 000	
Posen	12 129 000	6 339 000	
Schlesien	31 488 000	9 741 000	
Sachsen	20 102 000	5 561 000	
Schleswig-Holstein	12 778 000	3 315 000	
Hannover	20 680 000	6 154 000	
Westfalen	26 927 000	5 128 000	
Hessen-Nassau	17 528 000	4 188 000	
Rheinland	48 774 000	9 726 000	
Hohenzollern	621 000	232 000	

Wir haben, so schreibt die „Voss. Ztg.“, aus diesen Zahlen berechnet, wie groß sich der Anteil des Staates an den Volksschullasten in Prozenten stellt. Danach trug der Staat Ausgaben im Deutschen Reich 28,98 % in Schlesien 30,93 %
in Königreich Preußen 27,06 % in Sachsen 27,66 %
in Ostpreußen 49,45 % in Schleswig-Holstein 25,94 %
in Westpreußen 43,84 % in Hannover 29,75 %
in Berlin 2,99 % in Westfalen 19,04 %
in Brandenburg 24,80 % in Hessen-Nassau 23,89 %
in Pommern 43,66 % in Rheinland 19,94 %
in Posen 52,26 % in Hohenzollern 37,35 %

Aus dieser Tabelle ergibt sich zunächst ohne weiteres, daß in den anderen Bundesstaaten ein größerer Teil der Schullasten vom Staate getragen wird als in Preußen. In Preußen sind es 27,06 % aller Schullasten, von den engeren Bundesstaaten dagegen 32,55 %.

Gegen die Hamburger Kunstbestrebungen sprach jüngst B. Blüthgen in einem Vortrage im Berliner Rektorenverein. Er wandte sich mit allem Nachdruck gegen das Wolgastische Buch: Das Wolgastische Programm nannte er „ein Wolkenkuckucksheim aus falschen Voraussetzungen und Übertreibungen.“ Nach seiner Meinung treibt Hr. Wolgast geradezu groben Unfug mit der Art, wie er die Begriffe Unterhaltungsliteratur und ästhetische Literatur gegeneinander ausspielt. Zu der Ansicht Wolgasts, das echte Kunstwerk schließe die Tendenz aus, bemerkt Blüthgen: Wenn etwas ein Produkt der Überkultur ist, so ist es diese laienhafte Überschätzung der formalen Seite der Kunst.“ Gegen den Schluß seines Vortrages heißt es: „Dr. Wolgast ist an so vielen andern Stellen noch nicht ganz seiner Ansicht.“ Am konsequentesten bleibt er in seiner Verabschieuung des Hurratriotismus und der Begriffe gut und böse. Nur keinen Überschwang, keinen Überpatriotismus, keine kriegerische Stimmung, kein sittliches Pathos . . . leid tun mir unsere Jungen und Mädchen, meine Herren, mit ihrem göttlichen Kraftüberschuß, der in die Zwangsjacke der ästhetischen Pfefferjacke-Hamburgerei gespannt werden soll, damit sie beizeiten ästhetische Genußmenschen und Feinschmecker werden.“ Am Schluß sagt Blüthgen, daß das wirkliche Heil nicht von Hamburg kommt — trotz der zuverlässlichen Mienen und äußerlichen Scheinerfolge. — Seine ersten Leitsätze lauten: 1. Die Jugendschrift als Unterhaltungsmittel und nur anschlussweise auch als Erziehungsmittel zu behandeln, keinesfalls ausschließlich als ästhetisches Erziehungsmittel. 2. Die Jugendschrift in dichterischer Form soll auch ästhetischen Wert haben. Daraus zu folgern, daß es keine spezifische Jugenddichtung geben dürfe, ist trotz Sturm unberechtigt; das Kind hat im Gegenteil ein Recht auf spezifische Jugendliteratur. Damit fallen auch die Gründe fort, der Jugend die Privatlektüre bis zum zwölften Jahre vorzuenthalten.“ — B. Blüthgen hat in seinem Artikel in den „Deutschen Monatsheften“ offen ausgesprochen, daß er als Jugendschriftsteller und Mit-Herausgeber der „Deutschen Jugend“ in gewissem Sinne Partei ist.

Von der Reisebuch-Kommission des Deutschen Lehrervereins mit der Auskunftsstelle für reiseflustige Kollegen betraut, mache ich den Seefahrern bekannt, daß die Deutsche Levante-Linie (Lissabon, Gibraltar, Algier, Alexandrien, Piräus, Konstantinopel, Odessa) 10%, die Nordsee-Linie (Hamburg-Friesische Inseln) zirka 15% Ermäßigung für Fahrt und Verpflegung den Lehrern mit Angehörigen gewähren. Weitere Vergünstigungen werden durch die Schulzeitung bekannt gegeben. Nähere Auskunft und Übersendung des bezüglichen Fahrplans erfolgt umgehend nach übersandter Rückmarke durch Kollege Schulz-Keula (Schl.).

Totentafel.

Joseph Schäfer †.

Am 18. Juni d. J. stand auf dem schön gelegenen neuen Friedhofe in Ettlingen eine zahlreiche Trauerversammlung um das Grab eines Mannes, den die unerbittliche, kalte Hand des Todes in der Blüte der Jahre dahingerafft hatte. Es galt, der irdischen Hülle des verstorbenen Hauptlehrers Joseph Schäfer von Rauenberg, Amt Wiesloch, die letzte Ehre zu erweisen.

Joseph Schäfer war geboren am 27. März 1872 in Ilmspan, Amt Tauberbischofsheim. Zu seiner Ausbildung besuchte er die Präparandenschule Tauberbischofsheim und das Seminar Ettlingen, welches er 1891 recipierte. Zunächst fand er Anstellung als unständiger Lehrer in Kirrlach, Amt Bruchsal. Hierauf wurde er als Unterlehrer an die Seminarübungsschule Ettlingen berufen, wo er 7 Jahre lang pflichtgetreu wirkte. Im Jahre 1900 wurde ihm die Hauptlehrerstelle in Rauenberg übertragen, die er nur so kurze Zeit inne haben sollte. Eine tödliche Krankheit (Rückenmarkstuberkulose) überfiel ihn zu Anfang d. J., und nach schwerem Leiden verstarb er am 16. Juni im Akademischen Krankenhaus zu Heidelberg. Seine junge Witwe, mit welcher er nur kurze Zeit in glücklichster Ehe lebte, liess die Leiche nach Ettlingen, ihrem Heimatsorte und dem langjährigen Wirkungskreise des Dahingeschiedenen, verbringen. Das zahlreiche Leichenbegängnis und die Tränen in den Augen seiner ehemaligen Schüler bewiesen, welcher Wertschätzung und Hochachtung sich der Verewigte erfreute. Herr Stadtpfarrer Dekan Albert hielt eine ergreifende Trauerrede. Seine Kollegen vom Bezirk Wiesloch und Ettlingen legten Trauerkränze am offenen Grabe nieder, ebenso die Gemeindeverwaltung Rauenberg, der Liederkranz Rauenberg und seine ehemaligen Schüler. Die Ettlinger Kollegen sangen ihrem dahingeschiedenen, langjährigen Freunde und Amtsbruder den letzten Scheidegruss ins Grab. —

Ein hochbegabter, pflichttreuer Lehrer, der ganz in seinem Berufe aufging, ist mit dem Verewigten ins Grab gestiegen. Für alles Schöne und Edle hatte er Verständnis und für alles Hohe und Erhabene glühte sein Herz. Ruhe in Frieden entschlafener Freund und Amtsbruder! Kurz war dein Leben, aber treu deine Arbeit! Wir alle, die dich kannten, werden dir ein treues Andenken bewahren!

Roth.

L. Brünner.

An die verehrl. Leser der Badischen Schulzeitung.

Die verehrl. Leser der Badischen Schulzeitung ersuche ich freundlichst, alle Kollegen und Kolleginnen, welche das Vereinsorgan nicht halten, auf die in Nr. 26 und 27 enthaltene Petition an die Hohe Generalsynode gütigst aufmerksam machen zu wollen. Auch die Unterschriften einzelner Kollegen und Kolleginnen werden gerne entgegen genommen.

Mit Dank und koll. Gruss

Heidelberg, den 5. Juli 1904.

G. Herrigel.

Seminar I. 1879—1904.

Sämtliche Kursgenossen haben zu unserer grössten Freude ihr Erscheinen zu unserer Jubiläumsfeier zugesagt. Dieselbe wird also am

23. und 24. Juli d. J. in Karlsruhe

(Hotel-Restaurant Tannhäuser) stattfinden. Näheres durch Zirkular. Auf Wiedersehen!

Th. Reinfurth.

M. Rödel.

K. Welk.

Leitsätze

zu der

X. Oberrheinischen (14. badische) Turnlehrerversammlung zu Bruchsal am 16. Juli 1904

für den Vortrag: „Rückblick und Ausblick auf das badische Schulturnen.“

Die 10. oberrheinische Turnlehrerversammlung ist der Überzeugung, dass das badische Schulturnen bezüglich der Methode, der Auswahl des Lehrstoffes und der Verteilung desselben auf die einzelnen Schuljahre, eine hervorragende Stellung im Turnwesen der deutschen Staaten einnimmt. Um aber das Bestehende zu erhalten, den modernen Anforderungen entsprechend weiter auszugestalten und möglichst allen Volkskreisen zugänglich zu machen, hält die Versammlung folgende Massnahmen für geboten:

1. An den Seminarien ist der Turnunterricht einem Fachmanne zu übertragen, der befähigt ist, die Seminaristen im Knaben- und Mädchenturnen zu unterrichten und die obersten Kurse in die Methode des Turnunterrichtes einzuführen. Derselbe sollte, wenn möglich, definitiv an der Anstalt angestellt sein.

2. Dem Turnunterricht sind im Seminarlehrplan für jeden Kurs wöchentlich drei Stunden einzuräumen, von denen eine Stunde für das Mädchenturnen zu verwenden ist.

Im Lehrerinnenseminar und in den anderen Anstalten die für das Lehrerinnenexamen vorzubereiten, sollte jeder Kurs wöchentlich wenigstens zwei Turnstunden erhalten und der oberste Kurs sollte auch in die Methode des T.-U. eingeführt werden.

3. Für die grösseren Mittelschulen sind Fachlehrer auszubilden, die mindestens zur Hälfte Turnunterricht, in den übrigen Stunden anderen Unterricht zu erteilen haben. Sie sind in Rang und Gehalt den Real-, Zeichen- und Musiklehrern gleichzustellen.

4. Um die Fortschritte auf dem Gebiete der Leibesübungen kennen zu lernen, sowie zur Befestigung und Weiterbildung in Theorie und Praxis sind Turnkurse notwendig; zu denselben sollten jedoch hauptsächlich solche Lehrer und Lehrerinnen einberufen werden, die voraussichtlich längere Zeit Turnunterricht zu erteilen haben.

5. Wenn der Turnunterricht seinen erzieherischen und hygienischen Zweck erfüllen soll, muss er den übrigen Unterrichtsfächern gleichgestellt sein. Daher haben Schulumtskandidaten und -Kandidatinnen bei der Abgangs- und Dienstprüfung ihre Befähigung auch zur Erteilung dieses Faches nachzuweisen.

Überstunden sind wie andere Unterrichtsstunden zu vergüten.

6. In Städten und grösseren Landgemeinden ist die Erbauung von Turnhallen und die Errichtung von Turn- und Spielplätzen zu fördern. Die Verordnung vom 19. Juni 1876, in welcher die für den Turnplatz anzuschaffenden Geräte vorgeschrieben sind, ist durch eine neue, den jetzigen Verhältnissen entsprechende, zu ersetzen.

7. An den Mittel- und Volksschulen sind in angemessenen Zwischenräumen Besichtigungen durch einen Fachmann vorzunehmen, deren Ergebnis der vorgesetzten Behörde mitzuteilen ist.

Personalnachrichten.

1. Befördert bzw. ernannt:

Mai, Adolf, Unterl. in Siegelbach, wird Hauptl. in Höpflingen A. Buchen. Bischoff, Leopold, Kullmann, Eugen, Martus, Otto, Mayer, Wilhelm, Müssig, Friedrich, Pfenning, Franz, Rosenthal, Berthold, Roser, Heinar, Weber, Adolf, Winter, Otto, Unterl. in Mannheim, werden Hauptl. daselbst.

2. Versetzt:

a. Hauptlehrer:

Buselmeier, Fritz, von St. Leon nach Mannheim. Höflich, Karl, von Lampenhain nach Mannheim. Schultheiss, Emil, von Stühlingen nach Mannheim. Streckfuss, Eugen, von Gochsheim nach Mannheim. Winter, Max, von Gommersdorf nach Mannheim. Zutavern, Aug., von Ittlingen nach Mannheim.

b. Unständige Lehrer:

Eberenz, Ludwig, Schulverw., von Grünsfeldhausen nach Glashofen, A. Buchen. Gabriel, Fritz, Unterl. in Dürrn, als Hilfsl. nach Brombach, A. Lörrach. Hunn, Karl, Unterl. in Moos, als Hilfsl. nach Ebersteinburg, A. Baden. Hupfer, Alma, Schulk., als Hilfsl. nach Rheinsheim, A. Bruchsal. Mangold, Kamill, Unterl., von Schollbrunn nach Lörrach. Schöttle, Anton, Hilfsl., von Kleinlaufenburg nach Hutten, A. Säckingen. Zipperlin, Frida, Schulk., als Unterl. nach Söllingen, A. Rastatt. Strigel, Bernhard, Hilfsl., von Griesbach nach Schiftung, A. Baden, unter Zurücknahme der Anweisung nach Mörsch. Vogel, Josef, Lehrer am Institut Schwarz in Mannheim, als Unterl. nach Mörsch, A. Ettlingen, unter Zurücknahme der Anweisung nach Schiftung.

3. In Ruhestand tritt:

Ambos, Karl, Hauptl. in Freiburg.

Briefkasten.

S. in H. Wende Dich sogleich an die Direktion des Lehrerinnenseminars »Prinzess Wilhelm-Stift« in Karlsruhe und bitte um Prospekt. Herzl. Gruss. —

D. in S. Ja, gegen die vorgeschriebene Entlohnung.

O. K. in Sch. Besten Dank für die Sendung. Prospekt für die Ferienkurse haben Sie wohl erhalten? Gruss.

K. in B. Siehe Briefkasten in No. 11 d. J.

N. in D. Das Weissen der Wände und Decken ist nicht mehr Sache des Wohnungsinhabers. — Der erste Lehrer hat die Schulgeldeinzugsliste zu besorgen ohne Entschädigung.

An X. Wenn Sie zur Teilnahme am Ferienkurs Urlaub notwendig haben, so wenden Sie sich an den Oberschulrat. Eine Bekanntmachung darüber ist noch nicht veröffentlicht.

Vereinstage.

Achern. Samstag, 16. d. M., nachm. 1/3 Uhr freie Konferenz im bekannten Lokal. T.-O.: 1. Interessanter Vortrag eines Afrikaners über Afrika. 2. Diskussion über den Vortrag des Herrn Ruf. 3. Einzug der Beiträge für Pestalozzverein und Witwen- und Waisen-Stift. Zu zahlr. Besuch ladet ein Weizenecker.

Bühl. Samstag, den 16. Juli, nachmittags 1/4 Uhr, freie Konferenz im »Schützen« in Bühl. T.-O.: 1. Einzug der Beiträge zum Pestalozzverein und zum Witwen- und Waisenstift. 2. Besprechung des Klinkelin'schen Gutachtens über die geplante Statutenänderung im Pestalozzverein. (Ref. Herr Vogelbacher in Oberweiler.) 3. Vortrag des Herrn Kollegen Grimm in Lauf. 4. Verschiedenes. Um zahlreiche Beteiligung bittet Rudolf.

Donauessingen. Samstag, 16. Juli, nachmittags 3 Uhr, Konferenz im »Lamm« zu Donauessingen. T.-O. 1. Vortrag des Herrn Zumbach in Oberbaldingen über »Gehirn und Seele« 2. Die Volksschule vor dem Landtag. 3. Fällige Beiträge (Pestalozzverein, W. und W.-Stift, Lehrerverein, Lesekasse.) 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet H. Bender.

Eppingen. Samstag, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im »Engel« zu Eppingen. T.-O. 1. Bezirksbibliothek. 2. Einzug der fälligen Beiträge. 3. Verschiedenes. Dressler.

Emmendingen. Samstag, 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, im »Dreikönig« in Emmendingen Zusammenkunft. T.-O. 1. Vortrag: Die Beerenweinbereitung. (Heckmann in Sexau.) 2. Die Herrigel'sche Petition an die Generalsynode. 3. Einzug der Lehrervereins-, der Pestalozzi- und Witwen- und Waisenstift-Beiträge. 4. Verschiedenes. Zahlreichem Besuch sieht entgegen. Der Vorsitzende.

Gengenbach. Samstag, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz in der Brauerei Bertsch. T.-O.: 1. »Lehrervorbildung und anschließend der neue Lehrplan«. 2. Beiträge für Pestalozzverein und Waisenstift. 3. Standesangelegenheiten. Zähle.

Kehl. Samstag, 16. Juli, nachm. 3 Uhr, in der »Walhalla« in Kehl Konferenz. T.-O.: 1. Antrag Herrigel, den ev. Religionsunterricht betr. 2. Einzug der Beiträge für den Pestalozzverein. 3. Einzug der Lesevereinsbeiträge für 1904. Hierzu ladet die Herren Kollegen freundlichst ein Fahrer.

Kandern. Samstag, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im Gasthaus zur »Blume« dahier. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der Beiträge des Pestalozzvereins. 3. Verschiedenes. Zahlreichem Besuch sieht entgegen Walter.

Neckarbischofsheim. Samstag, den 16. Juli, nachm. 1/3 Uhr, Konferenz im bekannten Lokal in Neckarbischofsheim. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Kreisvertreters Klein: »Eindrücke von der Pfingstreise nach Königsberg.« 2. Standesfragen. 3. Einzug der Beiträge zum Witwen- und Waisenstift, Lese- u. Pestalozzverein. 4. Umtausch der Bibliotheksbücher. Kling.

Neckargemünd. Samstag, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr, findet Konferenz im »Prinz Karl« zu Neckargemünd statt. T.-O.: 1. Vortrag: »Der Schönschreibunterricht in der Volksschule.« 2. Einzug der fälligen Beiträge für die versch. Vereine. 3. Verschiedenes. Es ladet zu vollzähligem Besuche ein Der Vors.

Rheinbischofsheim. Samstag, den 16. Juli, nachm. 1/2 3 Uhr, freie Konferenz im Gasthaus z. Blume in Lichtenau. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der Beiträge für den Pestalozzverein, den Lehrerverein und den Leseverein. Um vollzähliges Erscheinen der Herren Kollegen mit den werten Damen bittet Der Vors.

Weinheim. Samstag, den 16. Juli, nachm. halb 3 Uhr, Konferenz im bekannten Lokale. T.-O.: 1. Zu den Landtagsverhandlungen. 2. Einzug fälliger Beiträge. 3. Vorlage der Lesevereinsrechnung und Vorschläge für Neuanschaffungen. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Versicherte Summe: 516 Millionen Mark.

Gesamtvermögen: 180 Millionen Mark.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein.

Dem Lehrer-Witwen und Waisenstift wurden bisher 41 500 Mk. überwiesen.

Gegen Monatsraten von Mk. 3 an:

Reichhaltiger Katalog gratis und franko.

Uhren, Regulateure, Gold- und Silberwaren.

Versilberte Metallwaren, Bronze und Kunstgusswaren.

Goldene Brillen und Pincenez, Theater- und Reisegläser,

Fernrohre, Mikroskope und optische Artikel.

Barometer, Thermometer, Reisszeuge. — Lampen, Kunstlicht-

drucke, Luxusmöbel, Petroleumöfen, mechanische, elektrotech-

nische und physikalische Apparate, Werkzeugkästen und Schränke,

Brenn- und Kerbschnittapparate.

Musikwerke und Instrumente, Waffen, Kinder- und

Sportwagen, Kinderstühle, Näh- und Wringmaschinen,

Rasier-Necessaire, Spielwaren etc.

Versandhaus F. W. Thiele, jetzt Berlin S. W.

Hornstr. 17/6.

Schultafelfarbe

tiefschwarze, matte, jahrelang haltbare Schreib-

fläche bietend

1 Ko. Mk. 4.—; 5 Ko. Mk. 18.— franko gegen

Nachnahme.

Wandtafelabrik Gebr. Streil, Wurzen M.

PIANOS von M. 350 an **HARMONIUMS** von M. 30 an

Höchster Rabatt Kleinste Raten 20jähr. Garantie. Pianos u. Harmoniums zu vermieten; bei Kauf Abzug der Miete. — Illustr. Kataloge gratis-frei.

Spec.: PIANOS mit bis jetzt unerreicht guter Stimmhaltung! (Pat. Rad.)

Wilh. Rudolph, Giessen gegr. 1851.

Wir empfehlen:



Zurnstäbe

aus Eisen,

fein schwarz lackiert, mit abgerundeten Enden

1 m lang ca. 1 1/2 kg schwer per Stück M 1.25

Bühl, Baden. Akt.-Gesellsch. Konkordia.

Berlinische

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

(Alte Berlinische, gegründet 1836.)

Ältestes preussisches Institut dieser Art.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein seit 1877

wodurch dem Lehrer-Witwen- und Waisenstift alljährlich von den Neu-

versicherungen bedeutende Bonifikationen zugeführt werden können.

Kostenlose Auskunft durch

Die Generalagentur: **J. Moosbrugger,**

Karlsruhe i. Baden, Parkstr. 27.

Wir empfehlen:

Formulare für Vertragsabschlüsse

mit Personen, denen seitens der Gemeindeverwaltung die

Reinigung der Schullokale übertragen wird.

Preis pro Stück 10 S.

Den Herren Ratschreibern dürfte mit diesen

formularen ein gut Stück Arbeit abgenommen sein.

Bühl.

Konkordia.

Übermals eingetroffen:
Waggonladung Pianinos.

Außerst preiswerte Instrumente zu M 450.— bis M 550.— in modernen Stilausführungen. Trotz des billigen Preises können die Instrumente in jeder Beziehung sowohl auf Tonschönheit, Sauberkeit der Arbeit und Haltbarkeit empfohlen werden. Bequeme Zahlungsweise.

Musikhaus Carl Ruckmich,
 Großh. Bad. Hoflieferant Freiburg i. B.

Haftpflicht!

Die Notwendigkeit sich gegen Haftpflichtansprüche zu versichern, wird immer mehr anerkannt und halte ich mich zum Abschluß von **Haftpflichtversicherungen für die Herren Lehrer** bestens empfohlen.

Ebenso auch für Unfallversicherungen gegen mäßige feste Prämien. Prospekte und Antragsformulare stehen gerne zu Diensten.

General-Agent Hölzle
 Karlsruhe, Durlacher-Allee 26.

Hack & Co., Karlsruhe,

Kaiserstrasse 138 (neben Moninger).

Bezugsquelle ersten Ranges für **Pianos, Harmoniums und Musikwerke** jeder Art zu billigsten Preisen. — Stimmen und Reparieren. Eigene Werkstätte. — Zahlungserleichterungen.
 * * Gespielte Pianos, Flügel und Tafelklaviere * * stets auf Lager.

Den Herren Lehrern bei Selbstbedarf oder bei Vermittlung das übliche Entgegenkommen.

Kein Staub mehr

in geschlossenen Räumen nach Anwendung des vollständig geruchlosen **Fussbodenöls Dustless.**

Höchste Auszeichnungen. Von vielen Regierungen und dem Großh. Bad. Oberschulrat empfohlen. Anstrich pro qm 3—6 S. In tausenden Schulen, Bureau, Läden, Heilstätten etc. seit Jahren in Anwendung. Nur zu beziehen durch **R. Doonoh in Bensheim** (Hessen).

Zur gefäll. Richtigstellung!

Hierdurch teile ich meiner hochgeschätzten Kundschaft mit, daß mein **Musik-Verband-Geschäft** (trotz Verlagsverkauf) nach wie vor weiterbesteht. Alle Lieferungen in **Chören, Humoristika, Theaterstücken** werden mit den bekannten Vergünstigungen weiter geliefert.

Schnellste Besorgung aller Musikalien, auch ohne Komponistenangabe

Rob. Neumann, Pforzheim,
 Verlag des Bad. Schul-Liederbuches, Instrumenten- und Saitenhandlung.

Hafnerg. 4.

Pianino

erst 6 Monate gespielt, — Uebel & Leichter — zu nur 480 M., unter üblicher Garantie zu verkaufen.
A. M. Lang, Rastatt.



Violin

sowie alle anderen Musikinstrumente, deren Bestandteile und Saiten kaufen die Herren Lehrer am vorteilhaftesten v. der **Voigtländischen Musik-Instrumentenfabrik**

Herm. Dölling jr.

Markenkirchen 1 S. No. 548

Spezialität: Beste Schul- u. komplette Schülerviolenen, eigenes Fabrikat. Reparaturen vorzüglichst und billigst. Kataloge gratis und franko. Ansehenssendungen u. Teilzahlungen bereitwilligst.

Schüler-Trommeln und Pfeifen zu Vorzugspreisen.

Amerik. Harmoniums fein u. billigst.

Im Selbstverlag des Komponisten (Sasbach, Achern) erschienen:
L. Haupt. Missa i. h. S. Franc. Xaverii. Leichte 4stimmige Messe für gemischten Chor. Partitur 1.20 M. 4 Stimmen 1 M.

Fähnenschwur.

Männerchor. Für jede Fahneneiweh geeignet. Partitur 80 S., 4 Stimmen 60 S.

Möbel-Fabrik

von **H. F. Rothweiler, Karlsruhe,**
 37 Amalienstraße 37

empfiehlt sich bei Bedarf von Möbeln im einfachen und modernen Stil, sowie ganze Ausstatter zu sehr mäßigen Preisen, prompte Bedienung, günstige Zahlungsbedingungen. Ratenszahlungen nach Uebereinkunft. Kostenüberschläge ohne Verbindlichkeit.

Streng rechte und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150,000 Familien im Gebrauche!

Gänsefedern,

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Reinigung garantiert! Preiswerte Bettfedern der Fd. für 0,80; 1 Mark; 1,40. Prima Halbdaunen 1,60; 1,80. Polarfedern: Halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Echt chinesische Ganzdaunen 2,50. Polar-daunen 3; 4; 5 Mark. Jede beliebige Pfundzahl jollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

in Herford W
Pecher & Co. No. 2146.

in Bessfaleu.
 Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislagen für Federproben erwünscht!

20 der gebräuchl. kirchl.

Festgesänge

für Landchöre von J. Diebold.
 Part. M 1.50. Stim. à 25 S.
 Bühl. Konkordia.

Deutsche Nähmaschinen

den amerikanischen überlegen! M 20.— bis M 30.— billiger kaufen Sie am besten von

Aug. Mappes, Heidelberg.

Berlg. S. Preisl. von Näh-, Strick-, Wasch-, Wring- u. Mangel-Maschinen.

Uhren, Goldwaren,

Alfenide, Musikinstrumente, Photogr. Apparate. Günstigste Bezugsquelle für S. S. Lehrer. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung ohne Preisaufschlag.

Illustrierte Kataloge gratis und frei.

L. Römer, Altona (Elbe)

Mathildenstr. 11 B. (Vertragsfirma versch. Beamtenverbände.)

Im Kommissionsverlage der Unterzeichneten ist erschienen:

25 leichte Orgelstücke

zum Gebrauche beim öffentlichen Gottesdienste, sowie auch als Übungsstoffe für angehende Organisten

von **A. Bell.**

Opus 5 Preis M 2.— Eigentum des Bad. Lehrer-Witwen- und Waisenkfists.

Bühl. Konkordia.

Pianinos

bektes Fabrikat, billigste Preise, in bequemen kleinen Ratenzahlungen und ev. ohne Anzahlung empfiehlt

Max Liebers,

Musikalien- u. Pianofortehdlg.

Freiburg i. B., Friedrichstr. 1.

Die Herren Lehrer erhalten bei Selbstbedarf besondere Vorzugspreise resp. höchstmögliche Provision für freundi. Vermittlung von Verkäufen.

Mäheres hierüber im Prospekt.

Hof-Instrumentenmacher

Heinrich Kessler,

Spezialität im Geigenbau

Mannheim

P. 6. 2. P. 6. 2.

Gute Violinen mit Saiten und Bogen zu 12—15 M.

bessere Qual. 20—25 M.

Größte Auswahl sämtlicher Musik-Instrumente, und deren Bestandteile.

Reparaturen billigt und gut.

— Litra P. 6. 2. bitte zu beachten.

Dieser Nummer liegt bei: Ein Prospekt der Firma M. Doonoh, Bensheim (Hessen).